

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	17
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	29

VERBÄNDE



Thema: FÖJ	38
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	39
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	42
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	45
Podcasts in der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Hören und gehört werden	

THEMEN DES MONATS

Umweltgesetzbuch

Alles was Umweltrecht ist

Ein einheitliches Umweltgesetzbuch ist eine große Chance – doch wird sie auch genutzt?

Seite 2

Umweltengagement

Die neuen Retter der Welt – und die alten

Wenn George Clooney die globalen Probleme mit einem Lächeln löst...

Seite 4

Naturschutzrecht

Alarmsignal für die Zukunft?

Die Kleine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes könnte eine Abwärtsspirale in Gang setzen

Seite 6

Nationaler Umweltgipfel

Öko-Revolution in Frankreich?

Sarkozy lud zum Dialog am Runden Tisch und kann nun als Umwelt-Präsident glänzen

Seite 7

SPEZIAL

Klimaschutzkonferenz Bali

Seite 30 bis 37

Umweltgesetzbuch

Alles was Umweltrecht ist

Ein einheitliches Umweltgesetzbuch ist eine große Chance – doch wird sie auch genutzt?

Seit der Föderalismusreform 2006 ist der Weg frei für ein Umweltgesetzbuch. Es soll das zersplitterte deutsche Umwelt- und Naturschutzrecht vereinfachen und den Schutz der Lebensgrundlagen verbessern. Der erste Entwurf wird gerade vorbereitet. Doch er erfasst nur einen Teil des Umweltrechts. Und die politische Lage birgt die Gefahr, dass Standards abgebaut werden. ■ VON DOROTHEE DICK, UFU & ELLEN KRÜSEMANN, LANDESBÜRO NATURSCHUTZVERBÄNDE NRW

Sechs Bücher wird das erste deutsche Umweltgesetzbuch (UGB) umfassen. So sieht es die Planung des Bundesumweltministeriums (BMU) für die erste Fassung des neuen Regelwerks vor. Derzeit wird intensiv am UGB gearbeitet, denn in einem Jahr soll es in Kraft treten. Das erste Buch soll vor allem die gemeinsamen Vorschriften, die Umweltverträglichkeitsprüfung und die integrierte Vorhabengenehmigung sowie die planerische Genehmigung regeln. Das zweite behandelt das Wasserrecht, das dritte den Naturschutz und das vierte den Strahlenschutz. Das fünfte soll das Emissionshandelsgesetz enthalten und im sechsten Buch soll das Gesetz der Erneuerbaren Energien festgeschrieben werden. Dieses erste Paket soll in der folgenden Legislatur erweitert werden, und zwar um die Themen Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht, Bodenschutz und Altlasten sowie Schutz vor ge-

fährlichen Stoffen. Herzstück des Umweltgesetzbuchs ist die integrierte Vorhabengenehmigung. Sie soll das bisherige Nebeneinander paralleler Genehmigungsverfahren durch eine übergreifende Vorhabengenehmigung ablösen. Ziel ist, dass beantragte Vorhaben grundsätzlich von einer Behörde unter allen umwelt- und öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten geprüft und zugelassen werden: Ein Antrag, eine Behörde, eine Genehmigung. Das gilt auch, wenn der Bund auf die Organisation der Länderbehörden keinen direkten Einfluss hat. Die Neuregelung betrifft vor allem die gemeinsame Prüfung der immissionsschutzrechtlichen und der wasserrechtlichen Erfordernisse. Das Ziel einer einheitlichen und umfassenden Genehmigung ist auch aus Sicht des Umweltschutzes grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings erfasst das UGB derzeit bei weitem nicht alle umweltrelevanten Genehmigungsverfahren.

Für das Umweltgesetzbuch soll nach den Vorgaben von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel das bestehende Umweltrecht vereinfacht, systematisiert und entbürokratisiert werden, ohne dass bestehende Umweltstandards abgebaut werden. Bei näherer Betrachtung reicht die Vereinheitlichung allerdings nicht allzu weit. Die in dieser Legislaturperiode in Angriff genommenen Teile des UGB umfassen nur einen Teil des deutschen Umweltrechts. Es fehlen unter anderem das Gefahrstoffrecht und das Bodenschutz- und Abfallrecht. Problematisch ist auch, dass die planerische Genehmigung zunächst alle „ressortfremden“ Bereiche ausnimmt, vor allem Infrastrukturvorhaben wie Straßen oder Flughäfen. Das führt zu einem Nebeneinander alter und neuer Genehmigungsverfahren. Außerdem bleiben Rumpfgesetze beim Immissionsschutz und bei der Umweltverträglichkeitsprüfung in Kraft.

Eingriffsregelung: Beispiel 1

Vollregelungen des Bundes sollen künftig nicht nur vorschreiben, was ein Eingriff in die Natur ist und dass dieser vom Verursacher kompensiert werden muss. Geplant sind auch bundesrechtliche Vorgaben für den Vollzug – von der Unterhaltungspflicht für Kompensationsmaßnahmen über die Ersatzzahlung bis zu Kompensationsflächenkatastern, Ökokonten und behördlichen Prüfpflichten. Überall, wo der Bund hier Vorgaben macht, werden die entsprechenden Landesregelungen ersetzt – zumindest bis zum Ablauf des im Grundgesetz verankerten Moratoriums (vgl. Beispiel 2).

Länder können von Bundesrecht abweichen

Der Bund darf künftig Vollregelungen im Naturschutz und im Wasserrecht schaffen. Rahmenregelungen, wie sie bisher im Wasserhaushaltsgesetz und Bundesnaturschutzgesetz bestanden, sind verfassungsrechtlich nicht mehr vorgesehen. Die umfassenden Neuregelungen im Buch Naturschutz sowie im Buch Wasserwirtschaft können dann bestehendes Bundes- und Landesrecht ersetzen. Allerdings können die Länder dafür in vielen Punkten vom Bundesrecht abweichen und eigene Regelungen erlassen – sie müssen es aber nicht.

Wettbewerb um die schwächsten Standards droht

Überdies sind die neuen Kompetenzen im Wasser- und Naturschutzrecht teuer erkaufte. Denn durch das Abweichungsrecht der Länder könnte ein Flickenteppich unterschiedlicher Landesgesetze entstehen. Abweichungsfest und damit dem Zugriff der Länder entzogen sind laut Grundgesetz beim Naturschutz die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes und des Meeresnaturschutzes sowie anlagen- und stoffbezogene Regelungen im Wasserrecht. Überall dort, wo die Ländergesetzgebung vom Bundesrecht abweichen darf, droht ein Abwärts-Wettlauf der Umweltstandards im Stand-

ortwettbewerb der Länder. Standards, die europarechtlich vorgeschrieben sind, etwa für das Schutzgebietsnetz Natura 2000 oder zum Artenschutz, dürfen allerdings auch künftig nicht unterschritten werden.

Auch künftig keine Verbandsklage

Da die Bundesregierung eine Zersplitterung des Umweltrechts durch abweichende Gesetze verhindern möchte, hat sie sich entschlossen, die Länder schon bei der Gestaltung des Referentenentwurfs einzubeziehen und nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen; so wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum UGB eingerichtet. Zu befürchten ist aber, dass der Bund entweder selbst Änderungen an den bislang vorliegenden Entwürfen vornimmt oder durch Unberührtheitsklauseln auf die Länderwünsche eingeht – oder dass die Bestimmungen so formuliert sind, dass die Länder selbst Abschwächungen vornehmen können. Auch auf das Verfahrensrecht haben die Länder Einfluss. Diesen kann der Bund zwar regeln, wenn er das Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regel nachweist, jedoch müssen die Länder im Bundesrat zustimmen.

Eingriffsregelung: Beispiel 2

Wenn das künftige Naturschutz-Buch im UGB bei der Eingriffsregelung wie bisher Ausgleichsmaßnahmen über Ersatzmaßnahmen stellt, steht der Bundesgesetzgeber vor der Frage, ob er diese Unterscheidung abweichungsfest gestalten will. Beschränkt er sich darauf, nur die Notwendigkeit von Kompensationsmaßnahmen als solche zum „allgemeinen Grundsatz des Naturschutzes“ zu erklären, dann könnten die Länder nach Ablauf des im Grundgesetz vorgesehenen Moratoriums mit eigenen Gesetzen von allen Bereichen abweichen, die nicht unter die „allgemeinen Grundsätze“ fallen. Im Landesnaturschutzrecht könnten dann auch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen⁽¹⁾ gleichgestellt werden. Erklärt der Bund dagegen die Unterscheidung für abweichungsfest, wären die Länder an anderslautenden Regelungen gehindert.

Im UGB wird Umwelt- und Naturschutzverbänden auch in Zukunft keine Klage gegen objektive Verstöße gegen das Umweltrecht ermöglicht. Zudem besteht die Gefahr, dass das Herzstück der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Erörterungstermin, künftig nur noch durchgeführt werden muss, wenn die Behörde es für zweckmäßig hält. Dies fordern einige Länder. Sie ignorieren dabei, dass der Erörterungstermin frühzeitig gegenläufige Interessen zur Sprache bringt und in vielen Fällen eine transparente Lösung nach dem Konsensprinzip ermöglicht. Im Naturschutzrecht sind derzeit vor allem die Eingriffsregelung, die „gute fachliche Praxis“, der Biotopverbund und die Landschaftsplanung in Gefahr.

Öffentlichkeit muss sich einmischen

Nach den bisherigen Plänen des Umweltministeriums soll das UGB am 1. Januar 2009 in Kraft treten. Gleichzeitig endet das Moratorium im Verfahrensrecht, sodass die Länder von da an abweichende Verfahrensregeln beschließen können. Ein Jahr später, ab Januar 2010, dürfen die Länder auch von den wasserrechtlichen Regelungen sowie denen des Naturschutzes und der Landschaftsplanung abweichen. Allerdings ist der Referentenentwurf, der ursprünglich für September angekündigt war, noch nicht veröffentlicht. So ist zu befürchten, dass der Zeitplan des BMU nicht eingehalten werden kann. Doch wenn die Legislaturperiode verstreicht, ohne dass das Umweltgesetzbuch in Kraft getreten ist, kann das dazu führen, dass sich das Zeitfenster dafür erst einmal schließt.

Für die Umwelt ist das Umweltgesetzbuch von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, dass BürgerInnen und Umweltverbände sich in den Gesetzgebungsprozess einmischen und der Öffentlichkeit sowie Bund und Ländern deutlich machen, was ein UGB leisten muss, um die heutigen und die künftigen Umweltprobleme, vor allem Klimawandel, Arten- und Biodiversitätsverlust, zu bewältigen. Gegenüber den Ländern müssen die Verbände entschieden Position beziehen, um eine Abschwächung der Entwürfe zu verhindern.

Verbände begleiten UGB

Die Autorinnen wirken an zwei Verbandsprojekten mit, die die Reform kritisch begleiten und die Standpunkte der Umweltsseite deutlich machen. Neben fachlichen Stellungnahmen und Veranstaltungen werden die Öffentlichkeit und die Verbände über die zentralen Themen der Novelle informiert. Die Deutsche Umwelthilfe, das Öko-Institut und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) widmen sich dem gesamten Gesetzgebungsvorhaben (www.umweltgesetzbuch.org).

Schwerpunkte des zweiten, vom DNR und dem Landesbüro der Naturschutzverbände NRW koordinierten Projekts sind Naturschutz- und Wasserrecht (www.dnr.de/dnr/projekte).

Anmerkung

- (1) Eine Ausgleichsmaßnahme soll einen Eingriff in die Natur durch gleichartige Kompensation in räumlicher Nähe ausgleichen, etwa durch eine Umwandlung von Acker in Feuchtgrünland neben dem beeinträchtigten Grünland. Demgegenüber lässt eine Ersatzmaßnahme dies auch in weiterer Entfernung vom Eingriffsort genügen, zum Beispiel an anderer Stelle innerhalb desselben Flusstals, in dem der Eingriff erfolgte.

Dorothee Dick ist Juristin und arbeitet im Fachbereich Bürgerbeteiligung & Umweltrecht des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU). Dr. Ellen Krüsemann befasst sich als Juristin im Landesbüro der Naturschutzverbände Nordrhein-Westfalen vorwiegend mit naturschutzrechtlichen Fragen.

Kontakt:

**Dorothee Dick, UfU,
Berlin, Tel.
+49 (0)30 / 428499331,
Fax 42800485, E-Mail:
dorothee.dick@ufu.de**



**Dr. Ellen Krüsemann, DNR/
Landesbüro Naturschutzverbände NRW,
Oberhausen, Tel.
+49 (0)208 / 88059-21,
E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de**



Umweltengagement

Die neuen Retter der Welt – und die alten

Wenn George Clooney die globalen Probleme mit einem Lächeln löst...

Was gewöhnliche Umweltaktive einmal im Jahr oder einmal im Leben schaffen, gelingt ihnen im Handumdrehen. Prominente füllen Säle und Stadien und leeren die Geldbeutel ihrer Fans – für den guten Zweck. Umweltverbände sollten das weder blindlings bewundern noch pauschal verdammen. Mit differenzierten Strategien können sie auch hier erfolgreich sein. ■ VON ANGELIKA ZHRNT, BUND, UND VALENTIN ZHRNT, ZHRNT CONSULTING & COMMUNICATION

Die Zeitungen berichten von ihnen, der Spiegel widmet ihnen eine Serie und sogar in den Modeblättern tauchen sie auf. Die neuen Retter der Welt sind auffällig anders – aber wie? Was haben Bill Clinton, Bill Gates, George Soros, Jeffrey Sachs, Angelina Jolie und Bono gemeinsam? Was unterscheidet sie von den „alten Rettern“, den Aktivisten bei Friends of the Earth, Brot für die Welt oder Amnesty International?

Ikone der Welt-Zivilgesellschaft

Verallgemeinernd lässt sich über die neuen Retter sagen:

- ▶ Sie sind erfolgreiche Profis, doch haben sie sich in einem anderen Business bewährt: als Unternehmerin, Wissenschaftler, Schauspieler, Musikerin. Selbst Politiker wie Bill Clinton und Al Gore haben ihren Ruhm nicht primär durch ihren Einsatz für Nachhaltigkeit und internationale Gerechtigkeit erlangt, sondern bringen ihr anderweitig gewonnenes Gewicht in den Kampf für eine bessere Welt ein.
- ▶ Sie inszenieren ihre Person: Name, Gesicht, Auftreten, Geschichte. Die Medien greifen dieses Angebot auf und vermischen Person und Einsatz in ihren Berichten. Die neuen Retter werden so zu Ikonen einer Welt-Zivilgesellschaft.
- ▶ Sie setzen auf Pathos und Optimismus: Die Katastrophe zieht heran, doch durch beherztes Handeln können wir die Welt bewahren. Das Strickmuster ähnelt jenen Filmen, in denen Flutwellen heranbrausen, Meteoriten auf die Erde zurasen, Außerirdische angreifen.

Dazu liefern sie gleich einen Marschplan, am besten auf einer Seite. Und oft profilieren sie sich als Manager, die diesen Plan professionell umsetzen und messbare Resultate erzielen werden.

- ▶ Sie perfektionieren das „Charitainement“: Sie laden zum exklusiven Dinner, singen auf Konzerten, reden in Fernsehshows, bringen ihre Botschaft ins Kino. Damit erreichen sie auch neue Zielgruppen – den Durchschnittsbürger, den Unternehmer –, die bislang wenig mit Nachhaltigkeit im Sinn hatten.

Nicht nur Schauspielerei

Was ist von diesen neuen Akteuren und ihrem Stil zu halten? Zunächst das Offensichtliche: Jeder ist willkommen, mit anzupacken. Und die neuen Retter haben Zugkraft. Ihre Namen und ihre Netzwerke verleihen ihnen politischen Einfluss. Sie lenken Aufmerksamkeit auf Nachhaltigkeitsthemen und machen Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit populär. Sie spenden bemerkenswerte Summen – und können diese einsetzen, wo sich Staaten zurückhalten. So nutzt der Milliardär Soros sein Vermögen, um weltweit Demokratisierung voranzutreiben.

Auch lässt sich die Dynamik rund um die neuen Retter als erfreuliches Zeichen verstehen: Nachhaltigkeit und internationale Gerechtigkeit sind als die zentralen Herausforderungen unserer Zeit erkannt worden. Berühmte Menschen setzen sich voller Tatendrang für diese Ziele ein – und denken nicht nur an Karriere oder Reichtum. Und die breite Masse interessiert sich dafür, will davon hören, vielleicht auch teil-

nehmen. Das Streben nach einer anderen, besseren Welt rückt damit ins Zentrum der Gesellschaft. Und trotzdem: Irgendetwas bereitet Unwohlsein – und wenn man ihm nachgeht, stößt man auf eine Reihe offener Fragen und kritischer Punkte.

Überflieger ernten Skepsis

Ganz aus dem Bauch heraus irritiert die Mischung aus Glanz und Heldenpose, mit der reiche und schöne Retter sich der Armen annehmen. Man vermag das Amalgam aus sozialer Verantwortung und sozialem Prestige nicht zu trennen. Und man wehrt sich innerlich dagegen, dass Milliardäre oder Schauspieler, die einen Teil ihres Vermögens und ihrer Zeit einsetzen, im Rampenlicht stehen, während viele Aktivisten, die der guten Sache ihr ganzes Leben verschreiben, im Verborgenen bleiben.

Das Image der neuen Retter als Pragmatiker und Manager, die den ideologischen und ineffizienten Gute-Welt-Laden aufmischen, wirkt anmaßend und könnte die traditionellen Aktivisten demotivieren. Ebenso könnte die Medienmasche, die persönlichen Geschichten einzelner Helden zu erzählen, Unfrieden stiften. Statt gemeinsam an einem Strick zu ziehen und dabei unauffällig zu bleiben, steigt die Verlockung für Einzelne, aus der Reihe zu tanzen und sich individuell zu profilieren.

Die Frage nach Macht und Legitimität legt weitere wunde Punkte offen. Woher stammt das Geld der Superreichen? Wie steht es um die umwelt-, sozial- und entwicklungspolitische Vorgeschichte der neuen Gestalter? Außerdem verschärft sich hier die Kritik, die traditionell an der

Zivilgesellschaft geübt wird, ihr fehle die demokratische Legitimation. Immerhin muss eine Basisbewegung sich ihren Mitgliedern stellen, und der wissenschaftliche Diskurs dient als Kontrolle für eine Experten-NGO, die Politik-Entwürfe entwickelt. Demgegenüber können die neuen Retter nach freiem Ermessen schalten und walten. Hinzu kommt die altbekannte Nord-Süd-Problematik: Statt Anspruch auf Gerechtigkeit gibt es Almosen auf Antrag.

Spendenfluss für schnelle Resultate

So zupackend und professionell die neuen Retter auftreten, steht doch zu befürchten, dass sie im Ergebnis Ineffizienz fördern. Das beginnt mit dem Fundraising: Aktivieren sie neue Geldgeber, die sonst passiv geblieben wären, oder treten sie in Spendenkonkurrenz mit den bestehenden Hilfsorganisationen? Auch bei der Vergabe der Gelder treten Probleme auf, da die Komplexität zunimmt, wenn neben den internationalen und regionalen Organisationen, den Staaten und den vielfältigen bestehenden NGOs weitere Stiftungen auftauchen. Die Empfänger müssen mehr Mittel einsetzen, um den vielfältigen Vergabeverfahren nachzukommen. Zudem wird eine kohärente Vergabe schwieriger. Und es besteht die Gefahr, dass Gelder eher dorthin fließen, wo schnell mit sichtbaren

Resultaten und medialer Vermarktungsmöglichkeit zu rechnen ist – und weniger in unauffällige, langfristige Maßnahmen mit Breitenwirkung.

Kooperieren, Adaptieren, Differenzieren

Die neuen Retter strahlen, die alten wiegen den Kopf und wägen ab: Was davon halten, und wie damit umgehen? Drei Strategien bieten sich an: Kooperieren, Adaptieren, Differenzieren. Im ersten Fall geht es darum, das Potenzial der neuen Retter zu nutzen: ihr Geld für Projekte, ihr Image für politische Botschaften oder Mitgliederwerbung und ihre Magnetwirkung für Massenveranstaltungen.

Adaptieren kann bedeuten, die eigene Botschaft anders zu vermitteln – mit mehr Show-Effekt oder heroischer Dramatik. Es kann auch heißen, selbst stärker zu personalisieren und auf charismatische, medienwirksame Führungspersonlichkeiten zu setzen. Schließlich könnte es an der Zeit sein, dass sich die NGOs global enger zusammenschließen und ihre Netzwerke nutzen, um weltweit bekannte Führungsfiguren aufzubauen.

Die NGOs können auch explizit die Differenzen zu den neuen Rettern aufzeigen. So können sie die Vorteile einer Mitgliederbewegung herausstreichen. Oder sie betonen, dass sie mit ihren Partnern im

Süden auf gleicher Augenhöhe in einem intensiven Kontakt stehen, der sich nicht auf ein Internet-Formular für Projektanträge und gelegentliche Besichtigungstermine vor Ort beschränkt.

Im Umgang mit den neuen Rettern heißt die Wahl nicht entweder – oder, sondern wann, wo und wie. Es gilt, die Strategien klug zu kombinieren. Dazu braucht es eine nüchterne, vorurteilsfreie Debatte jenseits von Neid oder kritikloser Bewunderung.

Dr. Angelika Zahrnt ist Wirtschaftswissenschaftlerin. Seit 1998 ist sie Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).



Dr. Valentin Zahrnt forscht zu WTO und Global Governance. Er leitet die Agentur Zahrnt Consulting and Communication in Berlin.

**Kontakt:
Valentin Zahrnt,
Berlin,
Tel. +49 (0)30 /
42007119,
E-Mail:
info@zahrnt.com**



UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



Naturschutzrecht

Alarmsignal für die Zukunft?

Die Kleine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes könnte eine Abwärtsspirale in Gang setzen

Eigentlich sollte das Bundesnaturschutzgesetz den relativ fortschrittlichen europäischen Standards gleichen. Das hätte den Arten- und Naturschutz in Deutschland verbessern können. Doch die Lobbyisten der großen Agrarbetriebe und Waldbesitzer haben ganze Arbeit geleistet – zum Nachteil der Natur. ■ VON MAGNUS HERRMANN, NABU

In seinem Urteil vom 10. Januar 2007 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) das deutsche Bundesnaturschutzgesetz als nicht europarechtskonform gerügt. Beanstandet wurden vor allem das Artenschutzrecht und die FFH-Verträglichkeitsprüfung, die bei Bauprojekten und anderen Eingriffen in die Natur die Einhaltung der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durchsetzen soll. Die im Oktober verabschiedete Kleine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes passt zwar das deutsche Naturschutzrecht der EU-Gesetzgebung stärker an, versagt jedoch bei wesentlichen Punkten, etwa beim Projektbegriff und beim nationalen Artenschutz. Grund dafür war die massive Beeinflussung des Parlaments durch die Lobbygruppen der klassischen Nutzerverbände aus Land- und Forstwirtschaft.

Streng geschützt bis zum Monatsende

Wie vom EuGH gefordert, unterscheidet das Gesetz jetzt nicht mehr zwischen Projekten in und außerhalb von Natura-2000-Gebieten. Bei Eingriffen in diese europäischen Schutzgebiete sind FFH-Verträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben. Wesentlich für die Prüfung ist aber nach dem neuen Bundesgesetz nur noch, ob eine Beeinträchtigung der FFH-Lebensraumtypen und Arten möglich erscheint. Hier erweitert und stärkt die Neufassung potenziell den Schutz der Natura-2000-Gebiete und ihrer Arten. Doch dadurch, dass Projekte künftig bei nicht fristgemäßer Entscheidung der zuständigen Behörde automatisch als genehmigt gelten können, wird dieser Fortschritt beim Schutz gleich wieder in Frage gestellt. Auch der Projektbegriff bleibt undefiniert. Dadurch bleibt

für einen Landnutzer unklar, welche seiner Aktivitäten eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erfordern. Auch die Gesetzesbegründung hilft hier nicht weiter: Sie schreibt nur die alte, EU-rechtswidrige Freistellung der „guten fachlichen Praxis“ von der Prüfung fort. Maßstab bleibt damit das EuGH-Urteil von 2004.⁽¹⁾ Danach ist für die Pflicht zur Verträglichkeitsprüfung entscheidend, ob sich „im Licht der besonderen Merkmale und Umweltbedingungen“ für einen Plan oder ein Projekt „nicht anhand objektiver Umstände ausschließen lässt, dass sie dieses Gebiet einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten erheblich beeinträchtigen könnten.“

Riesige Löcher im Artenschutzrecht

Gravierende Änderungen führt die Kleine Novelle im Artenschutz ein. Hier gelten die gesetzlichen Zugriffsverbote künftig nur noch für EU-rechtlich geschützte Arten. Damit entfällt bis zur Schaffung ergänzender Regelungen für rund 2.000 von 2.600 der in Deutschland geschützten Arten schlagartig der bundeseinheitliche Schutz gegenüber ihren Hauptgefährdungen.

Mit der Einführung der Begriffe vom „Erhaltungszustand der lokalen Population“ und vom Erhalt der „ökologischen Funktionalität“ von Lebensräumen wendet sich das Artenschutzrecht vom individuenbezogenen Schutz ab. Schlimmer noch: Es nimmt viele forst- und landwirtschaftliche Aktivitäten und Eingriffe von den artenschutzrechtlichen Verboten aus. Erklärtes Ziel der FFH-Richtlinie ist aber den guten Zustand von Arten und Lebensräumen, zu erhalten und nicht ihre ökologische Funktionalität. Das Ziel der EU-Konfor-

mität dürfte das deutsche Artenschutzrecht damit erneut verpasst haben.

Mit der neu geschaffenen Öffnungsklausel für pauschale Ausnahmeregelungen vom Schutz für streng geschützte Arten überlässt die Kleine Novelle dann den Ländern letztlich sogar ureigenen Boden des Bundesrechts. Dies ist umso erstaunlicher, als die Föderalismusreform dem Bund hier eine abweichungsfeste Vollregelungskompetenz zugestanden hat.

Quo vadis Naturschutzrecht?

Nicht nur im Artenschutz scheint es eine neue Tendenz zu geben, die Vollzugsdefizite als Hebel zu benutzen, um die Wirksamkeit der zugrunde liegenden Rechtsnorm grundsätzlich in Frage zu stellen. Das setzt eine fatale Abwärtsspirale in Gang. Die politisch motivierte Blockade des Vollzugs von Natur- und Artenschutz bereitet dann den Weg zum weiteren Abbau rechtlicher Schutzbemühungen. Neue, effektivere Wege des rechtlichen wie faktischen Schutzes sind nötiger denn je.

Anmerkungen

- ▶ (1) Aktenzeichen: C-127/02
- ▶ (2) www.kurzlink.de/BNatSchG-Anhoerung

Magnus „Herrmann ist Geograf und arbeitet als Referent für Natur- und Artenschutz beim NABU-Bundesverband in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30/
49841618,
E-Mail: magnus.herrmann@nabu.de
www.nabu.de/m06



Nationaler Umweltgipfel

Öko-Revolution in Frankreich?

Sarkozy lud zum Dialog am Runden Tisch und kann nun als Umwelt-Präsident glänzen

Nach dem erfolgreichen Abschluss des französischen Umweltgipfels Grenelle de l'environnement kündigt Präsident Nicolas Sarkozy eine ökologische Kurskorrektur an. Die Aussaat von Genmais soll verboten, der Straßen- und Flughafenbau gestoppt, das Bahnnetz ausgebaut und Gebäude wärmedämmend werden. In der allgemeinen Aufbruchstimmung fällt kaum noch auf, dass der Atomsektor unangetastet blieb. ■ VON MEIKE FINK, LES AMIS DE LA TERRE

Den Fehler wollte Nicolas Sarkozy nicht wiederholen. Nachdem er als französischer Präsidentschaftskandidat vor der Wahl im Frühjahr 2007 durch seine zögerliche Unterzeichnung des von dem TV-Journalisten Nicolas Hulot initiierten Umweltpakts aufgefallen war, versprach Sarkozy schon kurze Zeit später den Umweltverbänden des Landes, so schnell wie möglich einen umfassenden Umweltgipfel einzuberufen. Wenn er gewählt würde.

Am 25. Oktober 2007 ist dieser französische Umweltgipfel zu einem vielversprechenden Abschluss gekommen. Der „Grenelle de l'environnement“, wie der Gipfel in Anlehnung an die umfassenden Reformdebatten während der Studentenrevolution im Pariser Viertel Grenelle 1968 genannt wurde, sollte die großen Umweltprobleme Frankreichs debattieren und Empfehlungen für die Politik erarbeiten. Im sogenannten Dialog zu Fünft unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, gewählten VolksvertreterInnen und Verwaltung brachten sechs Arbeitsgruppen von Juli bis September Vorschläge zur Gestaltung der französischen Umweltpolitik zu Papier.

Lob von allen Seiten gab es nicht nur für die inhaltlich größtenteils sehr befriedigenden Ergebnisse, sondern vor allem für die neue Form der Zusammenarbeit. Wer hätte sich noch vor kurzer Zeit vorstellen können, dass Greenpeace und der Unternehmerverband Medef gemeinsam richtungsweisende Vorschläge im Umweltbereich entwickeln würden? Die Tatsache, dass in einigen Fällen, besonders beim energiesparenden Bauen, der Maß-

nahmenkatalog noch über die ursprünglichen Forderungen der Umweltverbände hinausgeht, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schlussfolgerungen des Gipfels noch nicht rechtsverbindlich sind. Zwar haben sich der französische Umweltminister Jean-Louis Borloo und Präsident Sarkozy nicht der allgemeinen grünen Euphorie entziehen können und bereits ein vorläufiges Moratorium für den Freilandanbau von genetisch modifiziertem Mais verhängt. Doch in den nächsten Monaten muss die Regierung kritisch begleitet werden, damit die guten Ideen des Umweltgipfels nicht im politischen Alltagsgeschäft in Vergessenheit geraten.

Ein großer Kritikpunkt von Seiten der französischen Umweltverbände bleibt zudem bestehen: Sarkozy möchte zwar eine Vorreiterrolle in der Klimapolitik übernehmen, will dazu aber nicht nur die erneuerbaren Energien ausbauen und ein Energiesparprogramm auflegen, sondern vor allem den Status quo bei der Kernenergie erhalten: „Warum erneuerbare Energien und Kernenergie einander entgegensetzen, wo wir doch alle wohl wissen, dass wir beides brauchen?“ Der Weg zu einer ökologischen Ökonomie ist also auch in Frankreich noch lang.

Meike Fink studierte Politikwissenschaften und ist Expertin für internationale Umweltpolitik. Sie ist aktiv bei Les Amis de la Terre, dem französischen Zweig des internationalen Netzwerks Friends of the Earth.
Kontakt:
 Tel. +33 1 / 43267289
 E-Mail: meikefink@web.de
www.legrenelle.lalliance.fr



Grenelle-Resultate

Verkehr

- ▶ Finanzielle Benachteiligung von Fahrzeugen mit hohem CO₂-Ausstoß
- ▶ Schwerverkehrsabgabe (ohne Autobahn)
- ▶ Ausbaustopp für Straßen- und Flugverkehrsnetz (mit Ausnahmen)
- ▶ Ausbau des Bahn- und Straßenbahnnetzes, vor allem TGV
- ▶ Reduktion der CO₂-Emissionen des Luftverkehrs um 20 Prozent bis 2012 und 40 Prozent bis 2020. Steuer auf Inlandsflüge, wenn eine Bahn-Alternative existiert

Landwirtschaft

- ▶ Verdreifachung der Zahl der biologischen Betriebe auf 20 Prozent bis 2020
- ▶ Genmais-Moratorium im Freilandanbau

Energie

- ▶ Prüfung einer Energie-Steuer. Falls sie erhoben wird, soll sie zur Absenkung der Lohnnebenkosten dienen
- ▶ Pflicht zur Erstellung einer CO₂-Bilanz für Unternehmen ab 50 MitarbeiterInnen
- ▶ Glühlampen-Verbot ab 2010
- ▶ Genauere Angaben zum Stromverbrauch auf allen energieintensiven elektrischen Geräten

Wohnungsbau

- ▶ Energieverbrauchs-Obergrenzen für Neubauten ab 2010
- ▶ Thermische Renovierung aller Gebäude in öffentlicher Hand bis 2015, Schaffung von Anreizsystemen für Privatbauten

www.kurzlink.de/grenelle-sarkozy

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Verpackungspolitik**Neue Recyclingziele kommen später**

■ Die ursprünglich für Ende 2007 vorgesehene Überprüfung der EU-Ziele für das Recycling von Verpackungen verzögert sich. Das hat die EU-Kommission nach Angaben der Branchenvereinigung Europen eingeräumt. Europen hatte eine Studie vorgelegt, die den Stand der Umsetzung der Gesetzgebung in der EU und in den 27 Mitgliedstaaten untersuchte. Demnach haben die meisten EU-Staaten einschließlich der neuen Mitgliedstaaten die Recycling-Ziele für das Zieljahr 2008 erreicht. Die EU-Verpackungsrichtlinie von 1994 verlangt, dass ab 2008 folgende Recyclingquoten erreicht werden: Glas und Papier 60 Prozent, Metalle 50 Prozent, Kunststoffe 22,5 Prozent und Holz 15 Prozent.

Für 2009 bis 2014 sollen laut Gesetz bis zum 31. Dezember 2007 neue Vorgaben gemacht werden. Die EU-Beamten wollen aber mit Änderungsvorschlägen zur Verpackungsrichtlinie warten, bis die Debatten um die Neuregelung der Abfallrahmenrichtlinie weiter gediehen sind. [jg]

► www.europen.be (News, 08.11.2007)

Verpackungsnovelle**Trittbrettfahrer sollen jetzt zahlen**

■ Der Deutsche Bundestag hat Mitte November die Novelle der Verpackungsverordnung gebilligt. Zukünftig müssen alle Verpackungen, die zu privaten Endverbrauchern gelangen, grundsätzlich bei dualen Systemen lizenziert werden, also einen Grünen Punkt oder Vergleichbares tragen. Damit soll durchgesetzt werden, dass alle Verteiler von Verpackungen auch für die

Entsorgung zahlen. Bisher gab es Schlupflöcher, die dazu führten, dass einige Trittbrettfahrer von den ordnungsgemäß zahlenden Firmen ausgehalten wurden. Die Rücknahme von Verpackungen am Ort der Übergabe – die sogenannte Selbstentsorgung – sieht die neue Verpackungsverordnung nur noch für Verpackungen vor, die im gewerblichen Bereich anfallen. [jg]

► www.bmu.de/verpackungsverordnung

Abfallmanagement im Vergleich**Müll bleibt Müll**

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat untersucht, wie mit dem Abfall in den EU-Mitgliedstaaten umgegangen wird. Für jedes der analysierten 25 Länder – ohne Rumänien und Bulgarien – gibt es auch Einzelaufstellungen über die nationale Gesetzgebung, Maßnahmen für mehr Umweltschutz, Daten zu Abfallmengen sowie spezielle Instrumente zum Umgang mit städtischem Müll und Altreifen. Grob lassen sich die Staaten in drei Kategorien teilen, je nach dem Grad der Deponienutzung, Verwertung oder Verbrennung. Deutschland beispielsweise fällt unter die Rubrik „weniger als 25 Prozent Verbrennung, mehr als 25 Prozent Wiederverwertung“. Abhängig ist die Art des Umgangs mit dem Müll unter anderem von der Bevölkerungsdichte, der sozioökonomischen Situation, dem Verbraucherverhalten und der vorhandenen Infrastruktur. Ein Ergebnis der Studie ist, dass zwar ein gemeinsames Ziel durch die EU-Politik vorgegeben werden kann, dass aber die Länder durch ihre unterschiedlichen Ausgangssituationen verschiedene Wege zum Erreichen des Ziels gehen müssen. Die Studie und die Einzelaufstellungen zu den Ländern können im Internet heruntergeladen werden. [jg]

► EEA-Studie 3/2007 (PDF, 4,7 MB): www.kurzlink.de/landfill_brochure

► Einzeldarstellungen der Länder: www.waste.eionet.europa.eu/etcwmmf (Publications, 03.10.2007)

Giftmüll**Erster Rückbau einer Deponie in der Schweiz**

■ Im November hat in der Schweiz eine einzigartige Umverteilung alten Giftmülls aus den 1970er-Jahren begonnen. Eine 500.000 Tonnen Sondermüll fassende Deponie wird für rund 420 Millionen Euro geräumt. Für den Rückbau wurde eine 170 Meter lange Halle über der Deponie errichtet. Aus Umweltgründen war die Deponie sieben Jahre nach ihrer Eröffnung 1985 geschlossen worden, weil der Untergrund durchlässig ist. Der Abfall soll in andere Schweizer Lagerstätten und ins europäische Ausland transportiert werden. [jg]

Exportverbot für Quecksilber**Umweltminister bremsen**

■ Die EU-Umweltminister haben sich für ein Quecksilber-Exportverbot ab Juni 2011 ausgesprochen. Sie stellen sich damit gegen das Europäische Parlament, das ein halbes Jahr eher beginnen will. Die Vorlage des Ministerrats muss nun erneut im Parlament abgestimmt werden.

Differenzen zwischen Abgeordneten und Umweltministern gibt es auch beim Geltungsbereich der geplanten Verordnung. Das Parlament will auch die Ausfuhr von Quecksilberverbindungen und quecksilberhaltigen Produkten wie Thermometern verbieten. Weiterer Streitpunkt ist die Lagerung von überschüssigem Schwermetall aus der Chlor-Alkali-Industrie. Das Parlament sieht die schätzungsweise 12.000 Tonnen als flüssigen Sondermüll an. Flüssigkeiten dürfen nach EU-Recht nicht endgelagert werden.

Europa ist der weltweit größte Lieferant von Quecksilber. Das flüssige Metall wird vor allem in Entwicklungsländern bei der Goldwäsche per Hand eingesetzt und verschmutzt dort die Flüsse. Quecksilber reichert sich im Meer in der Nahrungskette an. Es kann beim Menschen Nervenschäden verursachen und zum Tod führen. [fn]

Quecksilberentsorgung

Österreich sammelt eine Million Thermometer ein

■ In österreichischen Apotheken sind im Oktober eine Million quecksilberhaltige Fieberthermometer abgegeben worden. Die Sammelaktion wurde vom Lebensmittelministerium unterstützt. Im Tausch für ein altes Thermometer bekamen KundInnen ein neues, digitales Fiebermessgerät für den subventionierten Preis von einem Euro. Etwa eine Tonne Quecksilber wurde mit der Aktion aus dem Verkehr gezogen. Umweltminister Josef Pröll sagte: „Österreich hat seine Vorreiterrolle im Umwelt- und Gesundheitsbereich wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“ Das Quecksilber könne nun ordnungsgemäß entsorgt werden. Eine Entsorgungsfirma bringt die Thermometer in Sicherheitsbinden zur Einlagerung in eine Untertagedeponie nach Deutschland.

Die Apothekerkammer wertete den „großen Einsatz unserer ApothekerInnen“ als wichtigen Beitrag zur Gesundheit der ÖsterreicherInnen. Die Initiatoren hatten zunächst mit nur 50.000 Thermometern gerechnet. Aufgrund der starken Beteiligung an der Aktion fehlten zunächst noch 200.000 digitale Tauschgeräte, die den Berechtigten nun bis Dezember ausgehändigt werden sollen. Der Verkauf von quecksilberhaltigen Messinstrumenten ist ab 2009 in der gesamten EU verboten. [fn]

► www.lebensministerium.at

EU-Chemikalienpolitik

Verbot von Organozinn in Verbrauchsprodukten?

■ Eine Gruppe von ExpertInnen für Risikobewertung hat nach der Fertigstellung einer Studie der EU-Kommission geraten, den Verkauf und den Gebrauch von Organozinnverbindungen zu verbieten. Tributylzinn (TBT) soll demnach ganz verboten und andere Verbindungen in

Polyvinylchlorid-Alltagsprodukten (PVC) stark eingeschränkt werden. Um die Studie gab es ein jahrelanges Hickhack, da andere EU-ExpertInnen der Meinung waren, die Verantwortlichen hätten die Situationen, in denen Menschen mit diesen Stoffen in Kontakt kommen – die sogenannte Exposition – unterschätzt. Daraufhin musste die Studie mehrfach überarbeitet werden.

Dibutylzinn (DBT) sollte nach Meinung der Risiko-ExpertInnen in allen PVC-Produkten für den Alltagsgebrauch als Stabilisator verboten werden. Nach einer dreijährigen Übergangsphase soll das Verbot auf Dioctylzinn (DOT) ausgedehnt werden. Das DBT- und DOT-Verbot soll auch für bestimmte Bereiche in der industriellen Verarbeitung gelten. Rund 80 Prozent des Organozinn fällt bei der Verwendung als PVC-Stabilisator an. Das schwer abbaubare, langlebige und hochgradig toxisch wirkende Zellgift TBT ist als Schiffsanstrich seit 2003 weltweit verboten. [jg]

► RPA-Studie (PDF, 1 MB, 214 S., englisch): www.kurzlink.de/organozinn_studie

Nanotechnologie

Schweden fordert Vorsorgeprinzip ein

■ Die schwedische Chemiebehörde KemI hat von Firmen, die Nanotechnologieprodukte entwickeln, gefordert, das Vorsorgeprinzip besser einzuhalten. Damit sollen Umwelt- und Gesundheitsrisiken vermindert werden. Es gebe eine rasante Entwicklung in diesem Bereich, aber zu wenig Wissen über die Risiken, warnte das Amt. Oft fielen fertige Nanoprodukte durch das Sicherheitsraster des EU-Chemikalienrechts, weshalb die Regierungen einen neuen Regelungsrahmen schaffen müssten. KemI empfahl außerdem, spätestens im zweiten Halbjahr 2009, wenn Schweden die EU-Ratspräsidentschaft innehat, Nanotechnologie zu einem Schwerpunktthema für den europäischen Austausch zu machen.

Die EU-Kommission ist der weltweit

größte Investor in Nanotechnologie. Rund 1,4 Milliarden Euro fließen allein durch das sechste Forschungsrahmenprogramm in über 500 Projekte in diesem Bereich. Im siebten Forschungsrahmenprogramm sollen die Mittel voraussichtlich noch erheblich aufgestockt werden. [jg]

► www.kemi.se

Schiffsemissionen

EU will vorangehen

■ Der Chef der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, Mogens Peter Carl, hat seinen Unmut über die Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO) geäußert. Wenn die IMO Regelungen zur Reduktion von Schiffsemissionen weiter verschleppe, werde man die EU-Kommission auffordern, eigene Regelungen erarbeiten, so Carl auf einer Konferenz im Oktober. Vor zehn Jahren hätten die Vereinten Nationen der IMO den Auftrag zur Erarbeitung verbindlicher Regeln gegeben, bis heute sei jedoch nichts passiert. Eine Reduktion der drei „klassischen“ Schadstoffe Feinstaub, Stickstoffoxiden und Schwefeldioxid sei dringend notwendig. [jg]

► www.transportenvironment.org (Events, 17.10.2007)

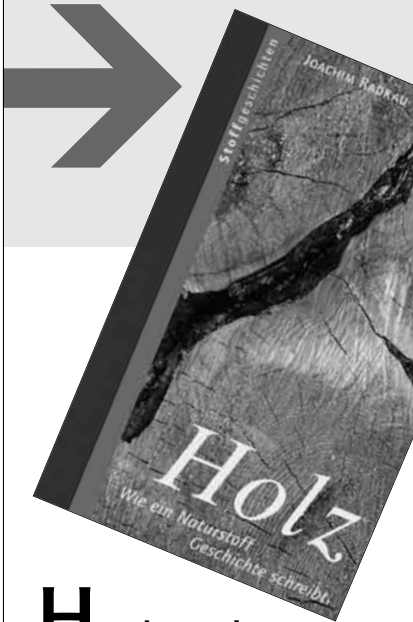
Elektrosmog-Langzeitstudie

Doch erhöhte Krebsgefahr

■ Nach mehr als zehn Jahren Handynutzung erhöht sich das Hirntumorrisiko um 20 bis 200 Prozent. Das ist eines der Ergebnisse einer umfassenden Studie, die sich mit den Gefahren des Mobilfunks auseinandersetzt. Die Europäische Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen warnte vor den negativen Effekten von Mobilfunkstrahlung. Sie rät, die geltenden Grenzwerte neu festzulegen. Der 600-seitige Bericht ist das Ergebnis der Auswertung von 2.000 Studien zur Wirkung von elektromagnetischen Feldern. Umweltrisiken seien in der Ver-

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Holz

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

J. Radkau

Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt
oekom verlag, München 2007
Reihe Stoffgeschichten Band 3
344 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen
24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-049-6

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

gangenheit viel zu oft unterschätzt worden, doch im Falle elektromagnetischer Felder solle nun schnell gehandelt werden, so die EEA. Die Felder stören laut Forschungsergebnissen Zellprozesse und den Signalaustausch zwischen Zellen.

Im März hatte die bayerische Staatsregierung davon abgeraten, Schulen mit drahtlosen Internet-Verbindungen (WLAN) auszustatten. Auch die Bundesregierung rät inzwischen von der häufigen Verwendung von Handys insbesondere durch Kinder und Jugendliche ab. [jg]

► www.bioinitiative.org/report

Industrielle Verschmutzung**Dreckschleudern brauchen Genehmigung**

■ Die Frist zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU) ist Ende Oktober endgültig ausgelaufen. Obwohl die EU-Mitgliedstaaten mehr als zehn Jahre Zeit hatten, ein Genehmigungssystem für die Emissionen von Großindustrieanlagen sowie strengere Grenzwerte einzuführen, haben viele die ohnehin schon verschobene Frist jetzt überschritten. Nach der nun gültigen Regelung können die Behörden der Mitgliedstaaten individuelle Entscheidungen treffen und Ausnahmen zulassen. Die IVU-Richtlinie betrifft Ölraffinerien, Metalle, Chemikalien, Papier sowie große Tiermastbetriebe.

Gegen die Bremser will die EU-Kommission Rechtsverletzungsverfahren anstrengen. Spanien hat beispielsweise bisher nur für die Hälfte aller Anlagen Genehmigungen erteilt. Das Land soll nun noch einmalig eine Fristverlängerung um sechs Monate erhalten. Auch Italien, Frankreich, Irland und die Niederlande sind im Verzug. Deutschland gehört zu den Staaten, die zumindest 90 Prozent der Auflagen erfüllt haben. Nur Luxemburg hat bisher die IVU-Richtlinie vollständig umgesetzt. Ungeachtet der Verzögerungen wird die

Richtlinie zurzeit überprüft und überarbeitet, um sie noch verbindlicher zu machen. Unter anderem wird diskutiert, ob die zur IVU-Richtlinie gehörenden Dokumente für technische Details, die sogenannten BREFs, von unverbindlichen Referenztexten zu verbindlichen Vorschriften aufgewertet werden sollen. Dagegen läuft allerdings die Industrie Sturm. Außerdem sollen ab 2016 strengere Grenzwerte für Stickoxide und Schwefeldioxide gelten. Eine Ausdehnung auf kleinere Anlagen ist ebenfalls geplant. Die Veröffentlichung der Vorschläge für die überarbeitete IVU-Richtlinie ist für den 17. Dezember vorgesehen. [jg]

► EU-Papier: www.europa.eu/rapid (Reference MEMO/07/441)

► Hintergrund: www.kurzlink.de/ivu-revision

Schadstoffreduktion in der EU**Feinstaub- und Ozonwerte anhaltend hoch**

■ Zwei Studien zu Luftschadstoffen hat die Europäische Umweltagentur (EEA) veröffentlicht. Gute Nachrichten gibt es bei Stickoxiden und Schwefeldioxid. Feinstaub- und Ozonwerte blieben dagegen in den letzten Jahren gleich hoch.

Von 1990 bis 2005 ist der Ausstoß von Stickoxiden innerhalb der EU um mehr als 34 Prozent zurückgegangen. Der Ausstoß von Schwefeldioxid wurde sogar um etwa 70 Prozent vermindert. Das ergab die jährliche Bestandsaufnahme über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen in Europa (LRTAP). Der Rückgang der Emissionen betrifft Wirtschaftsbereiche wie Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Abfall.

Obwohl die Emissionen insgesamt zurückgegangen sind, blieben die Konzentrationen von bodennahem Ozon und Feinstaub seit 1997 gleich hoch. Hochrechnungen einer weiteren EEA-Studie zeigen, dass zwischen 1990 und 2004 rund 43 Prozent der StädterInnen in Europa höheren Konzentrationen von Feinstaub bis 10 Mi-

krometer Größe (PM₁₀) ausgesetzt waren als die EU-Bestimmungen vorschreiben. Am schwersten betroffen waren Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Polen, Tschechien, Ungarn, das italienische Po-Delta und Südspanien. Bis zu zwei Drittel der Stadtbevölkerung waren im gleichen Zeitraum zu hohen Ozonwerten ausgesetzt. Zu viel Ozon wurde auch in weiten Landstrichen mit Land- und Forstwirtschaft in Mittel- und Südeuropa gemessen.

Andere Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Blei haben dagegen abgenommen. Dies sei ein Erfolg der Reduktion von Schwefeldioxidemissionen aus Kraft- und Heizwerken sowie einer Verminderung von Bleiemissionen von Personenkraftwagen, so die EEA.

[mi, jg]

- ▶ LRTAP-Studie: http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2007_14/en
- ▶ Studie „Air pollution in Europe 1990-2004“: http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2007_2/en

Stickoxide

Norwegen hält traurigen Rekord

■ Norwegen hat den höchsten Pro-Kopf-Wert für Stickoxide in ganz Europa. Ganze 42 Kilogramm pro NorwegerIn und Jahr errechnete die Nichtregierungsorganisation The Future in Our Hands (FIVH). Norwegen muss diesen Wert laut dem Göteborg-Protokoll, der seit 1995 gültigen Vereinbarung zur Luftreinhaltung, bis 2010 um 30 Prozent reduzieren. Die verbleibenden zwei Jahre lassen dafür kaum genug Zeit. Für zwei Drittel der Verschmutzung ist die Schiffs- und Ölindustrie verantwortlich. Deutschland liegt mit 17 Kilogramm Stickoxiden pro Kopf und Jahr auf Rang 24 von 30 untersuchten europäischen Staaten. Am wenigsten Stickoxide werden laut FIVH in der Ukraine ausgestoßen: nur elf Kilogramm. [jg]

- ▶ www.fivh.no

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Vierter GEO-Report

60 Prozent aller Ökosysteme sind geschädigt

■ Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Bodenverschlechterung sind die größten weltweiten Umweltprobleme der kommenden Jahrzehnte. Das ergab der vierte Global Environment Outlook (GEO-4), den das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) Ende Oktober veröffentlichte. 60 Prozent aller Ökosysteme weltweit sind demnach geschädigt und werden übernutzt. Drei Millionen Menschen sterben jährlich wegen fehlenden oder verschmutzten Trinkwassers, 1,8 Milliarden werden in den nächsten 20 Jahren unter extremer Wasserknappheit leiden. Bereits jede vierte Erkrankung hänge mit Umweltfaktoren zusammen. Als Hauptursachen sieht der Bericht die wachsende Weltbevölkerung, deren übermäßigen Konsum und die Intensivierung der Landwirtschaft, die eine ebenso große Bedrohung wie der Klimawandel sei.

Der GEO-Report macht auch deutlich, dass die unterschiedlichen Umweltprobleme meist zusammenhängen. So werden etwa 70 Prozent des verfügbaren Süßwassers zur Bewässerung der Felder verbraucht. Dort werden Unmengen an Düngemitteln und Pestiziden eingesetzt, die das Grund- und Trinkwasser verunreinigen. Gleichzeitig verarmen Flora und Fauna.

Auch positive Entwicklungen zeigt der Report in einem anderen Licht. So habe sich die Luftqualität in den Industriestaaten verbessert, allerdings nur durch Verlagerung der Industrien in die Entwicklungsländer. UNEP-Generaldirektor Achim Steiner forderte daher „fundamentale Änderungen in wirtschaftlichen und sozialen Strukturen“.

400 WissenschaftlerInnen arbeiteten an dem Bericht. Die GEO-Reports erscheinen seit 1995 alle drei bis fünf Jahre. [io, jg]

- ▶ www.unep.org/geo/geo4

KLIMA & ENERGIE

Energieverbrauch

Globaler Energieverbrauch steigt deutlich an

■ Die Internationale Energieagentur (IEA) hat in ihrem World Energy Outlook 2007 vor einem deutlich steigenden Energieverbrauch um etwa 50 Prozent bis 2030 gewarnt. Dadurch könnten die CO₂-Emissionen um bis zu 57 Prozent ansteigen, so die Pariser Behörde. Als Hauptverantwortliche sieht die IEA China und Indien, deren Energiebedarf fast die Hälfte des Zuwachses ausmachen werde. Die Industrieländer seien für etwa ein Fünftel verantwortlich.

Die IEA geht davon aus, dass die Energieversorgung der Welt auch im Jahr 2030 noch hauptsächlich auf fossilen Energieträgern beruht. Sie plant mit etwa einem Drittel Öl, 28 statt heute 25 Prozent Kohle und 22 Prozent Gas. Ölreserven würden auch in Zukunft ausreichend zur Verfügung stehen, so die IEA. Der Preis für Rohöl werde auf etwa 60 Euro im Jahr 2015 fallen und auch danach nur leicht ansteigen.

Besonders letztere Annahme kritisierte der energiepolitische Sprecher der Grünen Hans-Josef Fell. Ein solches Szenario sei angesichts des heutigen Ölpreises von fast 100 Euro „peinlich, realitätsfremd und nicht ernst zu nehmen“. Die Bundesregierung solle überlegen, ob sie weitere Millionen für die IEA ausgeben wolle.

In ihrem Bericht mahnt die IEA die Regierungen zu politischen Schritten, um einen drastischen Anstieg der CO₂-Emissionen zu verhindern. Sie schlägt Effizienzmaßnahmen, Atomkraft und erneuerbare Energien vor. Zwar verweist sie auf den Weltklimarat IPCC, dem zufolge die Treibhausgasemissionen bis 2050 um bis zu 85 Prozent gesenkt werden müssen, allerdings liegen selbst in dem einen Szenario, bei dem die IEA eine konsequente Klimaschutzpolitik annimmt, die jährlichen Emissionen weit darüber. [ms]

- ▶ www.worldenergyoutlook.org

EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie**Umweltminister wollen klare Kriterien**

■ Die europäischen UmweltministerInnen haben sich sehr skeptisch zur geplanten Überarbeitung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie geäußert. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Kraftstoffhersteller zu einer Reduktion ihrer CO₂-Emissionen um zehn Prozent bis 2020 zu verpflichten. Dafür sollte die gesamte Produktionskette von der Förderung des Rohöls bis zur Verbrennung des Produkts betrachtet werden. Der Umweltministerrat unterstützte zwar das Ziel einer Reduktion, will aber drei Bedingungen geprüft wissen: Erstens müsse Nachhaltigkeit genauer definiert werden. Zweitens sei das Verhältnis zu anderen Gesetzen zu untersuchen, vor allem dem zur Steigerung der Biokraftstoffproduktion auf zehn Prozent bis 2020. Schließlich müsse man sich auf eine einheitliche Methode zur Messung der Emissionsreduktionen im gesamten Lebenszyklus einigen. BeobachterInnen gehen davon aus, dass es erst 2008 zu einer Einigung kommt. [ms, mbu]

EU-Parlament**Abgeordnete pro Atomkraft**

■ Das EU-Parlament hat sich im Oktober in einer Resolution für die Nutzung der Atomkraft in der EU stark gemacht. Es billigte den nach dem CDU-Abgeordneten Herbert Reul benannten Reul-Report, nach dem die Atomkraft sowohl heute als auch künftig von Bedeutung ist. Ohne Atomkraft seien die europäischen Klimaziele nicht zu erreichen. Die deutschen Abgeordneten stimmten in der namentlichen Abstimmung größtenteils mit ihren Fraktionen. Grüne und Linke votierten geschlossen gegen die Resolution, Konservative und Liberale stimmten ausnahmslos zu. Lediglich die Sozialdemokraten waren gespalten. Eine Resolution hat allerdings keine rechtliche Wirkung. [ms]

► Resolution: www.kurzlink.de/ep_pro-atomkraft

UN-Emissionsbericht**Wieder mehr Treibhausgase**

■ Das UN-Klimasekretariat UNFCCC hat Ende Oktober die offizielle Statistik über die Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2005 vorgelegt. Danach sind in den Industrieländern die Emissionen in dieser Zeit nur um 2,8 Prozent gesunken. Gegenüber dem Jahr 2000 gab es sogar einen deutlichen Anstieg, denn damals lagen die Emissionswerte gut fünf Prozent unter denen von 1990. Den Großteil der Einsparungen verdanken die Industriestaaten also nach wie vor dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Osteuropa Anfang der 1990er-Jahre. Noch heute liegen die Emissionen dort 35 Prozent unter den Werten von 1990. Die westlichen Industrieländer hingegen verzeichnen ein Plus von elf Prozent. Die EU weist einen Rückgang von 1,5 Prozent auf, in den USA sind die Emissionen um 16 Prozent gestiegen.

Die UNFCCC-Statistik dient der Vorbereitung für die Klimakonferenz Anfang Dezember auf Bali. Sie beruht auf Berichten der einzelnen Staaten. Von 41 Industriestaaten haben 38 ihre Werte rechtzeitig eingereicht. Emissionen aus der Nutzung von Wäldern und Landflächen sind in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt. Sie wurden separat erfasst. [ms]

► Statistik: www.kurzlink.de/unfccc_1990-2005

Emissionshandel in Deutschland**Deutschland darf nachregeln**

■ Deutschland darf die Menge der vergebenen Zertifikate zum Treibhausgas-Emissionshandel nachträglich korrigieren. Damit entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine Klage der Bundesregierung gegen die EU-Kommission. Ein Staat darf demnach Zertifikate, die etwa aufgrund fehlerhafter oder vorläufiger Angaben der Unternehmen zu viel ausgegeben wurden, auch während der laufenden Handelsperiode zurückrufen. Dies sei im Sinne des Klimaschutzes, so der EuGH. Deutschland hatte 2004 gegen

die EU-Kommission geklagt, die eine nachträgliche Korrektur im nationalen Allokationsplan abgelehnt hatte, da dies die Planungssicherheit der Unternehmen gefährde. Obwohl viele Länder dieselben Probleme hatten, klagte lediglich die deutsche Regierung.

Für etwa 700 deutsche Unternehmen werde nun rückwirkend für die Handelsperiode 2005-2007 eine Anpassung vorgenommen, so die Deutsche Emissionshandelsstelle. Welche Auswirkungen das Urteil auf die Periode 2008-2012 haben wird, ist noch unklar. Ebenso offen ist die Frage, ob die Kommission gegen das erstinstanzliche Urteil Einspruch einlegen wird. [ms]

► Urteil: www.kurzlink.de/eugh_dtld-ets-05-07

► Hintergrundinformationen der Emissionshandelsstelle: www.kurzlink.de/dehst_eugh2005-07

Emissionshandel in Europa**Auf dem Weg zum globalen System**

■ Erstmals wird das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) auf Nicht-EU-Staaten ausgeweitet. Die Europäische Kommission traf mit Norwegen, Island und Liechtenstein eine Vereinbarung, um die drei Länder an das ETS anzubinden. Damit steigt die Zahl der teilnehmenden Länder auf 30. Langfristig will die EU ihr System in ein globales überführen. Die EU-Kommission hofft, dass bei den Klimaverhandlungen im Dezember auf Bali erste Schritte dazu möglich sind.

Währenddessen hat die Kommission die Zuteilung der Emissionsrechte für die ETS-Handelsperiode 2008-2012 abgeschlossen. Bulgarien und Rumänien erhielten als letzte Staaten ihr Kontingent zugewiesen. Deutschland erreichte im letzten Moment eine Verdoppelung seiner internationalen Zukaufmöglichkeiten über die flexiblen Mechanismen (Clean Development Mechanism und Joint Implementation) auf 20 Prozent. [ms]

► www.kurzlink.de/ets_norwegen

„Die deutsche Klimapolitik ist voller Widersprüche. Wir brauchen konsequente Schritte – jetzt!“

Die in diesem Jahr gegründete Klima-Allianz repräsentiert rund zehn Millionen BürgerInnen. Das breite gesellschaftliche Bündnis mobilisiert für den weltweiten Klima-Aktionstag am 8. Dezember zu Demonstrationen in Berlin und in Neurath bei Düsseldorf, um Druck auf die Politik auszuüben. Christina Hering über die Forderungen der Klima-Allianz.

umwelt aktuell: Warum brauchen wir überhaupt eine Klima-Allianz, wenn die Bundesregierung den Klimaschutz längst zur Chefsache erklärt hat?

Christina Hering: Bundeskanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel präsentieren sich als Klimaschützer und genau da liegt die Krux. Viele BürgerInnen haben das Gefühl, dass die Regierung schon alles Nötige für den Klimaschutz tut. Dabei gibt es in der Politik viele Widersprüche: Merkel lehnt ein Tempolimit ab, Gabriel wirbt für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Das ist klimapolitisch absurd. Darüber muss offen diskutiert werden. Deshalb haben sich Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Jugend- und Verbraucherverbände sowie Kirchen in diesem Jahr zur Klima-Allianz zusammengeschlossen. Wir haben konkrete Forderungen aufgestellt, mit denen die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gesenkt werden können. Als Bündnis von über 80 Organisationen können wir erheblichen Druck auf die Politik ausüben und ein Gegengewicht zu den Lobbyversuchen der Konzerne bilden.

Welche konkreten Forderungen sind das?

Wir haben ein Positionspapier mit zentralen Forderungen erarbeitet. Um nur einige konkrete Punkte daraus zu nennen: Energetische Sanierung von drei Prozent aller Altbauten pro Jahr, Verdreifachung des Anteils der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis von erneuerbaren Energien und Erdgas bis 2020, strenge gesetzliche Verbrauchsgrenzwerte für Kraftfahrzeuge, Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Strombereich, Ausstieg aus der Atomenergie, Einführung einer Kerosinsteuer, Abbau klimaschädlicher Subventionen.

Die Internationale Energieagentur sagt bis 2030 einen Anstieg der globalen CO₂-Emissionen um 57 Prozent voraus, vor allem wegen des Wirtschaftsbooms in China und Indien. Greifen nationale Forderungen da nicht etwas zu kurz?

Die bereits messbare globale Erwärmung um etwa ein Grad ist zum Großteil von den Industrieländern zu verantworten. Deutschland liegt beim Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen um das Zweieinhalbfa-

che über dem weltweiten Durchschnitt. Nach dem Verursacherprinzip müssen wir für die Klimaschäden und Anpassungskosten in den besonders betroffenen Entwicklungsländern aufkommen und sie beim Aufbau klimaverträglicher Energiestrukturen unterstützen. Außerdem ist es enorm wichtig, dass die Industrieländer eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen, denn Schwellenländer wie Indien und China werden sich in dem jetzt zu verhandelnden neuen Klimaschutzabkommen nur dann zu Emissionsreduktionen verpflichten, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen. Die Bundesregierung muss dafür das eigene Haus in Ordnung bringen, das heißt konsequenten Klimaschutz betreiben, der nicht von kurzfristigen Interessen blockiert wird.

Was erwartet die Klima-Allianz von den UN-Verhandlungen im Dezember in Bali?

In der Öffentlichkeit werden Erwartungen geschürt, dass auf Bali schon ein Nachfolgeabkommen für Kyoto verabschiedet wird. Das ist aber im Dezember noch nicht zu schaffen, da erst die Bedingungen für den Verhandlungsprozess ausgehandelt werden müssen. Deutschland muss allerdings auf Rahmenbedingungen bestehen, die eine Verabschiedung eines Kyoto-Folgeabkommens 2009 in Kopenhagen garantieren. Außerdem sollten die deutschen Verhandlungsführer darauf drängen, dass es auf Bali wenigstens in ein oder zwei inhaltlichen Punkten eine Einigung gibt.

Am 8. Dezember findet ein globaler Klimaaktionstag statt. In Deutschland gibt es Großdemonstrationen in Berlin und in Neurath bei Düsseldorf. Was soll damit erreicht werden?

Unser Motto heißt „Klimaschutz jetzt!“ Wir fordern eine vorausschauende, verantwortliche Politik, die verbindliche Rahmenbedingungen schafft, um die Treibhausgase in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Unsere Hauptforderung ist ein bundesweites Moratorium für Kohlekraftwerke. Derzeit planen die Energiekonzerne etwa 27 neue Kohlekraftwerke, die jährlich etwa 140 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen würden. Das entspricht den gesamten Emissionen von Tschechien. Werden diese

Kraftwerke gebaut, werden damit Fakten geschaffen, die nicht von heute auf morgen rückgängig zu machen sind. Damit rücken die deutschen Klimaziele in weite Ferne – allen anderen Maßnahmen zum Trotz.

Was passiert in anderen Ländern?

Rund um den Globus finden am 8. Dezember Aktionen statt: von Nepal über Bolivien bis Senegal wurden Veranstaltungen organisiert. Die größte Demonstration wird in Indonesien, dem Gastgeberland der UN-Klimaverhandlungen, erwartet. Auch in vielen europäischen Staaten sind Veranstaltungen geplant, allen voran Großbritannien, wo bereits im letzten Jahr 20.000 Menschen auf die Straße gingen. Nur in Nordamerika sieht es ziemlich bescheiden aus – was sehr schade ist, denn gerade dort müssten die Menschen für mehr Klimaschutz eintreten.

Das Thema Klimawandel ist längst im gesellschaftlichen Mainstream angekommen. Wie fühlt es sich an, wenn man als Umweltaktivistin plötzlich dasselbe sagt wie alle anderen?

Uns wird häufig vorgeworfen, wir würden mit unseren Prognosen übertreiben und alles schlimmer machen, als es tatsächlich ist. Die Berichte des UN-Forschergremiums IPCC in diesem Jahr haben die Aussagen der Umweltorganisationen jedoch bestätigt, sodass man unsere Argumente jetzt nicht mehr einfach als Panikmache abtun kann. Abgesehen davon geht der Klimawandel uns alle an, daher ist es wichtig und gut, dass die Debatte in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Wäre Klimaschutz immer noch ein Nischenthema, wäre es noch schwieriger, die dringend notwendigen Maßnahmen durchzusetzen.

[Interview: Markus Steigenberger]

Die Geografin Christina Hering koordiniert seit Oktober 2007 die Klima-Allianz. Sie arbeitet beim Forum Umwelt & Entwicklung.
Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 44339183, E-Mail: hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de



Emissionshandel im Flugverkehr**CO₂-Zertifikate für Flugzeuge**

■ Das Europäische Parlament hat den Richtlinienentwurf für einen Emissionshandel im Flugverkehr gegenüber der Vorlage der EU-Kommission verschärft. Der Beschluss bleibt aber hinter den Vorstellungen des Umweltausschusses des Europarlaments sowie den Forderungen von Umweltorganisationen zurück.

Die ParlamentarierInnen beschlossen in erster Lesung, dass sämtliche Flüge ab dem Jahr 2011 erfasst werden. Die Emissionen sollen auf 90 Prozent der durchschnittlichen Werte der Jahre 2004-2006 begrenzt werden. Der Umweltausschuss wollte schon 2010 beginnen und nur 75 Prozent der Emissionen erlauben, die EU-Kommission hatte sogar 100 Prozent vorgesehen. Weiterhin will das Parlament 25 Prozent der Emissionszertifikate versteigern. Damit bleibt es zwar hinter den Empfehlungen zahlreicher ExpertInnen und Umweltorganisationen zurück, die eine vollständige Auktionierung fordern, geht aber deutlich über den Vorschlag der Kommission von drei bis fünf Prozent hinaus. Dem Anliegen des Umweltausschusses, Flugzeugemissionen mit dem Faktor zwei zu bewerten, da sie in den großen Höhen, wo sie ausgestoßen werden, das Klima deutlich stärker schädigen als in Bodennähe, stimmte das Parlament zu. Schließlich wollen die ParlamentarierInnen für Kleinflugzeuge bis 20 Tonnen eine Ausnahme erlauben.

Der Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften kritisierte die Entscheidung des Parlaments als „ökonomisch dramatisch“. Für Umweltverbände bleibt der Beschluss hingegen hinter den vereinbarten Klimazielen der EU zurück. Voraussichtlich am 20. Dezember wird der EU-Umweltministerrat das Thema beraten. Einige Beobachter gehen davon aus, dass es dort bereits zu einer Einigung kommen kann. Mit der Einbeziehung des Flugverkehrs erführe das EU-Emissionshandelssystem seine erste Erweiterung auf einen anderen Sektor. Bisher erfasst es nur Industrieemissionen. Mit dem Vorhaben geht die EU bewusst einen Konflikt

mit anderen Staaten ein, denn bisher gibt es keine völkerrechtliche Regelung über die Emissionen des Flugverkehrs. Das Kyoto-Protokoll fordert lediglich die Internationale Zivile Luftfahrtorganisation ICAO auf, eine Regelung zu vereinbaren (umwelt aktuell 11.07, S. 2). Bisher ist dies aber nicht geschehen. Auf der letzten Sitzung der ICAO im September geriet die EU massiv in die Kritik, ignorierte aber die Forderung, von dem geplanten Emissionshandel abzusehen. [ms]

- ▶ Kommentar des Berichterstatters Peter Liese: www.peter-liese.de
- ▶ Hintergrund von Transport & Environment: www.transportenvironment.org (Aviation)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

CO₂-Emissionen von Pkw**Grenzwerte kommen später**

■ Das Europäische Parlament hat eine Vorlage der EU-Kommission zur Begrenzung der Kohlendioxidemissionen von Pkw abgeschwächt. Nicht ab 2012, wie von der Kommission gefordert, sondern erst ab 2015 sollen die durchschnittlichen Emissionen unter 125 Gramm CO₂ je Kilometer liegen. Die EU-Kommission hatte allerdings 130 Gramm erlauben wollen.

Das Parlament beschloss außerdem, dass der Ausstoß ab 2020 nicht mehr als 95 Gramm CO₂ je Kilometer betragen dürfe. Längerfristige Ziele sollten spätestens 2016 festgelegt werden. Ab 2011 soll außerdem das neue CO₂-Emissionslizenzsystem CARS eingeführt werden. Es sieht vor, dass Hersteller und Importeure Straf gelder pro verkauftem Wagen zahlen müssen, und zwar umso mehr, je weiter die Emissionen über den Obergrenzen liegen. Die Vorschläge des Parlaments werden voraussichtlich noch im Dezember im Umweltministerrat behandelt. Dann erst wird sich zeigen, wie die EU-Mitgliedstaaten zu der Frage stehen. [jg, ms]

- ▶ Beschluss des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/ep_co2-pkw

EU-Energiepolitik**Gesetzespaket verschoben**

■ Die EU-Kommission hat ein Gesetzespaket mit notwendigen Klimaschutzmaßnahmen auf Mitte Januar vertagt. Ursprünglich wollte sie die Gesetzentwürfe auf der Weltklimakonferenz Anfang Dezember auf Bali präsentieren. Sie begründete die Verschiebung mit der Komplexität der Vorschläge: Man müsse allgemeine EU-Ziele zur CO₂-Minderung und zur Förderung der erneuerbaren Energien in 27 verbindliche nationale Ziele aufteilen. BeobachterInnen in Brüssel vermuten jedoch, dass die EU vor dem Klimagipfel Streit unter den Mitgliedstaaten vermeiden will. Sie wolle in einer starken Position sein, um auf Bali die anderen großen Emittenten wie die USA oder China von verbindlichen Reduktionszielen zu überzeugen. [mbu]

Deutscher Umweltpreis**Geehrte KlimaschützerInnen**

■ Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat den Deutschen Umweltpreis des Jahres 2007 an vier KlimaschützerInnen vergeben. Die ehemalige Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber ist dabei die erste Frau, die den seit vor 15 Jahren vergebenen Preis erhält. Neben ihr wurden der Direktor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung Hans Joachim Schellnhuber, der Gründer der Firma Konvekta Carl H. Schmitt und der Direktor des Instituts für Thermodynamik der Technischen Universität Braunschweig Jürgen Köhler ausgezeichnet.

Schmitt und Köhler erhielten den Preis unter anderem für die Entwicklung eines Kältemittels für Klimaanlage in Fahrzeugen, das bisher verwendete extrem klimaschädliche Substanzen ersetzen kann. Schellnhuber wurde für sein langjähriges persönliches Engagement für den internationalen Klimaschutz geehrt. Weber wurde für vorbildlichen kommunalen Klimaschutz ausgezeichnet. [ms]

- ▶ www.dbu.de

Atomkraft

Gabriel sucht weiter Endlager

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) wird im nächsten Jahr Sicherheitsanforderungen an ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll vorlegen. Das kündigte Minister Sigmar Gabriel auf einer internationalen Konferenz im November in Braunschweig an. Gabriel betonte, die Suche nach einem Endlager in Deutschland sei noch nicht abgeschlossen. Man dürfe keine Fehler riskieren, wie sie in anderen Ländern wie den USA gemacht worden seien. Auch in Deutschland gebe es Sicherheitsrisiken bei der Endlagersuche. So sei in das Forschungsbergwerk Asse in Niedersachsen, in dem schwach und mittelradioaktiver Atommüll gelagert werden sollte, Wasser eingebrochen.

Der Präsident des deutschen Atomforums Walter Hohlefelder kritisierte die Ankündigung scharf. Eine erneute Endlagersuche sei mit nichts zu rechtfertigen. Das Lager in Gorleben sei nach allen bisherigen Erkenntnissen geeignet, so Hohlefelder. Das habe auch das Bundesamt für Strahlenschutz bestätigt. [ms]

► www.bmu.de/atomenergie

Klimawandel

Milliarden für technische Forschung

■ Das Bundesforschungsministerium (BMBF) will Lösungen zum Klimawandel erforschen und dafür in den nächsten zehn Jahren eine Milliarde Euro Forschungsgelder in den Klimaschutz investieren. Für jeden Euro will die Industrie das Doppelte dazu geben. Das verkündeten Forschungsministerin Annette Schavan und Joachim Milberg von Acatech, der zukünftigen Deutschen Akademie der Technikwissenschaften.

Das Geld soll vor allem für fünf Bereiche zur Verfügung stehen: die Weiterentwicklung von Photovoltaik-Anlagen, die Erforschung und den Bau neuer Batterien,

effizientere Elektronik für Autos, neue Kommunikationsmethoden für Autofahrer und die Abtrennung und Speicherung von CO₂ (CCS). Sie wolle mit dieser „Hightech-Strategie“ Klimaschutz und Innovationen verbinden, um so Exportchancen und Arbeitsplätze zu schaffen, sagte Schavan.

Die Grünen kritisierten, dass die Gelder vor allem in den motorisierten Individualverkehr fließen und dafür die letztlich sehr viel klimafreundlichere Verkehrsvermeidung vernachlässigt werde. Greenpeace bemängelte, es sei fraglich, ob CCS jemals praxistauglich werde. Die Mittel seien in der Forschung für Energieeffizienz und dezentrale Lösungen für erneuerbare Energien besser aufgehoben. [ms]

- www.bmbf.de
- Acatech, Jann Gerrit Ohlendorf, München, Tel. +49 (0)89 / 52030940, E-Mail: ohlendorf@acatech.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Nährwertangabe weiter in der Mogelpackung?

■ Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Übergewicht entwickelt das Bundesernährungsministerium (BMELV) einen Leitfaden für eine bessere Nährwertkennzeichnung auf Verpackungen und Etiketten. Wie das Ministerium im Oktober mitteilte, sollen auf Lebensmittelverpackungen künftig der Brennwert sowie die Anteile an Fett, Zucker, gesättigten Fettsäuren und Salz zu lesen sein. Wo die Nährwertinformationen aufgedruckt werden, bleibt dem Hersteller überlassen. Lediglich der Brennwert, also die Kalorienzufuhr, soll laut BMELV an „prominenter Stelle“ stehen.

Dies kritisiert die Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch ebenso wie die Tatsache, dass die Nährwert-Kennzeichnung freiwillig sein soll. Die geplante


soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 16 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien


soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274
 E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at
 Web: www.ifz.tugraz.at/sote

Kennzeichnung sei keine Einkaufshilfe im Alltag, sagte Foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode. Der Verbraucherverband fordert eine verständliche und auf allen Produkten erkennbare Kennzeichnung, ähnlich dem „Ampelsystem“ in Großbritannien. In britischen Lebensmittelregalen weisen die Farben grün, gelb und rot auf niedrige, mittlere und hohe Gehalte an Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz hin.

Der Leitfaden soll bis zum Frühjahr 2008 fertig sein. Der Spitzenverband der deutschen Lebensmittelwirtschaft BLL will maßgeblich daran mitwirken. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, E-Mail: pressestelle@bmelv.bund.de, www.bmelv.de
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, Fax -26, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Lebensmittelsicherheit

Gesetzesinitiative gegen Gammelfleisch

■ Die Bundesregierung will schärfer gegen den Handel mit sogenanntem Gammelfleisch und anderen verdorbenen Lebensmitteln vorgehen. Im Oktober stimmte das Kabinett dem Entwurf für ein neues Lebens- und Futtermittelgesetz zu. Laut der Vorlage aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium sollen Lebensmittelunternehmen, die „unsichere“ Lebensmittel erhalten und diese nicht annehmen, verpflichtet werden, solche Lieferungen den Behörden zu melden. Unsicher bedeutet hier, dass die Lebensmittel gesundheitsschädlich oder nicht zum Essen geeignet sind. Bei Verstößen gegen das Gesetz sind Geldstrafen bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Bisher waren maximal 20.000 Euro möglich. [mbu]

- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, E-Mail: pressestelle@bmelv.bund.de, www.bmelv.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Klimaschutz

Rinder heizen Treibhaus auf

■ Bis zu 30 Prozent des weltweiten Klimawandels gehen auf das Konto der Landwirtschaft. Das ergab eine Studie des Agrarwissenschaftlers Harald von Witzke von der Berliner Humboldt-Universität. Von Witzke untersuchte im Auftrag des WWF die Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Weltklima.

Vor allem Rinder, die bei ihrer Verdauung Klimagas produzieren, und überdüngte Felder sind laut der Studie für die Klimabelastung verantwortlich. In Deutschland verursache der Agrarsektor bis zu elf Prozent des Klimateffekts. Weltweit seien es 14 Prozent, ebenso viel wie der Beitrag der Industrie oder des Verkehrs. Rechnet man die Brandrodung zur Gewinnung landwirtschaftlicher Flächen dazu, steige der Anteil auf über 30 Prozent. Damit sei die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftsbereich mit Klimafolgen.

Deshalb muss aus Sicht der Wissenschaft und der Umweltorganisation der Klimaschutz in die Landwirtschaftspolitik integriert werden. Von Witzke empfiehlt marktwirtschaftliche Instrumente, um den Ausstoß von agrarbedingten Treibhausgasen zu reduzieren. Zunächst könnten die Emissionen besteuert werden, langfristig sei es sinnvoll, die Landwirtschaft in den Emissionshandel einzubeziehen. Das Einsparpotenzial sei enorm, so der Wissenschaftler. Nach seiner Rechnung kann die Landwirtschaft bis 2020 bis zu 50 Prozent weniger klimaschädliche Gase produzieren als im Jahr 1990. Es bestehe aber dringender Handlungsbedarf: Methan ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen 21-mal und Lachgas sogar 310-mal so klimawirksam wie Kohlendioxid.

Nun ist die Politik gefordert. Ab Mitte 2008 wird in Brüssel der EU-Haushalt, darunter auch die Agrarförderungspolitik, neu verhandelt. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/klimagasreport (PDF, 2 MB)

EU-Landwirtschaftsbeihilfen

Gläserne Agrarsubventionen

■ Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen ab 2008 offenlegen, welche Betriebe Agrarbeihilfen aus Brüssel erhalten. Das beschlossen die 27 EU-Agrarminister bei ihrer Ratssitzung im Oktober in Luxemburg. Durch die Veröffentlichungspflicht will die EU transparent machen, wer wie viel Geld aus dem milliardenschweren Agrar-Fördertopf der Gemeinschaft bekommt. Auch Deutschland, das sich bisher dagegen gesträubt hatte, die Namen der Subventionsempfänger und die Höhe der Summe zu nennen, stimmte der Regelung zu. Zahlreiche EU-Länder informieren die Öffentlichkeit schon seit Langem über die Verteilung der Gelder. Bereits 2006 hatte die EU-Kommission beschlossen, dass solche Subventionen, die direkt von Brüssel vergeben werden, sofort veröffentlicht werden müssen.

Die Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen, ein Bündnis von 35 Umwelt-, Landbau- und Nord-Süd-Organisationen, begrüßte die Offenlegungspflicht, forderte jedoch detailliertere Angaben etwa zur Wirtschaftsweise und zur Beschäftigungsleistung der Betriebe. Nach Angaben der Initiative bestätigen die ersten veröffentlichten Zahlen die von ihr vermutete Bevorzugung von Großbetrieben. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 2 / 295-3240, Fax -7540, E-Mail: agri-library@cec.eu.int, www.ec.europa.eu/agriculture
- ▶ Kommentierte Auflistung für deutsche Länder: www.wer-profitiert.de

Gentechnik-Freisetzung

Mehr Genpflanzen in Europa

■ Im Jahr 2007 hat der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU im Vergleich zum Vorjahr um 77 Prozent auf 110.000 Hektar zugenommen. Nach Angaben des Lobbyverbandes der Gentechnikindustrie EuropaBio blieb Spanien Spit-

zenreiter: Hier wuchsen auf 75.000 Hektar genmanipulierte Sorten, das sind 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Frankreich vervierfachte seine gentechnisch bewirtschaftete Fläche auf 20.000 Hektar. [mbu]

► EuropaBio, Brüssel, Tel. +32 2 / 7350313,
E-Mail: info@europabio.org, www.europabio.org

Gentechnikgesetz

Gentech-Novelle sorgt weiter für Besorgnis

■ Der Bundestag hat im November die Novelle des Gentechnikgesetzes beraten, aber noch nicht beschlossen. Der Entwurf sieht vor, dass Genpflanzen mindestens 150 Meter von Feldern mit konventionellem Anbau und 300 Meter von ökologisch bewirtschafteten entfernt sein müssen. Wer Gentechnik verwendet, haftet für Verunreinigungen von Nachbarfeldern, egal ob eine Schuld nachgewiesen ist oder nicht. Entschädigungen soll es aber erst ab 0,9 Prozent genmanipulierten Bestandteilen geben. Die Genforschung soll nach dem Willen der Regierung erleichtert werden.

Vor der Debatte forderten 36 Umwelt- und Wirtschaftsverbände in einem Offenen Brief Nachbesserungen am Gesetzentwurf, um die gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft zu sichern. Die Mindestabstände müssten 1.000 Meter betragen, Landwirte ab einem Anteil von 0,1 Prozent Verunreinigung entschädigt werden. Unternehmen, die gentechnikfrei wirtschaften, befürchten auf ihren Produkten sitzen zu bleiben, wenn diese Spuren von Gentechnik enthalten. Das gefährde auch tausende Arbeitsplätze in der konventionellen und der ökologischen Landwirtschaft, sagte der Vorsitzende des Bundes Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) Felix Prinz zu Löwenstein. Laut Umfragen wollen 70 bis 80 Prozent der Deutschen kein genmanipuliertes Essen auf den Tisch. [mbu]

► BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300,
Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de
► www.keine-gentechnik.de/offenerbrief

Gentechnikgesetz

EU-Kommission erstmals gegen Gentechnikanbau

■ Ende Oktober hat die EU-Kommission vorgeschlagen, den beiden gentechnisch veränderten Maissorten Bt11 von Syngenta und 1507 von Pioneer und Dupont die Zulassung für den Anbau in der Europäischen Union zu verweigern. Als Begründung gab die Kommission erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten über die Auswirkungen des Genmais auf die Umwelt an. Greenpeace und die österreichische Umweltschutzorganisation Global 2000 lobten den Vorschlag. Die EU-Kommission erfülle damit zum ersten Mal die eigenen gesetzlichen Vorgaben für Gentechnik-Zulassungen. Diese sehen vor, dass das Vorsorgeprinzip berücksichtigt wird, und verlangen eine umfassende Risikoabschätzung. [mbu]

► Global 2000, Wien, Tel. +43 1 / 81257-30,
Fax -28, E-Mail: office@gobal2000.at,
www.global2000.at

Zulassung von Genprodukten

EU-Kommission zögert beim Genmaisverbot

■ Österreich darf Produkte, die die gentechnisch veränderten Maissorten MON 810 und T25 enthalten, vorerst weiter an der Grenze stoppen. Zwar kam Ende Oktober im EU-Umweltministerrat die erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht zustande, die hätte verhindern können, dass die EU-Kommission die Wiener Regierung dazu verpflichtet, Genmais ins Land zu lassen. Lediglich 14 der 27 Mitgliedstaaten stimmten dafür, dass Österreich sein Importverbot aufrechterhalten darf. Aber die Brüsseler Behörde will nach eigenen Angaben angesichts der knappen Mehrheit noch einmal überdenken, wie sie künftig mit der Zulassung von Gen-Pflanzen und der unterschiedlichen Handhabung in den einzelnen EU-Staaten umgeht.

Die EU-BürgerInnen lehnen nach wie vor mit großer Mehrheit genveränderte Produkte ab. Offenbar gibt es auch in einigen Regierungen ein Umdenken. So erklärte Frankreich, man werde den Anbau von MON810 verbieten. Zu den Unterstützern der österreichischen Praxis gehörten auch Deutschland, Polen und Italien.

Beobachter in Brüssel deuten das Vorgehen der Kommission als Kurswechsel. Im November (nach Redaktionsschluss) sollte die Europäische Union erneut Stellung nehmen. Die Welthandelsorganisation (WTO) hatte angekündigt, wegen des Importstopps für Gen-Produkte Strafen in Millionenhöhe gegen die EU zu verhängen.

Österreich sicherte zu, bis Dezember neue wissenschaftliche Nachweise vorzulegen, die seine Genmaisverbote untermauern würden. Darüber könnte dann beim nächsten Treffen des Umweltministerrates am 20. Dezember debattiert werden. [mbu]

► EU-Umweltministerrat, Brüssel,
Tel. +32 2 / 2856211, www.consilium.europa.eu

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Konsultation

Was kostet das Artensterben?

■ Die Europäische Kommission hat Mitte November eine Internet-Konsultation über die Kosten des Verlustes an Artenvielfalt in Relation zu den Kosten der Erhaltung gestartet. Bis 31. Dezember können sich Interessierte beteiligen. Ähnlich dem sogenannten Stern-Report des Wirtschaftswissenschaftlers Nicholas Stern, der die wirtschaftlichen Folgekosten im Klimabereich untersuchte, sollen nun auch die Kosten für den Biodiversitätsverlust ermittelt werden. Die Ergebnisse der Konsultation sollen der geplanten Studie als Grundlage dienen. Über die Besetzung der Stelle zur Leitung der Studie wird noch verhandelt. Der Vorstoß erfolgt auch, weil sich die ►

Umweltminister auf dem G8+5-Gipfel im März 2007 in Potsdam auf eine solche Studie einigen konnten. Die EU-Kommission will Deutschland, das 2007 den G8-Vorsitz innehat, nun bei den Vorbereitungen für eine Studie über die wirtschaftliche Bedeutung des Artensterbens unterstützen.

Inhalt der Studie wird eine Untersuchung der finanziellen Folgen sein, die das weltweite Artensterben und der damit verbundene Rückgang an Ökosystemleistungen haben. Die Kosten fehlender Schutzmaßnahmen sollen den Kosten einer wirksamen Erhaltung und nachhaltigen Nutzung gegenübergestellt werden. „Die Studie wird den Wert der Artenvielfalt noch einmal unterstreichen, und ihre Schlussfolgerungen dürften dazu beitragen, kosteneffiziente politische Antworten zu finden“, so die EU-Kommission. Die Internetbefragung soll für das 9. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Mai 2008 in Bonn zusammengefasst werden. [jg]

► www.ec.europa.eu/environment/nature/call_evidence.htm

FFH-Gebiete

Natura 2000 wächst gen Osten

■ Die EU-Kommission hat Mitte November formell die Liste der gemeldeten Naturschutzgebiete Tschechiens, Ungarns und der Slowakei angenommen. Damit wächst das Herzstück der EU-Naturschutzpolitik, das europaweite Natura-2000-Netz, um 38 Prozent an. Rechtliche Grundlage für Natura 2000 ist die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL). Mit den drei Ländern wurden die in der Richtlinie vorgesehenen biogeografischen Regionen um eine neue, die pannonische, erweitert.

Auch in den anderen biogeografischen Regionen gab es Neuzugänge. In der atlantischen, der borealen und der kontinentalen Region wurde das Netz um Gebiete in den 2004 beigetretenen sowie einigen alten Mitgliedstaaten erweitert, die ihre nationa-

len Vorschläge ergänzten. Darunter sind Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Insgesamt wurden 4.255 neue Gebiete gemeldet, deren Fläche etwa der Größe Portugals entspricht. Die zusätzliche Ausweisung küstenferner Meeresgebiete mit mehr als 8.000 Quadratmeter Größe als Gebiete von gemeinschaftlichem Interesse ist eine weitere Neuerung.

Weitere Neuzugänge soll es im Dezember in der alpinen Region und auf den Atlantikinseln geben. Für Januar sind formelle Erweiterungen der mediterranen Region geplant. Die jüngsten EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien sollen ihre Gebiete bis Dezember 2008 ausweisen. [jg]

► www.ec.europa.eu/environment/nature

Gerechter Vorteilsausgleich

NGOs empfangen deutsche Verhandlungsdelegation

■ Auf Einladung der internationalen Gruppe der Nichtregierungsorganisationen fand im Oktober im kanadischen Montreal ein Informationsaustausch mit der deutschen Delegation für die ABS-Verhandlungen statt. Bei ABS (Access and benefit sharing) geht es um den gerechten Ausgleich von Vorteilen aus der Nutzung der biologischen Vielfalt, wie ihn die UN-Biodiversitätskonvention (CBD) vorsieht. Zu dem Gespräch während der ABS-Verhandlungsrunde hatte das Forum Umwelt und Entwicklung der deutschen NGOs auch VertreterInnen indigener Völker eingeladen.

Joji Cariño von der Tebtebba-Stiftung betonte als Sprecherin des International Indigenous Biodiversity Forum die besondere Bedeutung der unlängst verabschiedeten UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker. Die dort zugesicherten Rechte müssten die Grundlage für die Partizipation der indigenen Volksgruppen in einem rechtlich verbindlichen internationalen ABS-Regime sein, sagte die Aktivistin von den Philippinen. Der Leiter der deutschen Delegation, Jochen Flasbarth

vom Bundesumweltministerium, stimmte dem zu. Deutschland und die EU hätten diese Forderungen bislang ausnahmslos unterstützt. Deutschland wolle auf der 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz im Mai 2008 in Bonn (COP 9) einen „substanziellen Schritt“ zu einer rechtlich verbindlichen ABS-Regelung gehen.

Yoke Ling vom Third World Network forderte eine starke, rechtlich bindende Vereinbarung, um der Patentierung genetischer Ressourcen etwas entgegenzusetzen. Die unverbindliche Diskussion in der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) reiche nicht aus. Francois Meienberg von der Schweizer Nord-Süd-Organisation Erklärung von Bern fragte nach der weiteren Verhandlungsstrategie der Deutschen. Der dreitägige Austausch von Positionen in Montreal habe bisher nichts gebracht. Außerdem seien Australien, Neuseeland und Kanada immer noch grundsätzlich gegen ein ABS-Regime.

Flasbarth betonte, für den weiteren Verhandlungsprozess sei wichtig, dass man sich zunächst auf die politisch wichtigen Knackpunkte verständige, ehe man an die konkrete Textarbeit gehen könne. Die Zeit sei knapp und müsse in Montreal sowie bei der nächsten ABS-Verhandlungsrunde im Januar in Genf effektiv genutzt werden. Es gebe auch immer noch die Möglichkeit, strittige politische Themen in der vorgesehenen Ministerrunde auf der COP 9 in Bonn zu entscheiden – ein Novum im CBD-Verhandlungsprozess.

[Günter Mitlacher]

► CBD COP9 Projektbüro der NGOs, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359704, Fax 92399356, E-Mail: mitlacher@forumue.de, www.biodiv-network.de
 ► www.un.org/esa/socdev/unpfii/en/declaration

2010-Biodiversitätsziel

EU misst biologische Vielfalt

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat Mitte Oktober einen Bericht mit einem ersten Vorschlag für die SEBI-2010-Indikatoren veröffentlicht. Das EU-Projekt SEBI (Streamlining European Biodiversity

Indicators) entwickelt seit drei Jahren europäische Indikatoren für biologische Vielfalt, um die Fortschritte auf dem Weg zum „2010-Ziel“ zu bewerten und öffentlich zu machen. Die EU hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, ist jedoch von diesem Ziel noch weit entfernt. [bv]

- ▶ EEA-Bericht: <http://reports.eea.europa.eu>
- ▶ SEBI 2010: <http://biodiversity-chm.eea.europa.eu>

Vogelschutzrichtlinie

Rumänien ermahnt, Griechenland verklagt

■ Wegen Verstößen gegen die europäische Vogelschutzrichtlinie hat die EU-Kommission im Oktober erstmals rechtliche Maßnahmen gegen Rumänien eingeleitet. Der EU-Neuling hatte es versäumt, besondere Schutz- und Überwinterungsgebiete für Zugvögel und gefährdete Wildvögel auszuweisen. Im gleichen Monat wurde Griechenland vom Europäischen Gerichtshof wegen Verstößen gegen die Vogelschutzrichtlinie verurteilt, da es zu wenig Schutzgebiete ausgewiesen habe. Zudem leitete die EU-Kommission rechtliche Schritte gegen die Frühlingsjagd in Malta ein. [bv]

- ▶ www.curia.europa.eu (Rumänien: IP/07/1508, Malta: IP/07/1509, Griechenland: C 334/04)

Nettoprimärproduktion

Raubbau an der Biomasse

■ Wissenschaftler vom Institut für Soziale Ökologie in Wien haben errechnet, dass die Menschen weltweit knapp ein Viertel der jährlichen Biomasseproduktion der Pflanzen für sich in Anspruch nehmen. Die Produktion von Nahrungsmitteln, Holz und Bioenergie durch Land- und Forstwirtschaft spiele dabei die größte Rolle, heißt es in einer Studie der Forscher. Durch die Ermittlung der Nettoprimärpro-

duktion kann gemessen werden, wie groß Einwirkung der Menschheit auf die Biosphäre ist. Die Forscher warnen davor, den hohen Druck auf die Ökosysteme durch überzogene Pläne zum Ersatz von fossiler Energie durch Biomasseenergie weiter zu verstärken. [io]

- ▶ Prof. Helmut Haberl, Universität Wien, Tel. +43 (0)1 / 5224000-406 www.uni-klu.ac.at/socec/inhalt/1293 (Juni 2007)

Grünland

Mehr Arten auf dem Feld, mehr Geld in der Kasse

■ Neuen Forschungsergebnissen zufolge könnten Landwirte in ganz Europa von höheren Gewinnen und weniger Unkraut in ihrem Saat-Grünland profitieren, wenn sie eine größere Anzahl verschiedener Arten anpflanzen. Ein Projekt unter Beteiligung von 26 Universitäten aus 20 europäischen Ländern konnte zeigen, dass ein Ökosystem weniger produktiv wird, wenn eine Art daraus verschwindet. Einfache Gesellschaften aus nur einer oder zwei Arten produzierten weniger Biomasse als eine Kombination von Arten. Mehr Arten führten zu höheren Erträgen aus Weideland. Das Projekt wurde von der European Science Foundation unter der Schirmherrschaft des EuroDiversity-Programms koordiniert. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/gruenlandstudie

Nationalparke

Grünes Gemogel

■ Das Siebengebirge bei Bonn mit seinem Drachenfels soll nach Plänen der nordrhein-westfälischen Landesregierung nach der Eifel der zweite Nationalpark des Landes werden. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) kritisierte die Pläne. Das Gebiet umfasse nicht einmal die Hälfte der empfohlenen 10.000 Hektar, werde von

Vage Ziele, aber ein Anfang

„Gemeinsam viele kleine Schritte gehen“ – so heißt es in dem Lied der „Höhner“, das zum offiziellen Titelsong für die Kampagne des Bundesumweltministeriums zum Erhalt der Biodiversität erkoren wurde. Ob die Band mit dieser Zeile kommentieren wollte, dass die Bundesregierung 15 Jahre seit der Unterzeichnung der Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt verstreichen ließ, bevor sie in diesem Jahr endlich eine eigene Biodiversitätsstrategie verabschiedete, bleibt offen.

Nun aber liegt die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ vor – und wird im Grundsatz von den Umweltverbänden begrüßt. Zwar hat sich die Regierung schon 2001 auf dem EU-Ratsgipfel in Göteborg verpflichtet, den weiteren Artenverlust bis 2010 zu stoppen, und hat dieses Ziel auch in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben, doch erstmals wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog zum Biodiversitätsschutz formuliert.

Zu begrüßen ist, dass die Bundesregierung Biodiversität jetzt als Querschnittsthema begreift und, von einem umfassenden Problemaufriss ausgehend, alle wichtigen Handlungsfelder in den Blick nimmt. Sie vermeidet es aber, die Zielkonflikte eindeutig zu benennen. Dadurch werden wichtige Ressorts wie Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr nicht wirklich in die Pflicht genommen. So fehlen die Forderung nach einer umweltgerechten Agrarpolitik, das Ziel einer Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes um 15 Prozent und die Begrenzung des Stickstoffüberschusses auf 50 Kilogramm je Hektar jeweils bis 2015. Auch die Konkretisierung der „guten fachlichen Praxis“ steht weiter aus. Es fehlt auch ein Monitoring geschützter Arten und Biotope, um frühzeitig Verschlechterungen festzustellen und ihnen entgegenzuwirken.

Insgesamt sind die Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität zu vage formuliert, sodass eine Kontrolle der Umsetzung nur schwer möglich ist. [Annette Littmeier, DNR]

www.dnr.de, www.nabu.de, www.bund.net

Engagiert durchs Jahr

Öko-Kalender 2008
256 Seiten, A6
ISBN 978-3-89533-568-6
€ 7,95



Der von Robin Wood herausgegebene Öko-Kalender hat sich seit vielen Jahren als informativer Begleiter durchs ganze Jahr bewährt. Schwerpunkte 2008: Klima, Verbrauchertipps. In neuer Aufmachung!

Bewusst essen – einmal anders

Diese beiden Gewürzbücher befassen sich stark mit dem kulturhistorischen Hintergrund unserer Essenzubereitung: Woher stammen die Gewürze? Wie wurden sie ursprünglich eingesetzt? Wie fanden sie ihren Weg nach Europa bzw. in die Moderne? Das Buch „picantissimo“ behandelt rund 100 Gewürze in lexikalischer Form; „Chili, Teufelsdreck und Safran“ vertieft kulturhistorische Aspekte.



Gernot Katzer, Jonas Fansa
picantissimo
Das Gewürzhandbuch
360 Seiten, gebunden
Mit ca. 240 farbigen
Abbildungen
ISBN 978-3-89533-572-3
€ 24,90



M. Fansa, G. Katzer, J. Fansa (Hrsg.)
Chili, Teufelsdreck und Safran
Zur Kulturgeschichte der Gewürze
320 Seiten, gebunden, Großformat
Mit ca. 200 farbigen Abbildungen
ISBN 978-3-89533-579-2
€ 29,90

VERLAG DIE WERKSTATT

www.werkstatt-verlag.de

viel befahrenen Straßen durchkreuzt und könne die in internationalen Richtlinien vorgesehenen 75 Prozent nutzungsfreier Natur nicht gewährleisten. Die Schaffung von wertvollen Nationalparks dürfe nicht durch falsche Etiketten gefährdet werden, forderte der DNR. Derzeit erfüllen nach Meinung des DNR nur wenige der 14 Nationalparke in Deutschland die Kriterien der Weltnaturschutzunion IUCN. Missstände gebe es vor allem bei der Verwaltung sowie durch Belastungen aus Forst- und Fischereiwirtschaft, Jagd sowie Aus- und Neubau von Straßen und Wasserstraßen. Die Länder sollten Nationalparke aufgrund ihrer nationalen und internationalen Bedeutung nur noch im Einvernehmen mit dem Bundesumweltministerium ausweisen, schlug der DNR vor. [bv]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Tel.+49 (0)228 / 359005, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

Vogelschutz

Strommasten bleiben Gefahr

■ Vogelschützer haben die schleppende Umrüstung der für Vögel gefährlichen deutschen Stromleitungen bemängelt. Das 2002 verabschiedete Bundesnaturschutzgesetz verpflichtet die Netzbetreiber zum Neubau von ungefährlichen und zum Umbau riskanter Strommasten bis 2012. Der Naturschutzbund (NABU) und die Gesellschaft zur Erhaltung von Eulen (EGE) kritisierten, nach der Hälfte der Übergangsfrist sei noch nicht viel geschehen. Auch sei das Interesse der zur Kontrolle verpflichteten Landesregierungen gering. Diese wüssten oft nicht einmal, wie viele Risikomasten noch unter Strom stünden. Vor allem an Mittelspannungsmasten mit aufrecht am Mast angebrachten, zapfenartigen Isolatoren erleiden Vögel mit größerer Flügelspannweite häufig tödliche Stromschläge. Dem NABU zufolge sterben dadurch jährlich mehrere zehntausend Vögel zum Teil gefährdeter Arten. [io]

► www.nabu.de/m05/m05_03/06052.html

STADT & REGION

Flächenverbrauch

Natur wird zuasphaltiert

■ Der Flächenverbrauch in Deutschland ist auch 2006 kontinuierlich gestiegen. Seit der ersten Erhebung 1992 habe die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 6.100 Quadratkilometer zugenommen, meldete das Statistische Bundesamt (destatis) Ende Oktober. Das ist ein Plus von 15 Prozent. Insgesamt wurden im letzten Jahr 13 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands durch Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen, im am dichtesten besiedelten Flächenland Nordrhein-Westfalen sogar ein Fünftel der Fläche. Das Amt wies aber darauf hin, dass diese Flächen nicht vollständig versiegelt seien. Der Anteil der Erholungsflächen sei beispielsweise gestiegen.

Nach Berechnungen des Bündnisses Allianz pro Schiene werden „jede Stunde 10.000 Quadratmeter Natur asphaltiert“. Der Flächenverbrauch in Deutschland sei besorgniserregend hoch. Das Bündnis kritisierte besonders die Zunahme der Verkehrsfläche, die mit 24 Hektar pro Tag schneller gewachsen sei als im Durchschnitt der vorangegangenen vier Jahre. „Dies steht im völligen Gegensatz zu den Zielen der Bundesregierung, die den Anstieg des Flächenverbrauchs bis 2020 auf ein Viertel des heutigen Wertes reduzieren will“, sagte Pro-Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege. Laut destatis würden bereits rund fünf Prozent der Bodenfläche Deutschlands vom Verkehr beansprucht, wobei private Parkplätze unter die Rubrik „Gebäude- und Freiflächen“ fallen. „Die Verkehrsfläche in Deutschland ist größer als das Land Thüringen“, kritisierte Flege. Die Allianz pro Schiene ist ein Bündnis aus 16 Non-Profit-Verbänden, die umweltfreundlichen und sicheren Schienenverkehr fördern wollen. [jg]

► Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 246259940, www.allianz-pro-schiene.de
► Statistik: www.kurzlink.de/flaechenverbrauch06

Kommunale Klimaschutzaktion

Erster Online-Klimagipfel

■ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat eine Kommunikationskampagne unter dem Titel „Kommunen schützen Klima“ gestartet. Den Auftakt bildete der Erste Deutsche Online Klimagipfel am 4. Dezember im Internet. Damit sollte die schnelle, ergebnisorientierte und interdisziplinäre Zusammenarbeit unter Deutschlands Umwelt- und Klimaexperten voran gebracht werden, so der Städtebund. Unter der Schirmherrschaft von Umweltbundesamtspräsident Andreas Troge ging es um die Frage, wie Kommunen bei der Umsetzung einer effizienten Klimaschutzpolitik vor Ort unterstützt werden können. Ein weiteres Ziel war es, die bereits gefundenen Lösungen zu verbreiten, damit sie von anderen Kommunen aufgegriffen werden können. Die Teilnahme an dem vierstündigen elektronischen Klimagipfel war kostenlos, allerdings war die Zahl der TeilnehmerInnen auf 100 beschränkt. Die Ergebnisse werden am 11. Januar 2008 in Bonn vorgestellt. [jg]

► www.online-klimagipfel.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierschutz und Klima

Vom Steakhaus ins Treibhaus

■ In der Klimadebatte muss der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dieser Ansicht ist der Deutsche Tierschutzbund. Vor allem die Nutztierhaltung und die mit ihr zusammenhängenden Strukturen trügen zum Klimawandel bei, erklärte der größte deutsche Tierschutzverband im Oktober in Bonn.

Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Mitverursacher des Klimawandels. Mit 18 Prozent der Gesamtemissionen an klimawirksamen Gasen trägt sie mehr als das Transportwesen zur globalen Klimaänderung bei, schreibt der Tierschutz-

bund in der aktuellen Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift. Zum einen produzierten landwirtschaftliche Nutztiere große Mengen des Klimagases Methan, zum anderen beeinflussten auch der hohe Energie- und Wasserverbrauch, die Herstellung und Verwendung von Dünger, die übermäßige Beweidung sowie Brandrodungen für Weideland das Klima.

Die VerbraucherInnen könnten aber mit ihrer Kaufentscheidung dazu beitragen, diese Entwicklung zu stoppen, so die Tierschützer. Der Verzicht auf Fleisch und andere tierische Erzeugnisse, die vegetarische oder sogar vegane Lebensweise, sei ein Weg. Wer so weit nicht gehen wolle, könne dennoch viel zum Klimaschutz beitragen, indem er öfter auf Fleisch- und Milchprodukte sowie Tiefkühlkost verzichtet und saisonales Gemüse und Obst aus der Region kauft. Auch Erzeugnisse aus biologischer und artgerechter Landwirtschaft zeigten die richtige Richtung. Die vom Tierschutzbund seit Langem aus ethischen Gründen empfohlenen Fleischprodukte des Neuland-Vereins seien wegen der extensiven Erzeugung nicht nur gut für die Tiere, sondern auch für das Klima. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn,
Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41,
www.tierschutzbund.de/kontakt.htm

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Umweltstrafrecht

Keine europäische Einheit für Umweltverbrecher

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat den Ambitionen der EU-Kommission, die Sanktionen für schwere Umweltverbrechen europaweit zu vereinheitlichen, einen Dämpfer verpasst. In ihrem Urteil vom 23. Oktober gestanden die Richter der Kommission zwar zu, entsprechende Sanktionen vorzuschlagen. Über die konkrete Ausgestaltung und die Höhe entscheiden

aber die EU-Mitgliedstaaten. Für die Kommission bedeutet die Entscheidung einen Rückschlag. Sie hatte Anfang 2007 einen Richtlinienentwurf zur Harmonisierung der unterschiedlichen Strafen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten vorgelegt.

Damit reagierte sie auf den Skandal mit illegalen Giftmüllexporten nach Abidjan im September 2006. Das Gift kostete in der Hauptstadt der westafrikanischen Elfenbeinküste mehr als ein Dutzend Menschen das Leben, etwa 100.000 erlitten Verletzungen. Um solche schweren Umweltverbrechen besser kontrollieren zu können, wollte die Kommission europaweit einheitliche Strafen dafür festlegen.

Bisher gibt es enorme Unterschiede in Art und Höhe der Strafen. So reichen die Strafzahlungen wegen Missachtung der Washingtoner Artenschutzkonvention CITES, etwa durch den Schmuggel geschützter Arten, von etwa 1.300 Euro bis zu einer halben Million In einzelnen Bereichen haben einige Staaten gar keine Strafen vorgesehen. So wird die illegale Verschiffung von Müll in Spanien und Portugal nicht bestraft.

Der EuGH kritisierte an dem Richtlinienentwurf, dass die Kommission ihre Kompetenzen überschritten habe. Zwar habe sie im Bereich Umwelt das Initiativrecht, nicht jedoch für das Strafrecht. Dieses falle in den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und bleibe damit in der Zuständigkeit des Ministerrates und somit der Mitgliedstaaten. Kommission und EU-Parlament haben in dieser sogenannten Dritten Säule der Europäischen Union kein Mitspracherecht.

Noch ist unklar, wie es mit der Richtlinie weitergeht. Die EU-Kommission könnte ihren Entwurf entsprechend dem EuGH-Urteil entschärfen und es damit zu einem „Papiertiger“ machen, wie es ein Sprecher der Generaldirektion Umwelt ausdrückte. Sie könnte aber auch bis 2009 warten, wenn voraussichtlich der neue EU-Vertrag in Kraft tritt. Dieser gibt der Kommission das Recht Sanktionen für schwere Umweltverbrechen zu erlassen. [ms]

► Urteil: www.kurzlink.de/eugh-c-440-05

Große Koalition

Berliner Halbzeitbilanz überzeugt nicht

■ Umweltverbände haben nach zwei Jahren großer Koalition aus Union und SPD in Deutschland Bilanz gezogen. Angesichts der dramatischen Herausforderungen beim Klimaschutz und der Erhaltung der biologischen Vielfalt seien die Leistungen „nicht überzeugend“, so der Deutsche Naturschutzring (DNR). So mache die geplante Änderung des Naturschutzgesetzes zu viele Zugeständnisse an die Land- und Forstwirtschaft und laufe dem anspruchsvollen Ziel zuwider, den Rückgang der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen. Negativ seien auch die bei der Föderalismusreform beschlossenen Abweichungsrechte der Länder vom Bundesnaturschutzrecht.

Beim Klimaschutz kritisierten der DNR und der Verkehrsclub Deutschland (VCD), das sogenannte Meseberg-Paket der Regierung werde die angestrebte Treibhausgas-Reduzierung um 40 Prozent bis 2020 nicht erreichen. Dies liege auch am Versagen der Verkehrspolitik. Nach wie vor fehle der Mut zu einem Tempolimit, einer Kerosinsteuer und einem Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen zwischen den Verkehrsträgern, so der VCD.

Auch der BUND warf der Regierung Versäumnisse in der Verkehrs- und Agrarpolitik vor. Zwar habe die Koalition einige Fortschritte gemacht und sich international gegen einen Stillstand in den Klimaverhandlungen eingesetzt. Zugleich unterstütze sie aber Pläne für 25 neue Kohlekraftwerke in Deutschland. Kontraproduktiv sei auch der Versuch, die europäischen Autohersteller vor Umweltauflagen zu bewahren. Rückschritte im Umwelt- und Verbraucherschutz drohten außerdem durch eine verstärkte Förderung der Massentierhaltung und den Einsatz der Agro-Gentechnik. Heftig kritisierte der Umweltverband den Abbau von Beteiligungsrechten für BürgerInnen und Verbände. [jg]

- ▶ DNR, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de
- ▶ BUND, Tel. +49 (0)30 / 27586431, www.bund.net

EU-Nachhaltigkeitsstrategie

Europa noch lange nicht zukunftstauglich

■ Die Europäische Union hat nur „bescheidene Fortschritte“ im Bereich einer nachhaltigen Entwicklung gemacht und ist „noch nicht auf dem Pfad nachhaltiger Entwicklung“. So steht es im Fortschrittsbericht der EU-Kommission über die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS), die sie den Mitgliedstaaten und den UmweltministerInnen Ende Oktober vorgelegt hat.

Die 2006 von den Staatsoberhäuptern unterzeichnete runderneuerte Europäische Nachhaltigkeitsstrategie umfasst die sieben Hauptthemen Klima und Energie, Verkehr, Produktions- und Konsummuster, natürliche Ressourcen, Gesundheit, soziale Teilhabe, Demografie und Migration sowie weltweite Armut und Entwicklung. Verschiedene Indikatoren werden bei der Überprüfung der EU-SDS jeweils miteinander in Bezug gesetzt, um Aussagen über die Fortschritte treffen zu können.

Im Bereich Klima und Energie würden die selbst gesteckten Ziele zur Treibhausgasreduktion und dem Anteil an erneuerbaren Energien lange nicht erreicht, so der Bericht der EU-Kommission. Dennoch sei, sollten die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden, das Kyoto-Ziel noch zu schaffen, vermerkt der Bericht positiv. Auf der anderen Seite gebe es keinerlei Anzeichen, dass der Energieverbrauch im Verkehrssektor vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden konnte. Zudem steige dessen CO₂-Ausstoß. Auch beim Schutz von Vogelarten und Fischgründen habe sich seit 2000 nicht Positives getan. Zudem seien noch immer 16 Prozent der EuropäerInnen von Armut betroffen. Die Zahl der an Depressionen Leidenden steige stetig an. Die Daten zum Einsatz ökonomischer Instrumente und zur Durchsetzung des Verursacherprinzips ließen klar erkennen, dass kein Umlenken von arbeitsbezogenen Steuern auf Umweltsteuern stattgefunden habe.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) tritt dafür ein, dass die Europäische Nach-

haltigkeitsstrategie auf weitere Bereiche ausgedehnt wird. Der Dachverband der europäischen Umweltverbände will in der EU-SDS auch Maßnahmen gegen umweltschädliche Subventionen und eine Einigung auf eine ökologische Steuerreform verankert wissen. Weitere Forderungen des EEB sind quantitative Reduktionsziele für nicht erneuerbare Ressourcen um den Faktor vier bis 2030 und eine zu 100 Prozent umweltfreundliche öffentliche Beschaffung bis 2010. Darüber hinaus müssten ökologisch tragfähige Landwirtschafts- und Fischereipraktiken in den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien verbindlich verankert werden. [jg]

- ▶ Fortschrittsbericht: www.ec.europa.eu/sustainable/docs/com_2007_642_de.pdf
- ▶ Weitere Dokumente zur EU-SDS: www.ec.europa.eu/sustainable

UNEP

UN-Wissenschaftlergremium für Ressourcenschutz

■ Im November hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ein neues Wissenschaftlergremium für nachhaltiges Ressourcenmanagement geschaffen. Die Umweltrisiken bei der Produktion von Pflanzentreibstoffen und beim Metallrecycling sollen als erstes bewertet werden. Das International Panel for Sustainable Resource Management soll Bewertungen und Expertisen zur Nutzungsintensität, zur Sicherheit von Hilfsstoffen und zu den Umweltauswirkungen bestimmter Produkte und Dienstleistungen auf globalem Niveau liefern. Einer der Vorsitzenden ist der deutsche Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker, nach dessen Faktor-Vier-Ansatz die Ressourcenproduktivität vervierfacht werden soll, indem der Wohlstand verdoppelt und der Naturverbrauch halbiert wird. Das Gremium soll durch ein Sekretariat in der UNEP-Wirtschaftsabteilung in Paris unterstützt werden. [jg]

- ▶ www.unep.org

Ressourcennutzung**Faire Rohstoffpolitik**

■ Das Öko-Institut hat Vorschläge zum verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen veröffentlicht. Darunter sind Strategien zur globalen Nutzung von Sekundärrohstoffen, für den umweltbewussten Umgang mit neuen Technologien wie der Nanotechnologie sowie Kriterien für eine faire Rohstoffgewinnung. [jg]

- Studie „Ressourcenfieber“ (PDF, 28 S., 1 MB):
www.oeko.de/oekodoc/600/2007-146-de.pdf

Umweltbewusste Beschaffung**Niederlande vorbildlich**

■ Die niederländische Regierung will bis 2010 alle Produkte und Dienstleistungen nur noch unter Nachhaltigkeitskriterien beziehen. Die regionalen und kommunalen Regierungen haben gleichzeitig versprochen, die 50-Prozent-Marke bei der „grünen Beschaffung“ zu erreichen. Die niederländischen Nachhaltigkeitskriterien für Möbel, Papier, Nahrungsversorgung, Energie, Gebäude und Bauwesen sollen 2008 veröffentlicht werden. [jg]

- www.vrom.nl

EU-Erweiterung**Kandidatenländer sind noch nicht so weit**

■ Die südosteuropäischen Länder, die langfristig in die EU aufgenommen werden wollen, haben die Umweltgesetzgebung der EU noch nicht umgesetzt. Zwar hätten die Kandidatenländer Kroatien, die Türkei und Mazedonien sowie die potenziellen Beitrittskandidaten Albanien, Bosnien Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien Fortschritte gemacht. Ihnen fehlten aber finanzielle und personelle Ressourcen. Kroatien habe generell gute Fortschritte gemacht, so die EU-Kommission.

Allerdings müssten die Verwaltungs- und Finanzkapazitäten aufgestockt werden. Die Türkei habe ebenfalls viel an der Umweltgesetzgebung getan, allerdings seien die Bereiche Luftqualität, Chemikalien, Lärm und Abfall noch ungenügend beachtet worden. [jg]

- www.ec.europa.eu/enlargement

Umweltrecht**Umweltschadensgesetz in Kraft**

■ Im November ist mit rund siebenmonatiger Verspätung das Umweltschadensgesetz (USchadG) in Kraft getreten. Damit setzt Deutschland die EU-Umwelthaftungsrichtlinie nach 15-jähriger Beratung in nationales Recht um. Das Gesetz betrifft Agrarbetriebe und Gewerbetreibende, die durch ihre berufliche Tätigkeit die Umwelt schädigen könnten. Dabei geht es um Schäden, die die Artenvielfalt bedrohen, natürliche Biotope gefährden, Gewässer oder Böden verschmutzen. Bisherige Gesetze wie das Umwelthaftungsgesetz oder Teile des Strafrechts bezogen sich eher auf Personen- oder Sachschäden. Nach dem Umweltschadensgesetz muss dagegen der ursprüngliche Zustand der Umwelt wiederhergestellt werden. Dem ökologischen Schaden gilt also das Hauptaugenmerk. Wer den Schaden verursacht hat, muss auch die daraus entstehenden Kosten tragen. Wie und in welchem Umfang eine Sanierung zu erfolgen hat, bestimmt das Bundesnaturschutzgesetz; Art und Umfang der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen legt die zuständige Behörde fest.

Betriebe haben laut USchadG verschiedene Pflichten beim Eintreten eines Umweltschadens oder bei der Gefahr eines solchen: eine Informationspflicht gegenüber der zuständigen Behörde, eine Gefahrenabwehrpflicht und eine Sanierungspflicht. Der Anhang führt die beruflichen Tätigkeiten auf, für die das Gesetz gilt. [jg]

- Gesetzestext: www.buzer.de/gesetz/7698

Atomrecht**ÖsterreicherInnen fordern Euratom-Ausstieg**

■ Obwohl Österreich sich klar gegen die Nutzung von Atomkraft entschieden hat, ist das Land Mitglied im Euratom-Vertrag und subventioniert jährlich die Atomenergie anderer europäischer Länder mit. Dagegen protestieren österreichische Nichtregierungsorganisationen wie „Atomstopp – atomkraftfrei leben“ seit Langem. Sie fordern den Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag und der Nutzung der Atomenergie weltweit. Die Parlamente zweier Bundesländer, Salzburg und Vorarlberg, haben bereits Ausstiegsbeschlüsse verabschiedet, eine Unterschriftenaktion für die Öffentlichkeit läuft noch. Rechtlich sei es möglich, dass Österreich Mitglied in der EU, aber nicht bei Euratom sei, so Atomstopp. Darauf verwiesen mehrere Rechtsgutachten. Die Organisation kritisiert, dass das Europäische Parlament keine Mitentscheidungskompetenz bei der Vergabe von Euratom-Krediten habe und eine umfassende Revision des Euratom-Vertrags seit Jahren verweigert werde. [jg]

- Atomstopp International, Roland Egger, Linz,
Tel. +43 (0)732 / 774275,
E-Mail: roland.egger@atomstopp.at,
www.atomkraftfrei-leben.at/euratom

VERKEHR & TOURISMUS

Tempolimit**Breites Bündnis will deutsche Raserei stoppen**

■ Immer mehr Behörden, Parteien und Umweltverbände fordern eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen. Der SPD-Parteitag sprach sich Ende Oktober gegen den Willen des Parteivorstands für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern aus und begründete

dies mit der dadurch möglichen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will aber erst über ein generelles Tempolimit entscheiden, wenn Zahlen über den tatsächlichen Klimaschutzeffekt vorlägen. Die derzeitigen Berechnungen, wonach durch langsames Fahren 2,5 Millionen Tonnen CO₂ weniger in die Luft gepustet würden, basieren auf über zehn Jahre alten Untersuchungen. Auch der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Andreas Troge forderte neue Messungen, weil die durchschnittlichen Automotoren seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich stärker geworden seien.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und Polizeiexperten gründeten im November die Allianz „Pro Tempolimit“. Sie kritisierten, mögliche Auswirkungen einer Höchstgeschwindigkeit seien absichtlich so lange nicht mehr erforscht worden. Die Allianz will bis zum Jahr 2010 ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen durchsetzen. Deutschland müsse „seinen Sonderweg aufgeben und in dieser Frage Anschluss finden an die zivilisierte Welt“. Argumente für Tempo 120 seien der Rückgang von tödlichen Verkehrsunfällen um 20 bis 30 Prozent sowie der Anreiz auf die Autohersteller, umweltfreundlichere statt schnellere Motoren zu entwickeln. Auch der Umweltverband BUND unterstützt

diese Argumentation. Die Autohersteller würden ihrer Aufgabe, die CO₂-Emissionen der Pkw zu reduzieren, nur nachkommen, wenn es Verbrauchs- und Tempolimits gebe, heißt es in einem Hintergrundpapier des Umweltverbandes. [mbu]

- ▶ DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org
- ▶ BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-82, Fax -40, E-Mail: werner.reh@bund.net, www.bund.net/verkehr

Verkehrswende

EU will mehr Güter auf Züge und Schiffe laden

■ Die EU-Kommission hat im Oktober einen Aktionsplan vorgelegt, um den Güterverkehr in Europa zu modernisieren und die durch ihn verursachten Umweltschäden zu begrenzen. Die verstopften Straßen vor allem in den Ballungsgebieten sollen entlastet, verkehrsbedingte Emissionen und Lärm verringert werden. Ein Schwerpunkt des Maßnahmenpakets sei die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene und das Wasser,

betonte EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot. Auch soll die Kombination mehrerer Transportmöglichkeiten während einer Fahrt, die sogenannte Co-Modalität, erleichtert werden.

In den vergangenen zehn Jahren nahm der Güterverkehr in der EU um 30 Prozent zu, der Großteil davon rollt über die Straßen. Berechnungen der Kommission zufolge steigt das Volumen des Frachtverkehrs im Zeitraum 2000 bis 2020 um 50 Prozent. [mbu]

- ▶ EU-Aktionsplan Güterverkehr: www.kurzlink.de/logistikplan

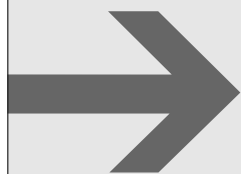
Bahnprivatisierung

Bahn-Börsengang liegt auf Eis

■ Nachdem der SPD-Parteitag im Oktober das sogenannte Volksaktien-Modell für die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn beschlossen hat, kämpft die Initiative Bahn für alle weiter für eine „bessere Bahn in öffentlicher Hand“. Zwar seien Großinvestoren vorerst ausgebremst, aber der SPD-Beschluss schütze die Bahn nicht dauerhaft vor dem Ausverkauf. Der Bahnvorstand verschob den Börsengang

Nachhaltigkeit

A-Z



R wie Regional Governance

Die regionale Gestaltung von politischen Prozessen wird von Politikwissenschaftlern in den letzten Jahren heiß diskutiert. Das Buch »Regional Governance« stellt Fallstudien regionaler Initiativen vor und führt in die aktuelle Diskussion um diese Form der politischen Regulierung ein. Erfahren Sie mehr über Chancen und Grenzen regionaler Kooperationen und Netzwerke in dem Buch »Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development?«.

G. Nischwitz (ed.)
Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development?
 oekom verlag, München 2007, englisch
 134 Seiten, 29,80 EUR, ISBN 978-3-86581-033-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

auf unbestimmte Zeit, weil das SPD-Modell einer stimmrechtlosen Vorzugsaktie nicht das erforderliche Kapital für Investitionen anziehe.

Inzwischen kursiert ein neues Privatisierungsmodell, nach dem Netz und Betrieb unter dem Dach einer Holding getrennt werden und private Investoren in die Betriebssparte einsteigen können. Die Bahngewerkschaften Transnet und GDBA stehen auch diesem Vorschlag skeptisch gegenüber. Sie lehnen die Trennung des rund 34.000 Kilometer langen Schienennetzes von den Transportparten Güter- und Personenverkehr ab. Dies gefährde Arbeitsplätze. Nach dem Willen der Gewerkschaften soll der Bund alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn bleiben und weiteres Eigenkapital zur Verfügung stellen. Das Geld könne aus der Lkw-Maut kommen, die erhöht und auf das gesamte Straßennetz ausgedehnt werden könne. Bisher fließen 38 Prozent der Mauteinnahmen in den Schienenverkehr. [mbu]

- ▶ Bahn für alle, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 900281-40, E-Mail: info@bahn-fuer-alle.de, www.bahn-fuer-alle.de
- ▶ Transnet, Frankfurt, Tel. +49 (0)69 / 75360, www.transnet.org

Externe Verkehrskosten

EU befragt Öffentlichkeit zum Weißbuch Verkehr

■ Die EU-Kommission hat im Oktober einen Konsultationsprozess zu ihrem Weißbuch „Europäische Verkehrspolitik 2010“ gestartet. Die Konsultation steht im Zusammenhang mit einer sektorübergreifenden Strategie zur Internalisierung externer Kosten, die die EU-Kommission im Sommer 2008 vorlegen will.

In dem Diskussionspapier weist die zuständige Generaldirektion Verkehr darauf hin, dass das Verkehrsaufkommen in den letzten zehn Jahren in der EU stärker gewachsen ist als die Wirtschaft – mit Folgeproblemen wie Luftverschmutzung, Lärm oder Flächenverbrauch. In dem ergänzen-

den Fragebogen stellt sie verschiedene Mechanismen der Kosteninternalisierung zur Diskussion. Dazu zählen Abgaben, Steuern und handelbare Zertifikate für den Umgang mit Staus, Lärm, Luftverschmutzung oder CO₂-Emissionen zu Land, zu Wasser und in der Luft. Die Konsultation läuft noch bis zum 31. Dezember. Zu Umweltthemen hat die EU in den letzten Jahren mehrere Weißbücher als Diskussionsgrundlage für ihre weitere Politik veröffentlicht. [ms]

- ▶ Konsultation: www.ec.europa.eu/transport/white_paper/consultations/index_en.htm

Klimawandel im Tourismus

Schweizer Skigebiete rüsten auf

■ Der drohende Schneemangel veranlasst die Schweizer Skigebiete zu Millioneninvestitionen in Beschneiungsanlagen und Seilbahnen. Gut 30 Millionen Franken seien für neue Lifte in höhere Lagen, in Schneekanonen und in die dazugehörige Infrastruktur ausgegeben worden, berichtete die Schweizer Presse. Demnach können Schneesportbegeisterte mit ihren Snowboards oder Skiern in diesem Winter über 30 Kilometer zusätzlich künstlich beschneite Pisten gleiten. Vor allem große Skorte rüsten auf. Die Schweizer Seilbahnen erwarten eine weitere Konzentration der Branche.

Um die Schneeschmelze zu verlangsamen, werden auch andere technische Hilfsmittel verwendet, etwa das Abdecken der Gletscher mit Folien. Laut einer Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und der Universität Zürich soll die Zahl der schneesicheren Winter in den nächsten 25 Jahren um einen Fünftel sinken. In Zukunft sollen Unternehmen verstärkt auf den Sommertourismus setzen. Ein vollständiger Rückzug aus dem Schneesport kommt aber nur für 15 Prozent der Unternehmen in Frage. [mi]

- ▶ ETH, Prof. Dr. Volker Hoffmann, Tel. +41 (0)44 / 6320540, E-Mail: vhoffmann@ethz.ch

WASSER & MEERE

Hochwasserschutzpolitik

Verbände fordern Auenschutzprogramm

■ Nach Inkrafttreten der europäischen Hochwasserrichtlinie Ende November haben der BUND, das Europäische Umweltbüro (EEB) und der WWF ein EU-Aktionsprogramm für die rechtliche Umsetzung speziell zum Auenschutz gefordert. Spätestens ab 2009 müssten die (potenziellen) Auen ermittelt, geschützt und entwickelt werden, forderten die Umweltorganisationen auf einer Fachveranstaltung in Brüssel. Dabei müssten die Qualitätsziele aus der EU-Biodiversitätsstrategie und der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) beachtet werden: Der Biodiversitätsverlust soll bis 2010 aufgehalten und ein guter ökologischer Gewässerzustand bis 2015 erreicht werden. Eine EU-weit gültige Leitlinie zum Hochwasserschutz müsse außerdem klären, wie das Hochwassermanagement vollständig in die ersten WRRL-Maßnahmenprogramme einzubinden sei.

Weitere Forderungen aus Sicht der Naturschutzverbände sind:

- ▶ Die in der Hochwasserrichtlinie vorgesehenen nationalen Umsetzungsberichte sollen darstellen, mit welchem Erfolg der Auenschutz und das Umweltrecht in den einzelnen Phasen des Hochwasserrisikomanagements eingehalten wurde. Dafür sollen die zuständigen EU-Regelungsausschüsse sorgen.
- ▶ Die Anforderungen an die Hochwasserrisikomanagementpläne sollen schärfer werden. Das Prinzip „mehr natürlicher Raum für die Flüsse“ und die WRRL-Ziele sollen Priorität erhalten.
- ▶ Die EU-Förderpolitik im Agrar-, Regional- und Verkehrsbereich soll dem ökologischen Hochwasserschutz dienen.
- ▶ Das WRRL-Verschlechterungsverbot und die WRRL-Ökonomie (Förderung und Lenkung im Einklang mit dem Gewässerschutz) sollen verbindlich angewendet werden.

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

4

2007

NEU!



SCHWERPUNKT

Internationalisierung von Umwelt-Dienstleistungen

Win-Win-Potenziale und Exportchancen für deutsche Unternehmen

WEITERE THEMEN

- How governments can do a better job
- Ergebnisse des IÖW-future-Rankings 2007
- Wechselwirkungen zwischen Demografie, Bedürfnissen und Versorgungssystemen

**JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!**

oekom@rhenus.de

Leseprobe, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

Darüber hinaus müsse die Forschung für den ökologischen Hochwasserschutz besser gefördert und die Transparenz verbessert werden, verlangten die Umweltorganisationen. Die EU-weite Internetplattform zum Gewässerschutz WISE solle alle (potenziellen) Auenflächen öffentlich und im geeigneten Maßstab darstellen und zeigen, ob und wo die Auen durch subventionierte Nutzungen gefährdet beziehungsweise gefördert werden. [Christian Schweer]

- BUND, Christian Schweer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586465, E-Mail: wrrforum@bund.net, www.wrrl-info.de

Meeresökosysteme

Todeszonen vor den Küsten wachsen schneller

■ Der Verlust von Meeresökosystemen geht vier bis zehn Mal so schnell voran wie der Verlust der Regenwälder. Das berichteten Meeresforscher auf einem vom spanischen Wissenschaftsrat CSIC organisierten Kongress im Oktober in Madrid. 44 Prozent aller Korallenriffe seien in wenigen Jahrzehnten fast gänzlich zerstört worden. Ursachen seien die Überfischung, die Abnahme der Wasserqualität wegen der stärkeren Nutzung der Küsten, die Abholzung der Wälder und die Erderwärmung. Seit 1970 seien im Mittelmeer 54 Prozent der wichtigen Seegrasswiesen zerstört worden, vor allem durch Düngemittel und andere Schadstoffe. Der Dünger gelangt durch den massiven Einsatz in der industriellen Landwirtschaft in die Meere und verursacht dort eine extreme Algenbildung. Die Algen verzehren den Sauerstoff, was zum großflächigen Absterben der Meeresökosysteme und damit zu sogenannten toten Zonen führt. An einigen Küsten hätten sich diese Flächen in den letzten 20 Jahren verdoppelt, so die Wissenschaftler. Dieser Zerstörung müsse dringend Einhalt geboten werden. Das Wissen und die Technologien dafür seien vorhanden. [mi]

- www.kurzlink.de/csic-kongress2007

Geoengineering

Warnung vor Eisendüngung

■ Im November hat das Sekretariat der London-Konvention seine Besorgnis über Pläne zu einer groß angelegten Ozeandüngung ausgedrückt und beschlossen internationale Regelungen zu erarbeiten. Großversuche mit dieser Technik seien wissenschaftlich nicht abgesichert, Regierungen sollten Vorsicht walten lassen. Die Umweltorganisationen ETC Group und Greenpeace sprachen von einem „historischen Schritt“. Die London-Konvention ist ein internationales Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen.

Geoengineering meint die großflächige gezielte Veränderung von Land, Ozean oder Atmosphäre, etwa um den Klimawandel auszugleichen oder aufzuhalten. Einige Unternehmen schlagen vor, große Mengen Eisen, Harnstoff oder andere Substanzen in die Meere einzubringen. Diese „Düngung der Meere“ soll Planktonwachstum auslösen und dadurch Kohlendioxid binden. Damit erhoffen sich die Betreiber langfristig auch Gewinne aus dem Emissionshandel. Private Firmen wie Planktos, Ocean Nourishment Corporation (ONC) oder Climos haben konkrete Pläne, im Pazifik westlich der Galapagosinseln, in der Sulusee bei den Philippinen oder im Nordatlantik vor Marokko Großexperimente zu starten.

Greenpeace und die ETC Group forderten die Vertragsstaaten der UN-Konventionen zu Klimawandel und zu biologischer Vielfalt auf, verbindliche internationale Regelungen zu vereinbaren, um Geoengineering-Technologien zu kontrollieren. Begrüßt wurde der Schritt der London-Konvention auch von philippinischen Nichtregierungsorganisationen, die gegen die von ONC angekündigten Vorstöße, großflächig Eisen auszubringen, protestieren. [jg]

- Action group on Erosion, Technology and Concentration (ETC Group), Jim Thomas, Kanada, Tel. +1 514 / 6674932, E-Mail: jim@etcgroup.org, www.etcgroup.org

Natura 2000 in der Meeresumwelt

Leitfaden zur FFH-Umsetzung

■ Den Leitfaden der EU-Kommission zum Aufbau des Natura-2000-Netzes in der Meeresumwelt und zur korrekten Anwendung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie gibt es jetzt auch auf deutsch. Die von MeeresexpertInnen des Habitat-Ausschusses erarbeitete Anleitung soll dabei helfen, die EU-Naturschutzgesetzgebung möglichst zügig umzusetzen und in allen EU-Mitgliedstaaten voranzubringen. [jg]

- ▶ Leitfaden (PDF, 130 S., 3,4 MB):
www.eu-koordination.de/PDF/
Natura2000marine_guidelines_de.pdf

EU-Fischerei

Fangquoten für den Dorsch

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben sich am 23. Oktober in Luxemburg darauf geeinigt, 2008 die Fischfangmenge in der Ostsee zu begrenzen. Nach Angaben der portugiesischen Ratspräsidentschaft ist vorgesehen, die Quoten für Dorsche in der westlichen Ostsee um 28 Prozent und in der östlichen Ostsee um fünf Prozent zu verringern.

Nach dem Willen der EU-Kommission sollte die Quote in der westlichen Ostsee eigentlich um 33 Prozent und in der östlichen Ostsee um 23 verringert werden. Vor allem Deutschland und Dänemark lehnten dies aber ab. Sie sahen durch die vorgeschlagenen Quoten die Existenz ihrer Fischer bedroht. Der Dorsch gilt in der östlichen Ostsee als vom Aussterben bedroht, in der westlichen als überfischt.

In der westlichen Ostsee muss nun die Zahl der Fangtage um zehn Prozent, in der östlichen Ostsee um 20 Prozent reduziert werden. Beim Hering sieht die Einigung für 2008 eine Verringerung der Quote um zehn Prozent vor. Die EU-Kommission hatte 20 Prozent gefordert.

In einem Gutachten hatte der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) zuvor einen Fangstopp für Dorsch in der östlichen Ostsee und eine Senkung um die Hälfte im Westen gefordert. Daran

anknüpfend kritisierte die Umweltorganisation WWF Anfang Oktober die Bemühungen der EU als nicht weitreichend genug und gab ihr eine Mitschuld an der Überfischung der Meere. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Brüssel,
Tel. +32(0)2 / 295-3240, Fax -7540,
www.europa.eu.int/comm/agriculture

Ostsee

HELCOM-Aktionsplan verabschiedet

■ Die Umweltminister der Ostseerainerstaaten haben bei ihrem Treffen Mitte November einen Aktionsplan zum Ostseeschutz verabschiedet. Das Treffen in Krakau lief im Rahmen der Helsinki-Konvention (HELCOM). Der Ostsee-Aktionsplan hat vier thematische Schwerpunkte: Eutrophierung (übermäßige Nährstoffanreicherung), gefährliche Stoffe, Biodiversität und maritime Aktivitäten. Die RegierungsvertreterInnen der neun Ostseestaaten und der EU haben beschlossen, bis 2010 ein Verbot der Einleitung von Quecksilber aus Produkten und Anlagen zu prüfen. Ab 2016 soll es weniger Einleitungen von Nährstoffen in die Ostsee geben. Die Stickstoff-Einleitung soll um 13, der Phosphor-Eintrag um 43 Prozent reduziert werden. Dadurch soll es weniger Algenblüten geben und die Sauerstoffarmut bekämpft werden.

Dem WWF geht der Beschluss nicht weit genug. Der Kampf gegen die sauerstoffarmen Todeszonen in der Ostsee sei vertagt worden, die Reduzierung der Überdüngung müsse deutlich schneller vonstatten gehen. Die sauerstoffarmen Regionen (Todeszonen) machten inzwischen 70.000 Quadratkilometer Fläche aus. Auch in weiteren Punkten falle der verabschiedete Plan hinter ursprüngliche Ziele zurück. Der Schutz des Ostsee-Dorsches sei zwar auf den Weg gebracht worden, aber die Maßnahmen griffen erst in zehn Jahren.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, der selber nicht am Treffen teilnahm,

bescheinigte dem Ostsee-Aktionsplan eine „herausragende politische Bedeutung“ und nannte ihn eine „wichtige Brücke zur Zusammenarbeit“ mit Russland. Der Maßnahmenkatalog gelte als Pilotvorhaben für in der zukünftigen EU-Meeresstrategie geforderte regionale Aktionspläne aller europäischen Meeresregionen. [jg]

- ▶ www.helcom.fi

ACCOBAMS-Konferenz

Treibnetzverbot soll Wale und Delfine schützen

■ Wale und Delfine im Mittelmeer und im Schwarzen Meer werden in Zukunft etwas besser geschützt. Die dritte Vertragstaatenkonferenz des ACCOBAMS-Übereinkommens für Meeressäuger hat Ende Oktober im kroatischen Dubrovnik beschlossen, dass die Verwendung von Treibnetzen – egal welcher Länge – verboten ist. „Dieser Entscheid ist die rechtlich bestmögliche Unterbindung dieser tödlichen Fischereimethode, die jährlich für den Tod von Tausenden Delfinen im Abkommensgebiet verantwortlich ist“, sagte Nicolas Entrup von der internationalen Wal- und Delfinschutzorganisation WDCCS.

Außerdem verabschiedeten die Delegierten aus 20 Anrainerstaaten eine Resolution zur Erhaltung des Gemeinen Delfins im Mittelmeer. Die gefährdete Art ist nun im Anhang II der EU-Habitatrichtlinie aufgeführt. Des Weiteren sollen Schutzgebiete ausgewiesen und Erhaltungspläne aufgestellt werden.

Für die im Schwarzen Meer lebenden drei gefährdeten Kleinwalarten Gemeiner Delfin, Großer Tümmler und Schweinswal wurde ein Aktionsplan „willkommen heißen“, in dem ebenfalls die Einrichtung von Schutzgebieten und die Reduktion des Beifangs gefordert wird. Nach Meinung der WDCCS ist der Erhaltungsplan zwar qualitativ hochwertig, aber eine baldige Umsetzung in den sozioökonomisch schwachen Regionen eher unwahrscheinlich. ▶

Insgesamt empfahl die Versammlung die Ausweisung von 18 Schutzgebieten in der Abkommensregion und verabschiedete weitere Resolutionen zum Schutz der Meeressäuger. Darunter sind auch Vereinbarungen zur Vermeidung von Schiffskollisionen mit Großwalen. Eine Resolution über die Reduktion von Unterwasserlärm im Meer sei durch den Druck von Militärs abgeschwächt worden, kritisierte die WDCCS.

Für den Zeitraum 2008-2010 wurde ein umfassendes Arbeitsprogramm verabschiedet. Es beinhaltet auch die Einrichtung von Meeresschutzgebieten und eine intensivere Forschung zu den negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Wale und Delfine. Die WDCCS zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit den Beschlüssen. Allerdings müsse abgewartet werden, wie der tatsächliche Vollzug ablaufe. Denn die Regierungen der Anrainerstaaten seien in den letzten Jahren untätig gewesen. Außerdem seien wichtige Länder wie Ägypten, Russland und die Türkei immer noch nicht Mitglied von ACCOBAMS. [jg]

- WDCCS Deutschland, Geschäftsführer Nicolas Entrup, Tel. +49 (0)89 / 61002395, E-Mail: nicolas.entrup@wdccs.org, www.wdcs-de.org

Ostsee-Pipeline

Schweden will völlig neue Strecke

■ Der Streckenverlauf der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline, mit der das russisch-deutsche Konsortium Nord Stream ab 2010 Gas nach Westeuropa liefern will, ist weiter hart umkämpft. Nach den baltischen Staaten, Finnland und Polen hat nun auch Schweden grundsätzliche Bedenken geäußert. Die geplante Strecke verlaufe durch „ökologisch problematische und riskante Gebiete“, sagte der schwedische Umweltminister Anders Carlgren. Auf dem Meeresgrund lägen Minen, Chemieabfälle und chemische Waffen. Neben Umweltschutzgründen führen hauptsächlich energiepolitische Probleme zu den Streitigkeiten.

Die 1.200 Kilometer lange Ostseepipeline soll vom russischen Hafen Wyborg bei St. Petersburg bis nach Greifswald führen. Als Summe für den Bau sind fast sechs Milliarden Euro veranschlagt. Die deutschen Konzerne Eon und BASF sind zu je 24,5 Prozent an dem Projekt beteiligt. [jg]

- Karte: www.telepolis.de/blogs/2/98414

Meeresverschmutzung

Explosives Erbe in Ost- und Nordsee

■ Auf einem Symposium über neue Methoden zur Munitionsbeseitigung in Nord- und Ostsee haben WissenschaftlerInnen in Kiel vor den Umweltgefahren von Rüstungsaltslasten im Meer gewarnt. Bei der Tagung der Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger, der Gesellschaft zur Rettung der Delphine und des NABU im Oktober wiesen sie auf Risiken hin. Besonders Sprengungen von Altmunition bedeuteten Gefahren für Meeressäuger sowie für die gesamte Meeresumwelt. Bei der Detonation würden schlagartig große Schadstoffmengen freigesetzt. Zudem werde weitere Munition beschädigt, die nicht explodiere, aber wiederum Sprengstoff ins Wasser freisetzen könne. Schalldrücke und explosionsbedingte Druckwellen, wie sie für Munitionssprengungen typisch sind, führten bei Meeressäugern noch in größerer Entfernung zu Hörschäden und schweren, nicht selten tödlichen Verletzungen. Die Möglichkeit, Meeressäuger in der weiteren Umgebung vor einer Sprengung zu vertreiben, werde aus Kostengründen meist nicht wahrgenommen.

Zwischen 400.000 und 1,3 Millionen Tonnen Munition werden als gefährliches Erbe der beiden Weltkriege am Grund von Nord- und Ostsee vermutet. Darunter sind Phosphorbomben und Giftgasmunition, aber auch der Sprengstoff TNT. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Behälter durchrostet oder durch Fischereiaktivitäten Unfälle ausgelöst werden. Funde werden meist gesprengt. Inzwischen gibt es aber

auch neue Methoden der Munitionsbergung und -beseitigung, die als umweltverträglicher eingestuft werden. Deutsche Umweltschützer fordern deshalb von Bund und Küstenländern eine für die Umwelt schadlose Beseitigung von Munition. [jg]

- NABU Schleswig-Holstein, Ingo Ludwichowski, Tel. +49 (0)160 / 96230512

Artensterben

Das große Fressen macht dem Tunfisch den Garaus

■ Der Blauflossentunfisch ist weltweit von der Ausrottung bedroht. Grund ist die Überfischung. Zu viele Exemplare landen zu früh auf den Tellern. Das durchschnittliche Gewicht der gefangenen Tiere betrage durchschnittlich etwa 140 Kilogramm, sagte Rafael Centenara, Vize-Direktor des spanischen Fischereiministeriums, laut BBC. In den letzten fünf bis zehn Jahren sei die Größe der Fische trotz der vereinbarten Fangquoten deutlich geringer geworden.

Das liege vor allem daran, dass die Quote nicht wie empfohlen um die Hälfte, sondern nur um 20 Prozent gesenkt wurde, kritisieren UmweltschützerInnen. Eigentlich könnten die Tiere bis zu 800 Kilogramm schwer werden. Doch um die begehrten Speisefische im Mittelmeer, wo der Atlantische Blauflossentunfisch laicht, streiten sich unter anderem Spanien, Frankreich, Italien, Algerien, Marokko, Libyen und die Türkei. Viel zu viele Fangflotten seien unterwegs und einige hielten sich nicht an die Schonzeit ab Juli. Auch die Dunkelziffer der illegalen Fänge sei groß. EU-Mitglieder müssten zwar die Fangmengen dokumentieren, doch bei Nachforschungen ergäben sich häufig Diskrepanzen zur exportierten Menge. Die EU-Flotte habe bereits im September ihre Quote um ein Viertel überschritten, so die EU-Kommission. Der WWF fordert ein mindestens dreijähriges Fischereiverbot für Tunfisch im Mittelmeer. [jg]

- www.wwf.de/fisch

Emissionen auf dem Meer**Schiffe sollen an die Steckdose**

■ Die Aktionskonferenz Nordsee (AKN) hat auf einer Konferenz Anfang November emissionsarme Schiffe gefordert. Um dies zu erreichen, müssten die Treibstoffe verbessert und Schweröle verboten werden. Darüber hinaus müssten Filtertechniken und die landseitige Stromversorgung der Schiffe in den Häfen zum Normalfall werden. Der vom Land bezogene Strom und die Schiffstreibstoffe müssten versteuert und die Schiffsemissionen in den Emissionshandel einbezogen werden.

Hintergrund ist eine EU-Richtlinie, nach der ab 2010 alle Schiffe in EU-Häfen Treibstoff mit höchstens 0,1 Prozent Schwefelanteil oder landseitigen Strom verwenden müssen. Das soll die Praxis beenden, dass in den Häfen zur Versorgung der Schiffe Kraftstoffe verbrannt werden, die Luftschadstoffe, Treibhausgase und ozonschädigende Substanzen freisetzen. Zurzeit liegt der durchschnittliche Schwefelgehalt der Treibstoffe auf Hoher See bei 2,7 Prozent. Ein Sollwert von maximal 1,5 Prozent Schwefel gilt im SECA-Gebiet, dem im Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe vereinbarten Raum.

Wenn in Häfen nun nur noch 0,1 Prozent Schwefel erlaubt sind, erhoffen sich Umweltschützer einen positiven Trend. Da Reeder auf ihren Schiffen nicht drei verschiedene Kraftstoffarten vorhalten möchten, dürften Schiffe, die die EU ansteuern, tendenziell schwefelärmere Kraftstoffe bevorzugen.

Im Gegensatz zu Landfahrzeugen haben Schiffstreibstoffe eine extrem schlechte Qualität. „An Land würden Schiffe wie Sondermüllanlagen behandelt“, so Nadja Ziebarth von der AKN. Gerade in der Nähe von Wohngebieten müsse die landseitige Stromversorgung deshalb so schnell wie möglich zur Pflicht werden.

Jährlich sterben durch Abgase aus Schiffen laut einer Studie im Wissenschaftsmagazin Environmental Science and Technology mindestens 60.000 Men-

schen. Schiffe tragen etwa ein Zwölftel zum technisch-industriellen Schwefeldioxid-Ausstoß weltweit bei. Der globale Schiffsverkehr soll laut Prognosen bis 2012 um 40 Prozent ansteigen. [jg]

► Aktionskonferenz Nordsee e.V., Nadja Ziebarth, Tel. +49 (0)421 / 77675, E-Mail: nadja.ziebarth@aknev.org, www.aknev.org

Meeres-Havarien**Ölqual für Seevögel**

■ Mehr als 2.000 Tonnen Heizöl sind aus einem Öltanker im Schwarzen Meer ausgelaufen, der nach einem schweren Sturm am zweiten Novembersonntag leck geschlagen war. Ein Unwetter hatte in der Straße von Kertsch dazu geführt, dass vier Frachtschiffe untergingen, sechs auf Grund liefen und weitere in Seenot gerieten. 20 Seeleute kamen dabei um. Dies war die größte Umweltkatastrophe der letzten Jahre in Russland. Mehr als 30.000 Vögel und Zehntausende Fische sind verendet. Auch Futtergründe für Delfine seien bedroht. Auf der viel befahrenen Straße von Kertsch sind auch viele für die Flussschiffahrt gebauten Frachtschiffe unterwegs. UmweltschützerInnen forderten von der Regierung schärfere Gesetze. Die Flussschiffe könnten derartigen Stürmen nicht standhalten.

Anfang November hat es auch in der Nordsee ein Schiffsunglück gegeben, bei dem ein Seemann verletzt wurde und größere Mengen Öl ausgelaufen sind. Auf den ostfriesischen Inseln seien hunderte verölkter Seevögel gesichtet worden, meldete der Deutsche Tierschutzbund. Betroffen seien besonders Tordalken, Trottellummen und Trauerenten. Die TierschützerInnen stellten ihre Rettungsstation für verölkte Seevögel in Weidefeld-Kappeln (Schleswig-Holstein) zur Verfügung. Mehrere tausend Stauden landeten an den Stränden von Terschelling und Ameland. [jg]

► Deutscher Tierschutzbund, Tierschutzzentrum Weidefeld-Kappeln, Tel. +49 (0)4642 / 987253, www.tierschutzzentrum-weidefeld.de

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Unternehmensverantwortung**Auto- und Ölkonzerne sind die Besten**

■ Die britische Organisation AccountAbility und das US-Finanzmagazin Fortune haben eine Liste der 100 nachhaltigsten Unternehmen weltweit erstellt. Danach liegen vor allem Auto- und Mineralölkonzerne vorn. Auf Platz eins schaffte es der britische Ölkonzern BP. Auch Shell, die italienische ENI, Peugeot, Chevron und Daimler finden sich unter den ersten Zehn. Insgesamt belegen europäische Firmen 18 Plätze der Top 20. Mit Chevron (9) und General Electric (13) sind nur zwei US-Unternehmen dabei.

Die AutorInnen untersuchten nach eigener Aussage, inwieweit die Unternehmen Nachhaltigkeit in ihre Strategie und die Konzernführung integriert haben, wie Interessengruppen beteiligt wurden und ob sie sich gesellschaftlich engagiert haben. Auch die Auswirkungen der Unternehmensaktivitäten seien berücksichtigt worden. Als Maßstab diente das Verhältnis von finanziellem Gewinn und CO₂-Emissionen. Es habe, so eine der Schlussfolgerungen, in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen gegeben. Zwischen den einzelnen Branchen seien jedoch noch große Unterschiede festzustellen.

Die Umweltorganisation Friends of the Earth (FoE) sieht den Bericht sehr skeptisch. Es sei undenkbar, dass BP der nachhaltigste Konzern der Welt sei. Der Konzern sei verantwortlich für riesige Ölverschmutzungen in Alaska. Ebenso habe Shell auf Platz sechs der Liste nichts verloren. Shell verletze überall auf der Welt Menschenrechte und sei derzeit in sieben Ländern wegen Umweltverschmutzung vor Gericht. AccountAbility und Fortune hätten wohl den Nachhaltigkeitsberichten der Konzerne mehr Glauben geschenkt als den Realitäten vor Ort, vermutet FoE. [ms]

► www.accountability21.net

Klimakonferenz

Für einen fairen Interessenausgleich

Bei den Verhandlungen auf Bali muss die klimapolitische Blockade beendet werden

Der Klimawandel könnte schlimmere Folgen haben als gedacht. Deshalb muss die internationale Klimapolitik jetzt ihr Schnecken-tempo aufgeben. Die Europäische Union hat einen Vorschlag gemacht, der die neue Verhandlungsrunde in Gang bringen soll. ■ VON NICOLE WILKE, BUNDESUMWELTMINISTERIUM

Der Klimaschutz tritt in eine neue, entscheidende Phase. Startschuss ist die Klimakonferenz vom 3. bis 14. Dezember 2007 auf Bali. Dort beraten VertreterInnen von rund 180 Staaten, Umweltverbänden, Unternehmen und der Wissenschaft über den Kampf gegen den Klimawandel. Das Ergebnis bestimmt, wie es mit dem globalen Klimaschutz weitergehen wird.

Ziel der EU ist es, einen umfassenden Verhandlungsprozess, die „Bali Roadmap“, zu vereinbaren. In der Roadmap sollen die wesentlichen Verhandlungsinhalte beschrieben und ein Verhandlungszeitplan festgelegt werden. Bis 2009 sollen die Verhandlungen für ein neues und umfassendes, auf dem Kyoto-Protokoll aufbauendes Klimaschutzregime abgeschlossen sein, damit nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls 2012 keine Lücke entsteht.

Klimapolitik ist Sicherheitspolitik

Handeln ist dringend geboten. Denn die Folgen des Klimawandels kommen heftiger und schneller als die Wissenschaft noch vor wenigen Jahren prognostiziert hat. Hieran lässt der dieses Jahr veröffentlichte Vierte Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel (IPCC) keinen Zweifel mehr. In den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren muss der Trend bei der Emissionsentwicklung umgekehrt werden, damit der Klimawandel gerade noch beherrschbar bleibt. Die hierfür notwendigen Technologien sind vorhanden, auch das zeigt der IPCC.

Klimaschutz ist nicht nur umweltpolitisch notwendig, er ist auch wirtschaftlich und sicherheitspolitisch geboten.

Der 2006 erschienene Stern-Report hat herausgearbeitet, dass ein ungebremster Klimawandel deutlich teurer werden wird als aktiven Klimaschutz zu betreiben. Der Klimawandel destabilisiert Staaten und macht sie möglicherweise unregierbar. Davor hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Mai gewarnt. Die Brisanz des Klimathemas zeigt nicht zuletzt die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an den IPCC sowie an den Klimaschützer und ehemaligen Vizepräsidenten der USA, Al Gore.

Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, wie die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien, reduzieren die Abhängigkeit von Energieimporten, steigern die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, tragen zu mehr Beschäftigung bei, reduzieren Luftschadstoffe und befördern eine gesündere Umwelt. Ein weltweit anspruchsvolles Klimaregime hilft, bisherige und zukünftige Erfolge in der Armutsbekämpfung abzusichern.

Um den Klimawandel in beherrschbaren Grenzen zu halten, darf der globale Temperaturanstieg zwei Grad nicht übersteigen, warnen die Staats- und Regierungschefs der EU mit Blick auf die Erkenntnisse des IPCC. Dies bedeutet, dass die Emissionen bis 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 mindestens halbiert werden müssen. Die Industrieländer als die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel müssen ihre Emissionen sehr viel deutlicher als bisher reduzieren. Entwicklungsländer, insbesondere diejenigen, deren Emissionen in den kommenden Jahren stark anwachsen werden, müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit

zu einem künftigen Klimaschutzregime beitragen und ihr Emissionswachstum vom Wirtschaftswachstum entkoppeln. Die Klimaschutzmaßnahmen in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern werden dazu führen, dass sich langfristig die Pro-Kopf-Emissionen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Klimaschutzziel weltweit angleichen.

Alle befürchten Wettbewerbsnachteile

Entwicklungsländer sorgen sich, durch zu schnell eingeführte strikte Maßnahmen im Klimaschutz an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehindert zu werden. Schwellenländer wie Mexiko, Südafrika und China erkennen zumindest an, dass sie einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten müssen. Industriestaaten fürchten um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen in den Sektoren, in denen Unternehmen aus Entwicklungsländern mit geringeren Klimaschutzverpflichtungen als direkte Konkurrenten auftreten. Ein neues Klimaschutzregime wird nur dann von allen Vertragsstaaten akzeptiert, wenn es von ihnen als fairer Interessenausgleich wahrgenommen wird und wenn es für alle Staaten attraktive Anreize beinhaltet, welche die Klimaschutz-Verpflichtungen ausgleichen.

Vorbehalte wirtschaftlicher Art haben die Verhandlungen in den vergangenen Jahren häufig blockiert. Bisher war kein Industrieland bereit, seine möglichen Minderungsanstrengungen zu quantifizieren. Jede Nation wartete auf den ersten Schritt der anderen. Die EU versucht mit konkreten Vorschlägen diese Blockade aufzulösen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im März 2007

unter deutscher EU-Präsidentschaft acht Elemente eines künftigen Klimaschutzregimes beschlossen:

- ▶ Ein gemeinsames Oberziel für die Verhandlungen über die künftigen Klimaschutzanstrengungen. Für die EU ist dieses Oberziel, den globalen Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen.
- ▶ Weitergehende absolute Emissionsminderungen der Industrieländer. Diese sollen ihre Emissionen um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 reduzieren. Die EU selbst hat sich bereit erklärt, ihre Emissionen um 30 Prozent zu reduzieren, wenn andere Industriestaaten sich zu vergleichbaren Anstrengungen verpflichten und die Entwicklungsländer sich angemessen beteiligen. Unabhängig von einem künftigen Übereinkommen wird die EU ihre Emissionen um mindestens 20 Prozent reduzieren.
- ▶ Ein größerer Beitrag der Schwellenländer. Diese müssen ihr Wirtschafts- und Emissionswachstum noch weiter voneinander entkoppeln. Industrieländer sollen Anreize setzen, damit Entwicklungsländer hier vermehrte Anstrengungen unternehmen können.
- ▶ Ein globaler Kohlenstoffmarkt. Er setzt Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien und erschließt zusätzliche Finanzquellen.
- ▶ Anpassung. Auch bei einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf nicht mehr als zwei Grad wird es zu erheblichen Klimaänderungen kommen. Besonders die verwundbaren Staaten in der sich entwickelnden Welt sollen in einem künftigen Klimaregime stärker bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden.
- ▶ Unterstützung von Entwicklung, Transfer und Verbreitung klimafreundlicher Technologien.
- ▶ Einbeziehung von Entwaldung als wesentliche Emissionsquelle, insbesondere in Entwicklungsländern.

▶ Das künftige Klimaregime muss die rasch wachsenden Emissionen des Flug- und Schiffsverkehrs berücksichtigen. Der Schritt der EU, öffentlich ein anspruchsvolles, unabhängiges Ziel und ein Verhandlungsziel festzulegen, ist ein zentrales Signal, um die bestehenden Blockaden in den Verhandlungen zu überwinden. Diese Reduktionsziele und die Fortsetzung des Emissionshandels machen zugleich deutlich, dass Europa auch zukünftig in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern investieren will.

Nicole Wilke ist Referatsleiterin für internationalen Klimaschutz im Bundesumweltministerium. Sie ist die deutsche Unterhändlerin für UN-Klimaschutzverhandlungen.
Kontakt:
E-Mail: nicole.wilke@bmu.bund.de,
www.bmu.de/klimaschutz



Die Zeit ist reif!

Klimawandel geht uns alle an! Überschwemmungen, Dürreperioden und Krankheiten gefährden Millionen von Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern. Wir müssen Druck machen, damit die Politik jetzt konsequent handelt.

Wenn auch Sie es satt haben,

- » dass der Klimawandel die Armen noch ärmer macht,
- » dass die Politiker von Klimaschutz reden, aber nur halbherzig handeln,
- » dass in Deutschland über 25 neue Kohlekraftwerke geplant werden,
- » dass die Regierung vor den Automobil- und Energiekonzernen einknickt, dann

Demonstrieren Sie mit uns für einen Aufbruch in der Klimapolitik!

Hunderttausende Menschen gehen am 8. Dezember weltweit auf die Straße. In Deutschland setzen wir das Startsignal für eine neue Klimaschutzbewegung.

Machen Sie mit!

Wann: Samstag, 8. Dezember 2007

**Wo: » Berlin, Brandenburger Tor
 » Braunkohlekraftwerk Neurath (bei Düsseldorf)
 » und weitere Städte**

Infos: www.die-klima-allianz.de



Aktionstag
8. Dez. 2007
» KLIMA
SCHUTZ
JETZT! «
die-klima-allianz.de

Internationale Klimapolitik

Globales Nullsummenspiel

Der unzeitgemäße Kampf zwischen den USA und der EU lenkt nur ab von den wirklich anstehenden Fragen

Seit mehr als zwei Jahrzehnten scheitern die Bemühungen um einen ambitionierten globalen Klimaschutz. Anstatt gemeinsame Interessen zu verfolgen, verschanzen sich Industrienationen und aufstrebende Entwicklungsländer hinter Forderungen an die Gegenseite. Das schließt kleine Erfolge nicht aus. ■ VON HERMANN E. OTT, WUPPERTAL INSTITUT

Die Geschichte der internationalen Klimapolitik ist recht überschaubar, denn sie ist noch keine 20 Jahre alt. Es war im Jahr 1990, als sich das erste Mal Delegationen trafen, um eine völkerrechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels zu schaffen.⁽¹⁾ Die Verhandlungen gipfelten in der Annahme der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen im Mai 1992 in New York. Mit großer Geste unterschrieben 150 Staats- und Regierungschefs den Vertrag im Juni 1992 auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro.

Nun war diese Konvention noch kein wirklich großer Wurf. Da sich die Staaten nicht auf konkrete und vor allem verbindliche Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels einigen konnten, wählten sie die unverbindlichere Form einer Rahmenkonvention, die sich auf die Kooperation in der Forschung und die Aussicht auf zukünftige stärkere Zusammenarbeit beschränkte. Dieses Vorgehen entsprach der Erkenntnis der späten 1980er- und der 1990er-Jahre, dass internationale Umweltprobleme am besten in einem stufenweisen Prozess zu lösen seien: von der Verabschiedung unverbindlicher Aktionspläne über den Abschluss eines völkerrechtlichen Rahmenvertrages bis zur Erarbeitung eines Protokolls mit verbindlichen Zielen.

Einigung trotz Ablehnung

Sobald die Klimarahmenkonvention im März 1994 in Kraft getreten war, begannen folgerichtig auch schon die Verhandlungen über ein Minderungsprotokoll. Auf der ein Jahr später stattfindenden Ersten Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP 1) in Berlin wurde unter dem

Vorsitz der damaligen Umweltministerin Angela Merkel ein Mandat für diese Verhandlungen verabschiedet. Der Zeitplan bis zur Verabschiedung eines Protokolls war im Berliner Mandat bewusst knapp gehalten worden und ein Verhandlungsmarathon von neun Runden führte im Herbst 1997 tatsächlich zur Annahme des Kyoto-Protokolls.⁽²⁾

Die Einschätzung dieses Protokolls ist notwendigerweise ambivalent.⁽³⁾ Einerseits kann es mit Fug und Recht als Meilenstein in der Geschichte der Umweltaußenpolitik gelten, weil es das erste Mal verbindliche Obergrenzen für den Ausstoß klimaschädlicher Gase vorschrieb. Andererseits blieb es weit hinter den Erfordernissen für die wirksame Bekämpfung des Klimawandels zurück, vor allem weil die angestrebten Minderungsziele viel zu niedrig ausfielen.

Da die für die Umsetzung der Verpflichtungen wesentlichen Instrumente wie der Emissionshandel nur rudimentär im Vertragstext selbst verankert worden waren, mussten die Delegationen in den Jahren ab 1998 unter der Leitung des ersten grünen Umweltministers in Deutschland, Jürgen Trittin, weiterverhandeln.

Wegen der Blockadehaltung der USA wurden die Verhandlungen Ende 2000 auf der Klimakonferenz in Den Haag ergebnislos abgebrochen. Ab März 2001 schien die Klimadiplomatie dann endgültig vor dem Aus zu stehen, denn der neue US-Präsident George W. Bush erklärte seine Opposition zum Kyoto-Protokoll. Dies wog schwer, da die Teilnahme der USA als politisch, militärisch und wirtschaftlich führender Nation der Welt praktisch unverzichtbar für jede globale Aufgabe ist. Zudem emittieren die USA mit rund vier Prozent der Weltbevölkerung 25 Prozent

der weltweiten Treibhausgase. Jede Regelung ohne sie ist deshalb notwendigerweise in ihrer Effektivität begrenzt.

Andererseits war die demonstrative Ablehnung durch die US-Regierung auch der Anlass für einen ebenso demonstrativen Zusammenschluss der übrigen Staaten – ja, vielleicht wäre die Einigung ohne Bushs Ablehnung überhaupt nicht zustande gekommen. Die EU und praktisch alle Entwicklungsländer bereinigten ihre Differenzen, einigten sich Mitte 2001 in Bonn auf die großen Linien und verabschiedeten Ende 2001 das Übereinkommen von Marrakesch, welches das Kyoto-Protokoll ergänzte. Ausgearbeitet wurden darin vor allem die flexiblen Mechanismen, also die marktwirtschaftlichen Instrumente des Emissionshandels wie die gemeinsame Umsetzung von energiesparenden Projekten in Industrie- und Transformationsländern (Joint Implementation) oder Entwicklungs- und Schwellenländern (Clean Development Mechanism) – was den Industriestaaten die Ratifizierung erheblich erleichterte.

Dennoch dauerte es bis Ende 2004, also noch einmal über drei Jahre, bis 55 Industriestaaten, die zusammen 55 Prozent der Industriestaaten-Emissionen ausstießen, das Protokoll ratifizierten. Das lag vor allem an der Verzögerungsstrategie Russlands, dessen Ratifizierung für das Inkrafttreten aus formalen Gründen erforderlich war. Erst nachdem die EU ihren Widerstand gegen Russlands Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO aufgegeben hatte, ratifizierte das größte Land der Erde das Kyoto-Protokoll. Drei Monate nach der Hinterlegung der russischen Ratifikationsurkunde bei der UN trat es am 16. Februar 2005 in Kraft.

Abstruse Verhandlungslogik

Sogleich nach dem Inkrafttreten des Protokolls begannen die Verhandlungen über dessen Überarbeitung. Hintergrund war die Tatsache, dass die Verpflichtungen der Industrieländer auf die fünf Jahre zwischen 2008 und 2012 begrenzt waren. Ein Zusatz „und für die Zeit danach“ war nicht verankert worden. Deshalb fingen die Verhandlungen für die Zeit nach 2012 bei der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Kyoto-Protokoll 2005 (Conference of the Parties, COP11/Meeting of the Parties, MOP 1) praktisch wieder bei null an.⁽⁴⁾ Wer die Dringlichkeit des Klimaproblems kennt und nur auf das Ergebnis schaut, wird wiederum enttäuscht sein. Denn die Sitzung brachte weder ein Mandat, die Verpflichtungen für Industriestaaten zu vertiefen, noch eines, wichtige Schwellenländer in die Gruppe der verpflichteten Staaten aufzunehmen. Außerdem fehlte ein konkreter Abschlusstermin.

Allerdings relativiert sich dieser schlechte Eindruck etwas, wenn man sich die Verhandlungsdynamik und die enormen Widerstände gegen ein schnelles Vorgehen vergegenwärtigt. Dies betrifft nicht nur die USA, die auch in der Schlussphase der Präsidentschaft von Bush ihre Haltung zum Kyoto-Protokoll nicht geändert haben. Dies betrifft auch nicht nur Japan, das nach einer kurzen klimapolitischen Hochphase Ende der 1990er-Jahre in eine Politikstarre verfiel, die eine effektive Klimapolitik nach innen und außen unmöglich macht. Nein, der größte Hemmschuh für eine schnelle Einigung über einen Ausbau des Klimaregimes besteht in der abstrusen Verhandlungslogik, derzufolge sich wie in einem Grabenkrieg progressive Industriestaaten und progressive Entwicklungsländer unversöhnlich gegenüberstehen. Anstatt die gemeinsamen Interessen zu betonen, verstehen beide die Verhandlungen als Nullsummenspiel, bei dem eine Seite verliert, was die andere Seite bekommt. Wenn die Klimaverhandlungen erfolgreich sein sollen, müssen Industrie- und Entwicklungsländer diese Spaltung überwinden.

Eine Momentaufnahme der Klimaverhandlungen in der Mitte des Jahres 2007

zeigt folgendes Bild, in dem genau diese Grabenkämpfe deutlich werden: Die Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls haben in Montreal eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Artikel 3.9 des Kyoto-Protokolls eingerichtet.⁽⁵⁾ Diese soll nur über die Reduktionsverpflichtungen der Industriestaaten beraten, die bisher nicht erfassten Entwicklungsländer einzubeziehen ist ausdrücklich nicht Teil des Auftrags. Eine bestimmte Ziel- oder Zeitvorgabe konnte ebenfalls nicht vereinbart werden. Dies hat sich auch nach der zweiten Konferenz der Vertragsparteien in Nairobi Ende 2006 nicht geändert.⁽⁶⁾ So scheiterte die Festlegung eines konkreten Verhandlungsfahrplans an den Industriestaaten, weil diese keinen Klimaschutz leisten wollten, bevor nicht die Entwicklungsländer ihrerseits einem Fahrplan für eigene Verpflichtungen zustimmten. So wird das Jahr 2007 der Diskussion von Minderungspotenzialen gewidmet sein und Ende des Jahres bei der dritten Konferenz der Vertragsstaaten auf Bali in Indonesien hoffentlich ein Fahrplan für die Verhandlungen zustande kommen.

Verheißungsvoller Neubeginn?

Die Industriestaaten starteten den Versuch, einen Fahrplan für die Überprüfung des Kyoto-Protokolls nach Artikel 9 des Vertrages durchzusetzen. Dann müssten nicht nur die Angemessenheit der Industriestaatenpflichten, sondern die Wirksamkeit des Protokolls als Ganzes diskutiert werden, also auch, ob die Entwicklungs- oder Schwellenländer stärker mit einbezogen werden müssen. Dem stellten sich die Entwicklungsländer mit dem Ziel entgegen, Zeit zu gewinnen und zunächst abzuwarten, wie anspruchsvoll die Industriestaaten ihre nächsten Verpflichtungen Post-2012 gestalten würden. Am Ende gab es für die Überprüfung zwar eine Einigung auf einen Zeitplan, jedoch mit der Bedingung, dass die Ergebnisse dieser Überprüfung nicht die Grundlage für neue Verpflichtungen sein könnten – dafür müsste erst die Aufnahme formaler Verhandlungen erfolgen. Zu guter Letzt gab es im Rahmen der Konvention einen Dialogprozess, der jedoch

ganz ausdrücklich keine Verhandlungen beinhalten dürfte. Hier war ursprünglich gedacht, vor allem die USA und Australien einzubinden, die ja das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert hatten und infolgedessen durch die Post-2012-Verhandlungen im Rahmen des Protokolls nicht eingebunden waren. Dieser Konventionsprozess war nach Montreal recht verheißungsvoll gestartet, hatte jedoch schon nach einem Jahr an Dampf verloren.

Eine zweite Schiene der Verhandlungen für eine Fortsetzung der Klimapolitik nach 2012 legte die Gruppe der acht größten Industriestaaten (G8). Auf Betreiben der britischen Präsidentschaft verabredeten die TeilnehmerInnen des G8-Gipfeltreffens 2005 im schottischen Gleneagles, eine gemeinsame Lösung für die festgefahrenen internationalen Verhandlungen zu finden. Durch die nachfolgenden G8-Präsidentschaften wurde der Gleneagles-Prozess sodann mit dem Bestreben vorangetrieben, 2008 unter japanischer Präsidentschaft ein Übereinkommen zu erreichen. Ziel des Gleneagles-Prozesses als auch der G8-Initiativen ist es, neben den acht etablierten G8-Staaten auch die größten und wichtigsten Schwellenländer (Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika) in einen Klima-Fahrplan mit einzubeziehen.

Die Ergebnisse des G8-Gipfels von Heiligendamm im Juni 2007 könnten die Chancen für eine erfolgreiche Klimakonferenz im Dezember 2007 (COP 13/MOP 3) und ein Verhandlungsmandat für die Zeit nach 2012 gesteigert haben. In einem extrem spannenden Showdown war es Kanzlerin Merkel gelungen, den widerstrebenden USA – sowie Russland und Japan – einige Formulierungen abzurufen, die zuvor noch undenkbar gewesen wären: Erstens bezeichnet die Abschlusserklärung des G8-Gipfels die Vereinten Nationen als das angemessene Forum für die Klimaverhandlungen. Zweitens wird das Jahr 2009 als Enddatum für die Verhandlungen benannt. Diese Festlegungen kann den blockierenden Staaten in den nächsten zwei Jahren entgegengehalten werden, wodurch sich eventuell genügend öffentlicher Druck erzeugen lässt, um die Verhandlungen erfolgreich zu beenden. ►

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Klimawandel

Gerechtigkeit im Treibhaus



Der Wandel des Klimas trifft vor allem die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben: in Bangladesch, in der Sahel-Zone oder in den ländlichen Regionen Zentralchinas.

Die *politische ökologie* 106/107 beschreibt wer Täter, Opfer und Profiteure im Treibhaus Erde sind. Und sie zeigt, dass konsequenter Klimaschutz ein Sprungbrett für mehr Gerechtigkeit in der Welt sein kann.

_Wie ist der Boom der Bioenergien zu bewerten?

_Was taugt der Emissionshandel?

_Wie lässt sich Klimaschutz gerecht gestalten?

Mit Beiträgen von S. Rahmstorf, H. J. Schellhuber, J. Trittin, G. Alber, H. Ott, K. Töpfer, E. Altvater, R. Fücks u. v. m.



Stillen Sie Ihre Neugier!

_Fordern Sie Heft 106/107 an!
 _19,90 EUR (inkl. Versand)/31,80 CHF
 _ISBN 978-3-86581-074-8
 _oekom verlag
 _Fax +49/(0)81 91/970 00-103
 _www.oekom.de

neugier@oekom.de

Erbitterter Stellungskrieg

Der zeitgemäße Kampf zwischen den USA und der EU lenkt nur ab von den wirklich anstehenden Fragen. Denn die eigentlichen Gräben verlaufen nicht zwischen den USA und Europa, sondern zwischen Industrie- und den sich rasch industrialisierenden Entwicklungsländern. Wie in einem altertümlichen Stellungskrieg haben sich die am Klimaschutz interessierten EU-Staaten und die ebenfalls grundsätzlich daran interessierten Schwellenländer in ihre Schützengräben zurückgezogen. Es mutet skurril an, wie sich beide Seiten trotz einer großen Schnittmenge gleich gelagerter Interessen erbittert bekriegen.

Drei Maßnahmen zur Vertrauensbildung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind Voraussetzung für eine konstruktive Atmosphäre und eine erfolgreiche Verhandlung durch die deutsche Bundesregierung und die EU:

- ▶ die Bereitschaft zu eigenen, starken Emissionsminderungen. Die von der EU eingegangene Selbstverpflichtung von 20 Prozent Emissionsminderung bis zum Jahr 2020 ist ein erster guter Schritt. Sie sollte auf 30 Prozent erweitert werden, Deutschland muss mindestens 40 Prozent anbieten.
- ▶ die Bereitschaft zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Schwellenländern. Das Überspringen des fossilen Zeitalters ist nicht ohne Aufpreis zu haben. Die Differenz wird von dem Ökonomen Nicholas Stern mit rund 20 bis 30 Milliarden Euro jährlich angegeben. Diese Mittel müssen die Industriestaaten auf verlässlicher Basis bereitstellen. Die EU sollte weit über bisherige Finanzierungszusagen hinausgehen und einen entsprechenden Fonds vorschlagen.
- ▶ die Bereitschaft zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in ärmeren Staaten. Der Klimawandel wird Millionen Menschen heimatlos machen und die Lebensmittelversorgung einschränken. Einige Staaten werden komplett verschwinden. Die Weltbank rechnet mit Kosten zwischen zehn und 40 Milliarden US-Dollar jährlich. Die

etablierten industriellen Staaten werden nicht darum herumkommen, auch hier ihren Willen zur Hilfe zu zeigen – was übrigens auch die Humanität gebietet. Am wichtigsten ist eine faire und großzügige Haltung der Industriestaaten. Gekoppelt mit intelligenter Unterstützung beim Technologietransfer lassen sich auch China und Indien ins Boot holen. Auf die USA zu warten wäre zu riskant – auch 2009 wird ein wesentlich konstruktiverer Präsident dem Kyoto-Protokoll nicht beitreten können. Der größte Verschmutzer wird über andere Mechanismen einzubeziehen sein, beispielsweise über ein starkes nationales US-Klimaprogramm gekoppelt mit einer völkerrechtlich verbindlichen Zusage, dieses Programm, auch umzusetzen. In der Zwischenzeit muss verhandelt werden, die Zeit drängt.

Dieser Artikel erschien – neben vielen weiteren Beiträgen zum Thema – zuerst in *politische ökologie* 106/107 (siehe Kasten).

Anmerkungen

- (1) Eine Übersicht über die Geschichte der internationalen Klimapolitik bis zum Ende des letzten Jahrhunderts bieten Oberthür, S.; Ott, H. E. (2000): Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Opladen.
- (2) Yamin, F.; Depledge, J. (2004): International Climate Change Regime: A Guide Rules, Institutions and Procedures. Cambridge.
- (3) Ott, H. E. (1998): The Kyoto Protocol. Unfinished Business. In: *Environment*, Vol. 40,6, S. 16-20, 41-45.
- (4) Brouns, B. et al. (2006): The Montreal Climate Summit: Starting the Kyoto Business Preparing for post-2012. The Kyoto Protocol's First Meeting of the Parties (MOP 1) and COP 11 of UNFCCC. In: *JEEPL* 2/2006, S. 90-100.
- (5) Vgl. Ehrmann, M. (2006): Das internationale Klimaschutzregime nach Montreal: In: *Zeitschrift für europäisches Umwelt- und Planungsrecht (EuUP)* 1/2006, S. 37-44.
- (6) Vgl. Ott, H. E. et al. (2007): The Nairobi Climate Change Summit (COP 12 – MOP 2): Taking a Deep Breath before Negotiating Post-2012 Targets? In: *Journal for European Environmental Planning Law (JEEPL)* 2/2007, S. 139-148.

Hermann E. Ott ist Jurist und Politikwissenschaftler. Er leitet das Berliner Büro des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)30 /
 2809-5489, Fax -4895
 E-Mail: hermann.ott@
 wupperinst.org
 www.wupperinst.org



Internationale Klimapolitik

Ein gerechtes Klimaschutzregime?

Die aufgeregte Klimadebatte in den reichen Ländern ist blind für die ökonomischen Gegensätze

Der Klimawandel ist der radikalste Ausdruck globaler Ungerechtigkeit. Diesen Satz würden viele westliche Nichtregierungsorganisationen unterschreiben. Trotzdem ist er von der Wahrheit ziemlich weit entfernt. Für die chancen- und rechtlose Mehrheit ist die Klimakatastrophe nur ein zusätzliches Problem. ■ VON SIVAN KARTHA, STOCKHOLM INSTITUTE

Um das Bild eines gerechten internationalen Klimaschutzregimes zeichnen zu können, müssen wir einen Blick auf den Kontext werfen, in dem sich die derzeitige Klimakrise abspielt. Eine zentrale Botschaft von Nichtregierungsorganisationen lautet: „Der Klimawandel ist der radikalste Ausdruck globaler Ungerechtigkeit.“ Ist das richtig? Möglicherweise kommt dieser Satz der Wahrheit nicht einmal nahe. Der radikalste Ausdruck globaler Ungerechtigkeit ist die weltweite Armutskrise. Ich meine nicht nur die Armut, wie sie ökonomische Indikatoren widerspiegeln – ein niedriges nationales Pro-Kopf-Einkommen oder eine große Anzahl von Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen. Ich meine vor allem Armut, die sich in vermeidbaren Epidemien wie Malaria zeigt, in absurd hoher Kindersterblichkeit durch Krankheiten wie Diarrhoe, in Unterernährung in einer Welt des Überflusses oder in politischer Entrechtung ohne Hoffnung auf Einfluss auf die Bedingungen der eigenen Armut und Unterdrückung. Dies ist die überwältigende Ungerechtigkeit, zu der jene des Klimawandels noch hinzukommt, und die durch das Klimaproblem weiter verschärft wird.

Dass das Klimaproblem die Armutskrise überragt, glauben nur Reiche

In gewisser Hinsicht ist die Frage „Was ist ein gerechtes internationales Klimaschutzregime?“ also unsinnig. Was bedeutet es schon, über ein gerechtes Klimaschutzregime in einer Welt zu sprechen, die durch eine ungerechte politische und wirtschaftliche Ordnung bestimmt wird? Ich kritisiere nicht den Versuch, diese Frage

zu beantworten. Jedoch müssen wir einsehen, dass ein gerechtes Programm zum globalen Klimaschutz nur ein – wenn auch sehr wichtiger – Aspekt des Kampfes gegen die weit größere Ungerechtigkeit globaler Armut ist. Auch wenn die Dringlichkeit des Klimaproblems immer stärker in unser Bewusstsein rückt, dürfen wir uns auf keinen Fall der Illusion hingeben, dass dieses Problem dringlicher sei als die weltweite Armutskrise. In diesem Rahmen beantworten ich die oben gestellte Frage folgendermaßen: Ein gerechtes internationales Klimaschutzregime muss das Recht der Armen auf eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung respektieren.

Anpassungskosten nach dem Verursacherprinzip verteilen

Aus dem Recht auf eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung ergeben sich zwei Notwendigkeiten. Die erste besteht darin, dass Anpassungen an den Klimawandel geleistet werden müssen. Die Erde hat sich schon jetzt durch unser Einwirken um 0,8 Grad Celsius erwärmt. Einen weiteren Anstieg um 0,5 Grad Celsius wird es allein durch die bis heute in der Atmosphäre freigesetzten Treibhausgase geben. Damit haben die Unterzeichner der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ihre ausdrückliche Verpflichtung, „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems“ zu verhindern, bereits jetzt gebrochen. Die Anpassung an die Folgen der globalen Erwärmung erfordert einen erheblichen finanziellen Aufwand, laut jüngsten Schätzungen günstigstenfalls mehrere zehn Milliarden Dollar. Eine gerechte Verteilung dieser Kosten kann nur auf dem Verursacherprinzip beruhen und

muss den kumulativen Anteil, den jede einzelne Nation an den Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre hat, berücksichtigen.

Emissionshandel und andere obskure Szenarien

Doch Geld allein wird nicht ausreichen, um die Anpassung zu ermöglichen. Was wir darüber hinaus brauchen, sind Mechanismen und Institutionen, die sicherstellen, dass mit den finanziellen Mitteln tatsächlich die Anfälligkeit von Gemeinschaften gegenüber den Folgen des Klimawandels reduziert wird. Es gibt genügend Erfahrung mit gemeinschaftlichen, partizipatorischen Initiativen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit, die als Modelle für eine effektive Anpassung dienen können. Demgegenüber machen zahlreiche unrealistische Ideen die Runde, die in obskuren Szenarien die Anpassung zum Beispiel in Zusammenhang mit dem Emissionshandel bringen und „Anpassungsgutscheine“ gegen Emissionskredite tauschen wollen.

Wir müssen des Weiteren darauf achten, Anpassung nicht zu eng zu definieren. Der Begriff wird mitunter mit einer Anpassung der Infrastruktur gleichgesetzt, also mit beträchtlichen Investitionen in Maßnahmen wie den Ausbau von Deichen gegen den steigenden Meeresspiegel. Vielleicht sind solche Initiativen eine Hilfe. Ohne Zweifel kann aber die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften am effektivsten durch Investitionen in breit angelegte Maßnahmen erhöht werden, die die allgemeine Handlungsfähigkeit gegenüber den zahlreichen, durch den Klimawandel verschärften Belastungen verbessern. Hilfsprogramme wie Lese- und Schreib-

kurse für Frauen, grundlegende Gesundheitsversorgung, politische Mitbestimmung, Landreformen oder Mikrokredite können erwiesenermaßen die Belastbarkeit armer Gemeinschaften erhöhen und ihre Möglichkeiten der Existenzsicherung substantiell verbessern. Tatsächlich erweisen sich diejenigen Strategien, die am engsten mit der Sicherung einer menschenwürdigen und nachhaltigen Entwicklung verknüpft sind, auch als am effektivsten bei der Ausbildung der Anpassungsfähigkeit.

Den Klimawandel vor allem in den entwickelten Ländern bekämpfen

Die zweite Notwendigkeit zum Schutz des Rechts der Armen auf eine menschenwürdige Entwicklung ist die Bekämpfung des Klimawandels. Noch besteht die Möglichkeit, die schlimmsten Auswirkungen der Erderwärmung durch eine globale Minderung von CO₂-Emissionen zu verhindern. Es ist noch viel zu retten, wenn wir es schaffen, den Anstieg der Treibhausgasemissionen innerhalb eines Jahrzehnts umzukehren und die schnelle Reduktion dieser Emissionen sozialverträglich und damit nachhaltig zu gestalten. Dies ist zweifellos eine anspruchsvolle und scheinbar unlösbare Aufgabe. Notwendig wäre ein radikales Programm höchster Dringlichkeit zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Ein solches würde die Aufwendung von mehreren Milliarden Dollar pro Jahr, möglicherweise gar von mindestens einem Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts erfordern. Jeder weniger ambitionierte Ansatz hätte jedoch katastrophale Konsequenzen. Ein solches Versäumnis wäre eine Menschenrechtsverletzung internationalen und generationenübergreifenden Ausmaßes. Es würde zweifellos das Recht der Armen auf eine menschenwürdige Entwicklung massiv untergraben.

Viele Maßnahmen dieses Sofortprogramms müssen sich auf die entwickelten Länder konzentrieren. Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen pro Kopf liegen hier weit über den Werten des Südens, zudem sind die Möglichkeiten für Maßnahmen zur Verminderung des Klimawandels in den Industrieländern immens.

Jedoch muss sich auch der arme Teil der Welt an der Verminderung des Kohlendioxidausstoßes beteiligen. Tatsächlich bliebe die Bedrohung einer Klimakrise für die Entwicklungsländer bestehen, selbst wenn die reichen Staaten ihre Emissionen wie durch ein Wunder von einem Tag auf den anderen einstellten. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen im Süden nimmt stark zu. Es werden mehr und mehr fossile Brennstoffe genutzt, während gleichzeitig immer mehr Land gerodet wird, um dem steigenden Energieverbrauch in Nord und Süd gerecht zu werden. Auch ohne das Kohlendioxid der entwickelten Länder reichen die Emissionen des Südens aus, die weltweite Treibhausgas-Konzentration auf einen Wert weit über 450 ppm (parts per million) zu erhöhen und den globalen Temperaturanstieg in Bereiche jenseits von zwei Grad Celsius zu treiben.

Belastung entsprechend den Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten

Allerdings wäre es ungerecht, dem Süden die Kosten des dringend notwendigen Sofortprogramms zur Minderung der CO₂-Emissionen aufzubürden. Der Reichtum des Nordens gründet auf ein Wachstum, das keinen Gedanken an Kohlendioxidemissionen verschwendet hat. Die wirtschaftliche Expansion wurde mit billigen fossilen Brennstoffen und neu gerodetem Land vorangetrieben. Frei von Schuldbewusstsein belastete der Norden lange Zeit den globalen Kohlendioxidhaushalt. Während uns der Verlust der Unschuld inzwischen zur Einsicht gezwungen hat, kämpft der Süden immer noch darum, seinen grundlegenden Entwicklungsbedürfnissen nachzukommen. Eine ungerechte Abwälzung der Belastung auf diesen benachteiligten Teil der Welt würde die Fähigkeit der Armen zur Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Entwicklung gefährden.

Wie aber wäre die finanzielle Belastung gerecht zu verteilen? In Übereinstimmung mit den Prinzipien der Klimarahmenkonvention müssten dies die Unterzeichnerstaaten „auf der Grundlage der Gerechtig-

keit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten“ tun. Der Inhalt dieser Formulierung bildet nicht nur die Basis eines gesetzlich verbindlichen internationalen Vertragswerkes, er ist auch praktisch und ethisch sinnvoll. Als hauptverantwortlich für den Klimawandel müssen jene Nationen gelten, die historisch betrachtet am meisten zum Ausstoß von Treibhausgasen beigetragen haben. Sie sollten einen größeren Anteil der Kosten der globalen Minderung der CO₂-Emissionen tragen. Zudem besitzen die leistungsfähigeren Staaten größere finanzielle und technologische Ressourcen. Deshalb sollten sie entsprechend stärker belastet werden.

Tatsächliche Zahlen statt „Zombie-Kategorien“

Die bestehende Klassifikation der Klimarahmenkonvention in Annex I- und Nicht-Annex I-Länder – wobei sich erstere zu einer Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet haben und letztere nicht – ist dabei nur begrenzt hilfreich. Sie verschleiert das Ausmaß der Verantwortung sowie die Leistungsfähigkeit einzelner Länder. Ein gerechtes internationales Klimaschutzregime müsste empirische Erkenntnisse zur Grundlage nehmen. Es würde berücksichtigen, dass ein US-Bürger im Durchschnitt viermal so reich ist wie ein Einwohner Rumäniens und dass er etwa viermal so viel Treibhausgasemissionen wie dieser verursacht. In der UNFCCC-Klassifikation fallen aber beide unter Annex I. Der Durchschnittseinwohner Singapurs ist fünfzehnmal so reich wie der durchschnittliche Bangladeshi und er ist für eine fünfzehnmal größere Menge an Treibhausgasen verantwortlich. Dennoch findet sich keiner von beiden in Annex I. Ein gerechtes Klimaschutzregime muss sich konsequent am Reichtum und an den Emissionen aller Länder orientieren, nicht nur an ihrer Zugehörigkeit zu den UNFCCC-Klassen, die der Soziologe Wolfgang Sachs zu Recht „Zombie-Kategorien“ genannt hat. Anderenfalls bleibt die Vereinbarung zur globalen Verteilung der Belastungen

des Klimawandels ein übereilter und erpresserischer Kuhhandel, begründet auf politischer Macht anstatt auf Transparenz und Prinzipientreue.

Nicht nach Nationen, sondern nach Individuen differenzieren

Doch die Ungleichheiten zwischen den Ländern sind nur ein Teil des Problems. Ebenso schwerwiegend sind die Ungleichheiten innerhalb der Nationen. In gewissem Sinne führen auch die eben verglichenen Zahlen in die Irre. Genauso wie das Recht auf eine menschenwürdige Entwicklung Individuen und nicht Nationen gehört, sind es Einzelpersonen, die aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs eine größere Verantwortung für den Klimawandel tragen. Sie sind es auch, die aufgrund ihres Wohlstands die Möglichkeit haben, den Klimawandel aufzuhalten. Ein internationales Abkommen zur gerechten Verteilung der Belastungen durch den Klimawandel müsste auf Grundlage einer empirischen Bewertung der Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb eines jeden Landes erarbeitet werden. Die dabei angelegten Maßstäbe sollten die Armen in weltweit konsistenter Weise von Verpflichtungen freihalten. Dann würden die „Wohlhabenden“ – im Norden wie im Süden – gemeinsam die Kosten dafür tragen, das globale Klimasystem im Gleichgewicht zu halten. Sie müssten zum einen die Emissionen, die mit ihrem eigenen Energieverbrauch verbunden sind, reduzieren, und zum anderen für eine nachhaltige und emissionsarme Entwicklung der ärmeren Teile der Weltbevölkerung sorgen. Sie würden also die globale Verantwortung für einen ausgeglichenen CO₂-Haushalt tragen.

Aber ist all dies notwendig? Wie steht es mit dem einfachen Vorschlag, die zulässigen Emissionen auf Pro-Kopf-Basis zu verteilen? Dies klingt zwar nach der gerechtesten Grundlage für ein internationales Klimaregime. Doch der Schein trügt. Eine gleichmäßige Pro-Kopf-Verteilung ist gerechter als die Ausnahmeregelungen, auf denen das Kyoto-Protokoll beruht. Doch eine solche Lösung ist nicht gerecht

genug: Die gesamte Menschheit – Arm und Reich zusammen – treiben in einem Rettungsboot mit einem begrenzten Vorrat an Nahrungsmitteln. Kann die Minderheit der Satten allen Ernstes denselben Anspruch auf die beschränkten Reserven erheben wie die Mitglieder der unterernährten Mehrheit? Nicht nach vernünftigen Maßstäben. Um die Versorgung der Hungernden zu ermöglichen, müssen die Satten mit weniger auskommen. Sie können von ihren Fettreserven leben, bis Land in Sicht ist. Genauso können die Reichen der Welt die Last des Übergangs in eine kohlendioxidarme Welt tragen, während die Armen den Blick auf die Überwindung ihrer Armut richten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass ein gerechtes internationales Klimaregime das Recht der Armen auf eine menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung respektieren muss. Es bedarf einer weitreichenden Strategie zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels sowie eines außerordentlich ehrgeizigen Planes, um diese abzumildern. Für beides müssen die reicheren Teile der Weltbevölkerung aufkommen, die sowohl die Verantwortung für das Problem tragen als auch die Mittel haben, es zu lösen.

Mobilisierung für Klimaschutz dringend gesucht – aber ohne Hysterie

Ist ein solches gerechtes Klimaregime realistisch? Nein. Es ist ganz offensichtlich unrealistisch. Aber es existiert derzeit kein Vorschlag zur Lösung der Klimakrise, der politisch durchsetzbar wäre. Es gibt lediglich zahlreiche Ansätze, mit denen wertvolle Zeit verschwendet wird, da wir mit ihnen nur minimal von den gewohnten Mustern abweichen. Das Problem ist, dass die ökologisch realistischen Möglichkeiten politisch noch unrealistisch sind. Die Klimakrise erfordert daher eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Erst dann werden unsere politischen Entscheidungsträger in der Lage sein, die Herausforderung zu meistern, die ihnen ein neuer politischer Realismus auferlegt.

Doch darf diese Mobilisierung nicht mit Hysterie einhergehen. Der Klimawan-

del darf kein kurzlebige Modethema sein. Das globale Klima ist ein komplexes und launenhaftes System. Der langfristige Negativtrend wird durch kurzfristige Abweichungen verschleiert werden. Im letzten milden Winter sah Berlin keinen Schnee, aber es wird wieder verschneite Winter erleben. Der Hurrikan Katrina öffnete den USA auf schockierende Weise die Augen, doch es wird auch wieder Sommer ohne Wirbelstürme im Golf von Mexiko geben. Die wirkliche Dringlichkeit der Klimakrise zeigt sich nicht in unmittelbar spürbaren Wetterereignissen. Sie ergibt sich aus dem unausweichlichen, langfristigen Trend zunehmender Störungen sowie vor dem Hintergrund der Verarmung eines großen Teils der Weltbevölkerung. Die Mobilisierung darf keine kurzlebige Initiative aus einer hysterischen Laune heraus sein. Sie muss von einem veränderten Bewusstsein und einem dauerhaften Gefühl der Solidarität mit der mittellosen Mehrheit der Weltbevölkerung getragen werden.

Der Inhalt dieses Beitrags basiert auf der gemeinsamen Arbeit des Autors mit Tom Athanasiou und Paul Baer. Eine Fassung dieses Beitrags mit ausführlichen Anmerkungen und Literaturhinweisen findet sich in: Khor, M. u. a. (Hrsg.): Klima der Gerechtigkeit. VSA, Hamburg 2007, ISBN-978-3-89965-243-7. Aus dem Englischen von Felix Wolf.

Literatur

- ▶ Athanasiou, T.; Kartha, S.; Baer, P. (2007): The Greenhouse Development Rights Framework (EcoEquity und Christian Aid), www.ecoequity.org/GDRs
- ▶ Sachs, W. (2004): Rio+10 and the North-South Divide. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- ▶ Wuppertal Institut (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München
- ▶ Oxfam (2007): Adapting to Climate Change. What's Needed in Poor Countries, and Who Should Pay. Oxfam Briefing Paper 104

Sivan Kartha ist Physiker. Als Leiter des Klima-Programms am Stockholm Environment Institute in Somerville (Massachusetts/USA) analysiert er technische und methodische Aspekte internationaler Klimaver-



einbarungen.
Kontakt:
Tel. +1 617 / 6273786
E-Mail: skartha@sei-us.org
www.sei-us.org

THEMA

Das FÖJ wird flexibilisiert, doch was bleibt übrig?

Das Bundesfamilienministerium arbeitet unter Zeitdruck an einem neuen Freiwilligendienstegegesetz, das viele neue Probleme aufwirft. Dabei sollten vor allem die Mängel aus dem Jahr 2003 beseitigt werden, als unter Zeitdruck das heute gültige Gesetz formuliert wurde. Im schwer durchschaubaren Spiel der Institutionen könnten die Jugendlichen und die Einsatzstellen die Verlierer sein.

■ Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), das mit heute fast 2000 Plätzen bundesweit eine feste Größe in Naturschutz und Umweltbildung geworden ist, soll nach dem Willen des Bundesfamilienministeriums einer Gesetzesnovelle unterworfen werden. Anlass ist ein Steuerproblem: Im Gesetz wurde vergessen festzuschreiben, dass die Geldflüsse bei den Freiwilligendiensten nicht der Umsatzsteuer unterliegen sollen. Es geht um Zuschüsse von Bund und Ländern an die Trägerstellen und von dort an die Freiwilligen sowie um Eigenbeiträge der Einsatzstellen. Nun verlangt das Bundesfinanzministerium bis zum 1. Januar 2008 eine gesetzliche Nachbesserung, weigert sich aber offenbar, diese durch eine einfache Ergänzung in Paragraph 4 des Umsatzsteuergesetzes vorzunehmen, was selbst der Bundesrat im Oktober empfohlen hatte. Dies ist um so merkwürdiger, als die europäische Richtlinie 2006/112/EG die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, Maßnahmen der Jugendpflege von der Umsatz-

steuer zu befreien, was Deutschland bisher nicht umgesetzt hat.

Nun arbeitet das Bundesfamilienministerium mit Hochdruck an einem neuen Freiwilligendienstegegesetz (umwelt aktuell 10.07, S. 30), das lauter neue Probleme aufwirft: Die ökologischen und sozialen Freiwilligenjahre, die unter den Namen FÖJ und FSJ inzwischen einigermaßen bekannt sind, sollen in „Freiwilliger Dienst“ umbenannt werden. Sie sollen auch nicht mehr regulär ein Jahr dauern, sondern zwischen sechs und 24 Monaten in Blöcken von drei Monaten Mindestlänge. Wo da die pädagogische Betreuung der Jugendlichen bleiben soll, ist fraglich. Diese wurde aber ohnehin aus der Zielbestimmung des neuen Gesetzes entfernt. Die Dienste sollen jetzt vorrangig das Ehrenamt fördern, kaum noch die Entwicklung der Jugendlichen.

Weitgehend unberücksichtigt sind im Gesetzentwurf die verschiedenen Dienste im Ausland, was jede Systematik der Ge-

setzung in Frage stellt. Wozu soll man dann überhaupt FÖJ und FSJ in einem Gesetz vereinen und riskieren, dass die derzeit 153 Euro betragenden Zuschüsse im FÖJ an die 72 Euro Bundeszuschuss im FSJ angeglichen werden? Das ursprüngliche Steuerproblem bleibt ohnehin ungelöst: Durch gewundene Umverteilungen der Verantwortung zwischen Einsatzstellen und Trägern soll die Steuerpflicht für einige Geldflüsse steuerfrei werden, nicht jedoch für die Verwaltungskosten.

Fazit: Sowohl Finanz- als auch Familienministerium spielen ein undurchsichtiges Spiel um einen politisch nie gewollten Gesetzesfehler. Es bleibt zu hoffen, dass weder die Freiwilligenjahre noch die Geldbeutel der Einsatzstellen und Träger hierbei Schäden erleiden.

[Rainer Borcherding, DNR, AK Ehrenamt]

► Rainer Borcherding, Schutzstation Wattenmeer, Tel. +49 (0)4331 / 23622, E-Mail: r.borcherding@schutzstation-wattenmeer.de

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

AUS DEN VERBÄNDEN

Bürgerschaftliches Engagement**Aktionswoche 2008**

■ Während die Dokumentation der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2007“ (umwelt aktuell 11.07, S. 30) erstellt wird, steht der Termin für die nächste Aktionswoche fest. Zwischen dem 19. und 28. September 2008 wollen die zivilgesellschaftlichen Verbände in einer erneuten bundesweiten Aktion auf bürgerschaftliches Engagement und seine Facetten hinweisen. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ruft dazu die Verbände auf, sich an einer Feedback-Umfrage auf seiner Webseite zu beteiligen.

[mb]

- BBE, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de,
Umfrage: www.kurzlink.de/bee-umfrage2007

EHRENAMT

Arbeit mit Ehrenamtlichen**Wanderjugend berät vor Ort**

■ „Ehrenamtliche gewinnen“ und „Ehrenamtliche motivieren“ heißen zwei Beratungsbausteine, die die Deutsche Wanderjugend ihren Mitgliedsvereinen als kostenfreien Service anbietet. Ehren- und hauptamtliche ReferentInnenteams vermitteln auf Sitzungen oder Klausurtagungen des Vereins oder in eigenständigen Workshops Ideen und Methoden und entwickeln Lösungen. Alle Ergebnisse sollen in einem Praxishandbuch veröffentlicht werden.

[mb]

- Deutsche Wanderjugend, Andrea Metz, Kassel,
Tel. +49 (0)561 / 4004983,
E-Mail: metz@wanderjugend.de,
www.wanderjugend.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Tierschutzpreis**Verantwortung für Tiere**

■ Der Deutsche Tierschutzpreis 2007 ging an Ulrich und Romualda Löwenstein aus Kronberg im Taunus, teilte der Deutsche Tierschutzbund mit. Ihre Katzenstiftung helfe nicht nur Katzen, sondern leiste auch finanzielle Hilfe für bedürftige Tierheime. Den zweiten Preis erhielt die Tierschutzjugend Erding, die sich gegen Käfighaltung von Hühnern einsetzt. Die Tiermedizinstudentin Tamara Pfeffer aus Fürstfeldbruck errang den dritten Platz. Sie versorgte auf eigene Kosten erkrankte Tiere aus der Nachbarschaft.

[mi]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn,
Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41,
www.tierschutzbund.de/kontakt.htm

WORKLIFEBALANCE – WoLiBal

Dr. phil. habil.
Gerd Wenninger

seit 1984 Trainer, Moderator und Coach für Unternehmen aller Branchen, seit 1995 Leitung des Seminarzentrums Hof Bölldorf, Herausgeber von Standardwerken der Psychologie und Psychotherapie, seit 2000 Geschäftsführung eines psychologischen Sach- und Fachbuchverlags (www.asanger.de)

Sie haben Stress am
Arbeitsplatz und im Alltag?

Sie kämpfen gegen
Erschöpfung und Burnout?



In unserem
WoLiBal-Training
aktivieren wir Ihre Ressourcen
und entwickeln Sie
Ihr eigenes
Anti-Stress-Konzept:

Gelassenheit
Stresskontrolle
Entschleunigung
Arbeits- & Lebensfreude

Mehr zum WoLiBal-Training unter: www.Hof-Boedldorf.de

E-Mail: Gerd.Wenninger@Hof-Boedldorf.de

REZENSIONEN

Technologietransfer im internationalen Recht

Die globalen Umweltprobleme nehmen zu. Gleichzeitig wächst auch der Export umweltverträglicher Technologien in Entwicklungsländer. Grundlage hierfür ist das Umweltvölkerrecht. Juristische Argumente für die klimapolitische Diskussion bietet Felix Bloch.



■ Felix Bloch analysiert in seiner Dissertation die rechtliche Basis internationaler Technologietransfers und jüngste Entwicklungen im Umweltvölkerrecht. Wie setzen

einzelne Staaten Regelungen zum Technologietransfer konkret um? Sind die Transfermechanismen marktkonform und welche Rolle spielen multilaterale Finanzierungsfonds? Die Arbeit bietet aus juristischer Perspektive einen detailreichen Einblick sowohl in das Umweltvölkerrecht als auch in die Grundlagen der internationalen Klimapolitik sowie den Technologietransfer. Einleitende Kapitel und ausführliche Erklärungen machen das Buch auch für LeserInnen ohne juristisches oder klimapolitisches Hintergrundwissen verständlich.

Im ersten Teil der Arbeit untersucht der Autor die Rolle des Technologietransfers im Rahmen internationaler Wirtschaftsbeziehungen in liberalen Wirtschaftsordnungen. Fragen des internationalen Technologietransfers werden in umweltvölkerrechtlichen Abkommen mehr und mehr gewichtet. Bloch zeigt, wie dadurch auch Technologietransfers in der internationalen Umweltpolitik an Bedeutung gewinnen. Ebenso arbeitet er in diesem Kontext völkerrechtliche Aspekte heraus, wobei er sich insbesondere auf das Montreal-Protokoll und das Kyoto-Protokoll konzentriert. Aktuell ist vor allem das fünfte Kapitel, in dem Bloch das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das Kyoto-Protokoll sehr ausführlich auf Verpflichtungen und Mechanismen zum Technologietransfer hin untersucht. Er be-

schreibt zunächst technologische Aspekte des Klimaschutzes und analysiert dann die Struktur der Verpflichtungen des Technologietransfers sowie die zugrundeliegenden Prinzipien.

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass es in den Übereinkommen klare Verpflichtungen für die Industriestaaten gibt, den Entwicklungsländern Technologien zur Verfügung zu stellen. Hierbei bereite jedoch vor allem die Umsetzung Probleme. Zudem stellten die Vertragsparteien den durch den Finanzierungsmechanismus subventionierten Technologietransfer in den Vordergrund. Der Vergleich der verschiedenen Übereinkommen ergibt, dass sich die untersuchten Abkommen im Ansatz sehr ähnlich sind. Signifikante Unterschiede weisen die Übereinkommen lediglich beim Grad der Verpflichtung der Geberstaaten auf.

Mit Blick auf marktkonforme Mechanismen begrüßt Bloch die Parallelexistenz der Finanzierungsinstrumente und der flexiblen Mechanismen, da hierdurch auch der Technologietransfer in weltwirtschaftlich marginalisierte Staaten sichergestellt werde. Der Autor fordert in seinem Fazit, dass die finanziellen Mittel dafür aufgestockt und die Rahmenbedingungen in den Empfängerländern verbessert werden müssen.

Das Buch bietet einen umfassenden Einblick in umweltvölkerrechtliche Abkommen zum Transfer von umweltfreundlichen Technologien. Klimapolitisch engagierte LeserInnen erhalten eine juristisch fundierte Grundlage. [Dennis Uieß]

► Bloch, F.: Technologietransfer zum internationalen Umweltschutz: Eine völkerrechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes der Ozonschicht und des Weltklimas. Peter Lang, Bern 2007, 317 S., 63,50 €, ISBN 978-3-03911-278-4

Umwelthistorie im Zeitraffer

Das 18. und 19. Jahrhundert waren von Industrialisierung geprägt. Doch die umweltpolitischen Entscheidungen waren keine alternativlosen Einbahnstraßen, so Frank Uekötter.



■ Was wäre, wenn? Wenn etwa in den 1920er-Jahren das Misstrauen der Landwirte gegen den engen Schulterchluss von Agrarbürokratie, Künstdüngerindustrie und Maschinenbau-

produzenten noch etwas ausgeprägter gewesen wäre. Im Gegensatz zur chemieintensiven, industrienahen Agrarproduktion stieß der zur gleichen Zeit entstehende biologisch-dynamische Landbau auf lebhaftes Interesse in der Bauernschaft. Oder wenn die Energiekonzerne in der frühen Bundesrepublik noch etwas stärker auf die Bremse getreten hätten gegenüber den Protagonisten in Politik und Verwaltung, die von einem Atomzeitalter mit einem unendlichen Brennstoffkreislauf träumten. Der Umwelthistoriker Frank Uekötter macht eines schnell deutlich: Die Umweltgeschichte des Industriezeitalters lässt sich nicht als alternativlose Einbahnstraße zu immer mehr Umweltzerstörung schreiben. Es gab auch immer wieder umweltpolitische Erfolge wie die verbesserte Effizienz bei der Kohlenutzung nach dem Ersten Weltkrieg.

„Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ ist als Band 81 der Enzyklopädie Deutscher Geschichte erschienen. Der renommierte Historiker Lothar Gall gab als Herausgeber dieser Reihe vor, den Umfang jedes einzelnen Bandes streng zu begrenzen: Uekötter schafft es, den heutigen Kenntnisstand der Umweltgeschichte auf knapp 40 Seiten nachvollziehbar zusammenzufassen. Im zweiten Kapitel diskutiert er die Situation in den zentralen Forschungsgebieten dieser jungen historischen Disziplin. Insbesondere für die

umstrittene Frage, ob es im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert tatsächlich eine Holznot in Mitteleuropa gab, arbeitet er die Forschungspositionen detailliert heraus. Im letzten Kapitel stellt er ausführlich Literatur nach umwelthistoriografischen Forschungsfeldern zusammen. Uekötters Buch ist ein gelungenes Arbeitsinstrument nicht nur für Fachhistorikerinnen und Geschichtslehrer, sondern für alle, die auf der Suche sind nach den Ursachen heutiger Umweltprobleme – vom Kunstdünger bis zur Kernenergie. [Veit Ebermann]

- ▶ Uekötter, F.: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Oldenbourg, München 2007, 138 S., 19,80 €, ISBN 978-3-486-57631-3

Raubtierdämmerung



Die Deutschen gelten als tierlieb. Hamster Fridolin, Dackel Waldi oder Kater Mikesch – kaum eine andere Nation leistet sich mehr Haustiere. Doch wie sieht es mit den Tieren in freier Wildbahn aus? Josef H. Reichholf, Professor an der renommierten TU München, hat sich diesmal mit den Überlebenschancen der Wildtiere beschäftigt. Als Anlass diente ihm der Abschuss des Bären Bruno in den frühen Morgenstunden des 26. Juni 2006. „Leben und sterben lassen“ hat er treffend sein Einleitungskapitel betitelt, und einige Fragen im Zusammenhang mit dem Tod des Bären aufgeworfen: Wurde im Vorfeld wirklich alles getan, um ihn lebend einzufangen? Warum konnten die österreichischen und italienischen Nachbarn mit Bruno friedlich zusammenleben? Wer hat das Recht, eine von der EU als vom Aussterben bedroht eingestufte Spezies zu töten, nur „weil er sich wie ein Bär verhielt, nicht wie ein Lamm“? Reichholf wäre nicht Reichholf, wenn er diese Fragen unbeantwortet ließe. Scharf geht er mit den Verantwortlichen ins Gericht – mit den Politikern ebenso, wie mit

Landbesitzern und der Zunft der Jäger. Dem unbedarften Leser, der frei lebende Wildtiere nur noch aus dem Zoo oder aus der TV-Doku kennt, gibt er Nachhilfeunterricht über die Lebensweise von heimischen Großtieren wie Bär, Steinadler und Wolf. Wussten Sie zum Beispiel, dass sich unsere Bärenbegeisterung – man denke nur an Knut, den Eisbären – aus dem Unterbewusstsein nährt, dass sie tief in unserer Vorgeschichte wurzelt, als der Bär unser Überleben in der grimmigen Kälte der Eiszeit sicherte? Es sind gerade solche Fakten, die einen immer wieder staunen lassen und neugierig auf mehr machen. Und so liest man gerne weiter, in einem informativen und sehr gefällig geschriebenen Buch. Man darf gespannt sein, welchem Thema sich der Autor beim nächsten Mal widmet!

[Christoph Hirsch]

- ▶ Reichholf, J. H.: Der Bär ist los. Ein kritischer Lagebericht zu den Überlebenschancen unserer Großtiere. Herbig, München 2007, 214 S., 17,90 €, ISBN 978-3-7766-2510-3

Same procedure as every year



Nun ist es also wieder erschienen, mittlerweile zum 17. Mal. Man kann es mit Fug und Recht als den Klassiker der deutschen Umweltliteratur bezeichnen: das Jahrbuch Ökologie. Kaum etwas hat sich verändert seit der 1992er Edition: Wie immer wird ein breites Themenspektrum präsentiert, die beteiligte Autorenriege ist beachtlich, auch wenn bekannte Namen in der Vergangenheit schon stärker vertreten waren.

Einer der Schwerpunkte der Ausgabe 2008 ist der Klimawandel und seine Folgen. Hier berichtet ein Kollektiv um die Gletscherforscher Wilfried Haerberli und Max Maisch über das Eis der Alpen, blickt zurück auf den eiszeitlichen Maximalstand, schaut nach vorn ins 22. Jahrhundert. Die Klimaforscher Hermann Ott und Mar-

tin Unfried beleuchten kritisch die stark gestiegene Aufmerksamkeit, die ihrem Thema neuerdings zuteil wird. Die selbst gestellte Frage: „Klima 2007 – Medienkarneval oder politisches Beben?“ beantworten sie mit einem klaren Sowohl-als-auch: Jeder gibt sich besorgt, wirklich konsequent im Handeln ist kaum einer – nicht die Illustrierte, die über den Klimawandel berichtet, in derselben Ausgabe aber auf elf Seiten Autos bewirbt, nicht der Promi, der stolz ein Hybridauto sein Eigen nennt, dieses aber nur als Dritt- oder Viertwagen nutzt. Weniger strittig ist das weite Feld der Bionik, in das Werner Nachtigall, einer ihrer Mitbegründer in Deutschland, in einem Kurzartikel einführt. Zwei Beiträge über nachwachsende Rohstoffe ergänzen das Kapitel „Von der Natur lernen“.

Insgesamt dürfte für jede und jeden etwas dabei sein, angesprochen sind besonders diejenigen, die sich über aktuelle Umweltthemen bündig informieren möchten. Eine Kaufempfehlung sei also ausgesprochen, auch wenn das Jahrbuch keine Werbung nötig hat. [Christoph Hirsch]

- ▶ Altner, G. u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2008. C. H. Beck, München 2007, 320 S., 14,95 €, ISBN 978-3-406-54817-8

Frauenalltag mit Chemikalien

Der Lesekalender des Bundesumweltministeriums hat 2008 das Thema Umwelt und Gesundheit. Die zwölf Interviewpartnerinnen plädieren für einen umwelt- und gesundheitsbewussten Umgang mit Chemikalien in Alltagsprodukten. Die engagierten Frauen kommen aus den verschiedensten Bereichen. So gibt es Frauenansichten zur Weltgesundheitsorganisation WHO ebenso wie zu Kosmetika, Naturtextilien oder Aktionsnetzwerken. Neben den eher persönlichen Gesprächen liefern kleine Infokästen Daten und Fakten zum jeweiligen Thema. [io]

- ▶ BMU (Hrsg.): Frauenansichten 2008. Ein Lesekalender zu Umwelt und Gesundheit. Erfahrungen, Einschätzungen, Praxistipps., 96 S., kostenlos. www.bmu.de/publikationen

INTERNET

**Ökologischer
urlauben**

■ Wer im nächsten Jahr ökologisch Urlaub machen will, findet bei Ecocamping Adressen von Campingplätzen mit Umweltzertifikat. Ecocamping ist nicht nur ein Verein zur Förderung von Umweltschutz und Qualität in der Campingwirtschaft, sondern auch ein Umweltmanagementsystem und eine Auszeichnung. Bereits 165 Campingplätze in Deutschland, der Schweiz und Südtirol machen mit. [jg]

► www.ecocamping.net

**Elektroschrott: Mehr Eigenverantwortung
der Hersteller**

■ Umweltverbände haben zusammen mit einigen Herstellern eine Seite zur Unternehmensverantwortung im Elektrogeräte-

bereich entwickelt. Die Betreiber wollen die korrekte Umsetzung der EU-Elektroschrott-Richtlinie (WEEE) vorantreiben. BesucherInnen erhalten weitreichende Informationen über den WEEE-Paragrafen zur Herstellerverantwortung sowie über die Elektroschrott-Richtlinie. Unter den Unterzeichnern einer Stellungnahme zur Herstellerverantwortung sind Greenpeace, das Europäische Umweltbüro, Friends of the Earth und der NABU. Bei den Firmen sind Braun, IKEA, Nokia und Sony dabei. [io]

► www.iprworks.org

Lassen Sie sich nicht verkohlen

■ Das ostdeutsche Umweltnetzwerk Grüne Liga hat eine Protestseite gegen die Kohlepolitik in der Lausitz ins Internet gestellt. Hier gibt es Informationen über die fünf neuen Braunkohlentagebaue, die der Stromkonzern Vattenfall und die brandenburgische Landesregierung planen. Zu ak-

tuellen Pressemitteilungen kommen Hintergrundinfos, Termine und Links zu einer im November gestarteten Volksinitiative gegen die neuen Tagebaue. Auch Fotoimpressionen aus den geplanten Kohlefeldern oder dem Alltag des Kohlebergbaus sind zu finden. [jg]

► www.lausitzer-braunkohle.de

**Mitmachaktionen und Umweltjobs in der
Schweiz**

■ Auf der Homepage des Schweizer Naturschutznetzes sind die aktuellen Aktionen rund um den Naturschutz in dem Alpenland aufgelistet. Daneben wird über internationale Aktionen wie den Versand von Protest-E-Mails und andere Beteiligungsformen informiert. Das Naturschutznetz hat auch eine Rubrik mit Stellenangeboten im Umweltbereich auf seine Seite gestellt. [io]

► www.naturschutznetz.ch/aktion



Nürnberg, Germany
21. – 24.2.2008
BioFach 2008
Weltleitmesse für Bio-Produkte
Hier trifft sich die Bio-Welt



**Frischen Sie Ihr Bio-Sortiment auf – mit
den köstlichsten Trends aus aller Welt.**

- **Lohnend:** Über 2.500 Aussteller* präsentieren das Weltangebot an Bio-Produkten in zertifizierter Qualität
- **Begehr:** Trends, Entwicklungen, Innovationen – von den Neuheiten bis zum „Renner des Jahres“
- **Verlockend:** Beste Bio-Weine erstmals in der neuen, lichtdurchfluteten Halle 4A
- **Unersetzlich:** Kostproben und Kontakte vor Ort – auf der Weltleitmesse mit begleitendem Kongress

*(Messeverbund BioFach und Vivaness)

Veranstalter
Nürnberg Messe
Tel: +49 (0) 9 11 .86 06-49 09
Fax: +49 (0) 9 11 .86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de
www.biofach.de
Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

Gesucht? Gefunden!
www.ask-BioFach.de
**Hier finden Sie alle
Aussteller und Produkte!**



NEU ERSCHIENEN

- ▶ Altvater, E.; Mahnkopf, B.: **Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 304 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-652-5
- ▶ Anshober, R.; Ramsauer, P.: **Die Klimarevolution. So retten wir die Welt.** Zsolnay, Wien 2007, 224 S., 17,90 €, ISBN 978-3-552-06063-0
- ▶ Beckenbach, F. et al (Hrsg.): **Soziale Nachhaltigkeit.** Jahrbuch Ökologische Ökonomik 5. Metropolis, Marburg 2007, 344 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-607-3
- ▶ Bode, T.: **Abgespeist. Wie wir beim Essen betrogen werden und was wir dagegen tun können.** S. Fischer, Frankfurt am Main 2007, 256 S., 14,90 €, ISBN 978-3-10-004307-8
- ▶ Brand, U.; Lösch, B.; Thimmel, S.: **ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Zivilverweigerung“.** VSA, Hamburg 2007, 272 S., 12,- €, ISBN 978-3-89965-247-5
- ▶ Brickner, I.; Ruzicka, J.: **Heiße Zeiten. 50 Antworten auf brennende Fragen zum Klimawandel.** Residenz, Salzburg 2007, 240 S., 19,90 €, ISBN 978-3-7017-3067-4
- ▶ Defilla, S.: **Energiepolitik. Wissenschaftliche und wirtschaftliche Grundlagen.** Ruediger, Zürich 2007, 165 S. 14,10 €, ISBN 978-3-7253-0867-5
- ▶ Engelhardt, M.; Steigenberger, M.: **Klima-Countdown.** Reportagen zum Klimawandel. Schmetterling, Stuttgart 2007; 128 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89657-566-1
- ▶ Gabbert, K.; Gabbert, W.; Goedeking, U. et al. (Hrsg.): **Rohstoffboom mit Risiken.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 222 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-670-9
- ▶ Khor, M.; Giegold, S.; Raman, M. et al.: **Klima der Gerechtigkeit – McPlanet.com 2007.** VSA, Hamburg 2007, 192 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89965-243-7
- ▶ Leal Fihlo, W.; Mannke, F.; Schmidt-Thomé, T. (Hrsg.): **Information, Communication and Education on Climate Change – European Perspectives.** Peter Lang, Frankfurt 2007, 216 S., 34,80 € ISBN 978-3-631-56682-4
- ▶ Meyer-Renschhausen, M.: **Ölgewinnung und -verarbeitung. Technologie – Ökonomie – Umweltaspekte.** Metropolis, Marburg 2007, 150 S., 24,80 €, ISBN 978-3-89518-633-2
- ▶ Monbiot, G.: **Hitze – Wie wir verhindern, dass sich die Erde weiter aufheizt und unbewohnbar wird.** Riemann, München 2007, 416 S., 19,- €, ISBN 978-3-570-50082-8
- ▶ Schläfer, M. (Hrsg.): **Zukunftsfähiger Wohlstand. Der Beitrag der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft zu Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung.** Metropolis, Marburg 2007, 270 S., 32,80 €, ISBN 978-3-89518-613-4
- ▶ Sigel, K.: **Umweltprobleme und Unsicherheit. Eine konzeptionelle und empirische Analyse am Beispiel der EG-Wasserrichtlinie.** Metropolis, Marburg 2007, ca. 220 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-646-2
- ▶ Spangenberg, J. H. (Hrsg.): **Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges – Taking Stock of the Sustainability Discourse.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 260 S., 27,90 €, ISBN 978-3-89691-673-0
- ▶ Töpfer, K.; Bauer, F.: **Was wir tun müssen, um die Erde zu retten – Arche in Aufruhr.** S. Fischer, Frankfurt am Main, 232 S., 19,90 €, ISBN 978-3-10-003702-2
- ▶ Wienold, H.: **Leben und Sterben auf dem Lande – Kleinbauern in Indien und Brasilien.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 220 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-675-4
- ▶ Wolf, W.: **Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns.** Promedia, Wien 2007, 495 S., 34,90 €, ISBN 978-3-85371-271-9
- ▶ Worldwatch Institute (Hrsg.): **Zur Lage der Welt 2007. Der Planet der Städte.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 336 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89691-653-2

Impressum

umwelt aktuell

Dezember 2007/Januar 2008

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortw.), Adressen siehe Redaktion

Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Bjela Vossen [bv], Marion Busch [mbu]

Kontakt: umwelt aktuell, Prenzlauer Allee 230, D-10405 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen

Redaktionelle Mitarbeit: Florian Noto [fn], Isabel Oettinger [io], Maria Ihlenfeld [mi]

Grafik/DTP: Juliane Grüning, Matthias Bauer

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,

D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss 02/2008: 10.01.2008

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:

Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de

Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger der Wochenzeitung Freitag und von MobilSpiel e.V. (Teilaufgabe) bei.



politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Heilpflanzen

Vom Boom zum Ausverkauf?



Ausbeutung und Zerstörung gefährden die natürlichen Vorkommen von Heilpflanzen. Ihr Verlust wäre dramatisch: Er entzöge nicht nur unserer Gesundheits-

vorsorge den Boden, die Menschen in den armen Regionen der Welt verlören eine wichtige Einkommensquelle.

Die *politische ökologie*¹⁰⁸ beschreibt den weltweiten Handel mit der Apotheke Natur und diskutiert Maßnahmen für ihren dringend notwendigen Schutz.

„Was steckt hinter dem Heilpflanzenboom?“
 „Warum hilft das Bio-Siegel nicht weiter?“
 „Welche Rolle spielt die Entwicklungszusammenarbeit?“

Mit Beiträgen von W. Fischer, M. Kasperek, W. Kathe, M. Ullmann, R. Melisch, S. Honnef u.v.a.



Stillen Sie Ihre Neugier!

„Fordern Sie Heft 108 an!“
 _14,90 EUR (inkl. Versand)/23,80 CHF
 _ISBN 978-3-86581-081-6
 _oekom verlag
 _Fax +49/(0)81 91/970 00-103
 _www.oekom.de

neugier@oekom.de

TERMINE

DEZEMBER

JANUAR

Hannover, Tel. +49 (0)511 / 924 56 46, E-Mail: elisabeth.wegner@ecolog-institut.de, www.21-kom.de

08.12.2007, Berlin und Neurath bei Düsseldorf (D)
Klima-Aktionstag. Demonstration
 ► Klima-Allianz, Christina Hering, Tel. +49 (0)30 / 44339183, E-Mail: hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de

10.12.2007, Berlin (D)
Verleihung DUH-Umwelt-Medienpreis 2007
 ► Deutsche Umwelthilfe, Erika Blank, Tel. +49 (0)7732 / 9995-90, Fax -88, E-Mail: blank@duh.de, www.duh.de

11.-12.12.2007, Bonn (D)
Globale Schutzgebietssysteme und deren Finanzierung im Rahmen der CBD
 ► Deutscher Naturschutzring, Bettina Lange, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 92399353, Fax / 359096, E-Mail: bettina.lange@dnr.de, www.biodiv-network.de

12.–14.12.2007, Amsterdam (NL)
6. UNECE Expertentreffen für Indikatoren nachhaltiger Entwicklung
 ► UNECE, Angela Sochirca, Genf, Schweiz, Tel. +41 (0)22 / 9172064, E-Mail: esd@unece.org, www.unece.org/env/esd/welcome.htm

13.–14.12.2007, Freising (D)
BNE-Generator – Bildungsdesign für morgen
 ► Bundesverband TuWas e.V., Tel. +49 (0)89 / 59946770, E-Mail info@tuwas.net
 www.tuwas.net/3,bne-generator.html

17.–20.12.2007, Kunming (CN)
International Conference on Sustainable Forest Management and Poverty Alleviation: Roles of Traditional Forest-Related Knowledge
 ► Chinese Academy of Forestry, Liu Jinlong, E-Mail: liujl@caf.ac.cn, www.iufro.org/download/file/1928/3500/kunming07-tftfk-1st-announcemt-call.doc

07.–09.12.2007, Bonn (D)
Biologische Vielfalt erhalten!
 ► ECOLOG-Institut, Elisabeth Wegner,

18.–20.01.2008, Berlin (D)
Monetisation in Global Environmental Governance. Workshop
 ► GARNET Garnet–A Network of Excellence, Dr. Bettina Knothe, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 83870709, Fax +49 (0)30 / 83870718, E-Mail: garnet-berlin@globalgovernance.de, www.globalgovernance.de

22.01.2008, Berlin (D)
ÖPNV – Neuer Rechtsrahmen in der EU und Auswirkungen auf die Städte. Tagung
 ► Institut für Städtebau, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2308220, E-Mail: info@staedtebau-berlin.de, www.staedtebau-berlin.de

23.–25.01.2008, Innsbruck (A)
Ansätze und Maßnahmen für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung im Alpenraum
 ► MONITRAF, ALPNAP, Tel. +49 (0)8153 / 282508, Fax +39 (0) 471 / 055429, E-Mail: monitraf@eurac.edu, www.alpnap.org

25.–27.01.2008, Loccum bei Hannover/ Niedersachsen (D)
Jugendliche für Nachhaltigkeit sensibilisieren!
 ► ECOLOG-Institut, Elisabeth Wegner, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 924 56 46, E-Mail: elisabeth.wegner@ecolog-institut.de, www.21-kom.de

28.01.–02.2008, Brüssel (B)
Sustainable Energy Week – EUSEW 2008
 ► Sustainable Energy Europe Campaign (SEE), EU-Kommission (Generaldirektion Energie und Verkehr) u. a., E-Mail: eusew@sustenergy.org, www.eusew.eu

FEBRUAR

19.–23.02.2008, Stuttgart (D)
didacta – die Bildungsmesse
 ► Landesmesse Stuttgart GmbH, Joachim Sauter, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 2589-448, Fax +49 (0)711 / 2589-275, E-Mail: joachim.sauter@messe-stuttgart.de, www.messe-stuttgart.de

22.02.2008, Basel (CH)
NATUR. Kongress/Messe/Festival
 ► ecos, Nicole Kohler, Basel, Tel. +41 (0)61 / 2051064, Fax / 2711010, E-Mail: nicole.kohler@ecos.ch, www.natur.ch

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Podcasts in der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Hören und gehört werden

Moderne Technik macht's möglich: Radiosendungen und andere Audioformate kann man sich heute über das Internet auf den MP3-Player laden. Und jede Schülergruppe kann mit geringem Aufwand eine eigene Sendung produzieren. Für viele Umweltbildungseinrichtungen ist dies ein Schatz, der noch zu heben ist.

□ Die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken ist heute eine wichtige Aufgabe, auch in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Wer die Fähigkeit besitzt mit den Medien umzugehen und sie für sich zu nutzen, profitiert. Dabei geht es nicht allein um die technische Handhabung. Medienkompetenz bedeutet vor allem, eigenverantwortlich mit Medien umzugehen, sich kritisch mit den Inhalten auseinanderzusetzen und durch kompetentes Handeln Möglichkeiten der aktiven Beteiligung zu erlernen.

Um diese Kompetenz zu stärken und darüber hinaus auch öffentlichkeitswirksam zu arbeiten, gibt es ein althergebrachtes Medium: das Radio. Die Technik ermöglicht es heutzutage jedem mit einem Computer eine eigene Audiodatei herzustellen. Das ist nichts völlig Neues. Durch eine neue Software ist es jedoch möglich, die produzierten Sendungen als MP3-Datei mit geringem Aufwand ins Internet zu stellen.

Die Möglichkeit eine eigene Radiosendung zu produzieren nutzt beispielsweise die Umweltstation Hämmerleinsmühle bei Nürnberg. Unterstützt durch einen Journalisten sowie eine Radiomoderatorin und gewappnet mit relativ einfacher, kostengünstiger Technik produziert der Verein derzeit monatlich zwei Sendungen „Umwelt im Ohr“. Sie können von der Webseite heruntergeladen werden. Podcasting lautet hier das Zauberwort.

MP3-Player + Radio = Podcast

Der Begriff Podcast setzt sich aus dem englischen Begriff „broadcasting“ (Rundfunk) und dem iPod (tragbarer MP3-Player von Apple) zusammen. Podcasts sind digitale Aufnahmen von Audiomaterial, die im Internet verfügbar sind und am Computer

angehört oder auf einen Audiospieler (zum Beispiel MP3-Player) geladen werden können. Fast alle Podcasts sind kostenlos. Der Clou ist, dass sie von den HörerInnen wie eine Zeitung abonniert werden können.

Doch wie findet man Podcasts zu einem bestimmten Thema? Viele Organisationen sind inzwischen auf den Zug aufgesprungen und bieten Podcasts auf ihrer Homepage an. So stellt die Umweltstation Hämmerleinsmühle ihre selbst produzierten Sendungen unter dem Icon „Grünes Glück“ auf ihrer Internetseite bereit. Es gibt aber auch verschiedene Portale im Internet, die Podcasts nach Themenbereichen auflisten – ähnlich wie ein Telefonbuch. Für Jugendliche ist insbesondere die Seite www.netzcheckers.de interessant. Hier können sie nicht nur Sendungen zu spannenden und zeitgemäßen Themen herunterladen, sondern auch ihre selbst produzierten Podcasts hochladen.

Möglichkeiten für die BNE nutzen

Hochladen ist das Stichwort: Die Technik erlaubt heute jedem, unabhängig von den großen Sendeanstalten seine eigene Radiosendung zu produzieren, und – über Podcasts – ganz einfach zu veröffentlichen. In der Kinder- und Jugendarbeit besteht damit nicht nur die Möglichkeit, die angebotenen Audiodateien als pädagogische Hilfestellung zu verwenden – es ist ebenso möglich, mit einer Gruppe ein Thema über die Produktion einer eigenen Radiosendung zu vertiefen. Damit ist das Medium auch für MitarbeiterInnen in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung und für LehrerInnen einsetzbar, um Inhalte der BNE zu vermitteln und die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen aktiv zu fördern. Die eigene Meinung in Worte fassen und kreativ gestalten, Teamarbeit, Ideen

konsequent umsetzen, mit dem Ergebnis an die Öffentlichkeit gehen: Das Spektrum an Kompetenzen, die gefördert werden, ist groß. Durch die mögliche Veröffentlichung der Sendung im Internet können sich Kinder und Jugendliche zudem aktiv an der Meinungsbildung beteiligen. Gleichzeitig stellt die Befriedigung, nach Abschluss des Projekts etwas hergestellt zu haben, das jeder anhören kann, eine besondere Motivation für Kinder und Jugendliche dar.

Hilfestellung für MultiplikatorInnen

Für die neuen „RadiomacherInnen“ bedeutet dies, sich nicht nur mit der Technik auseinanderzusetzen, sondern sich auch mit der redaktionellen Arbeit und der Dramaturgie einer Radiosendung zu befassen. Hilfestellung bietet hier insbesondere das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) herausgegebene Material „Graslöwen Radio im Unterricht“, das sich konkret mit Aufbau, Darstellungsformen und Technik auseinandersetzt. Zusätzlich bietet die DBU im Rahmen des Graslöwenprojekts Radiowerkstätten in ganz Deutschland an. Die Redakteure vom Graslöwensender Radiujojo! zeigen den PädagogInnen dabei, wie Hörfunk gemacht wird und wie dabei das Thema Nachhaltigkeit aufgegriffen werden kann. Die Umweltstation Hämmerleinsmühle bietet für MultiplikatorInnen Workshops zum Thema Produktion und Veröffentlichung von Internetradiosendungen an.

[Mareike Haupt]

- ▷ Langfassung mit vielen weiteren Tipps: Rundbrief Netzwerk Umweltbildung Mai 2007, Oekoprojekt MobilSpiel, München, Tel. +49 (0)89 / 7696025, www.mobilspiel.de/oekoprojekt, Download: www.praxis-umweltbildung.de/dwnl/handy/info_.pdf
- ▷ Podcasting – Umweltbildung auf Sendung, 15 S., kostenlos. Hrsg./Bezug: Umweltstation Hämmerleinsmühle, Georgensgmünd, Tel. +49 (0)9172 / 6677863, www.haemmerleinsmuehle.de
- ▷ DBU (Hrsg.): Graslöwen Radio im Unterricht. Die Hörfunkwerkstatt für die Klassen 2-6. 31 S., mit CD-ROM, 6,50 €, Bezug: bildung+, Seelze, Tel. +49 (0)511 / 40004-0, www.bildung-plus.de
- ▷ Radiujojo!, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27907147, E-Mail: redaktion@radiujojo.de, www.radiujojo.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern verabschiedet Sponsoring-Richtlinie

□ Auf ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung hat die ANU Bayern in einem umfangreichen Grundsatzpapier festgelegt, wie sie in Zukunft mit Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten will. Umweltbildung sei nach wie vor die Aufgabe des Staates. Weil aber dessen finanzielle Zuwendungen nicht ausreichen, böten Kooperationen mit Unternehmen eine unverzichtbare Chance für gemeinsame Projekte und Mitteleinwerbung. Als Grundsätze für die Zusammenarbeit mit Unternehmen gelten die von der UN in ihrer Initiative Global Compact festgelegten zehn Prinzipien. Dazu gehören die Berücksichtigung von Menschenrechten, Arbeitsnormen und Umweltstandards sowie die Korruptionsbekämpfung. Zunächst sollen umfangreiche Prüfungen über den Bedarf für die Kooperation, die Seriosität des Partners und steuerrechtliche Auswirkungen sowie eine Risikoabschätzung erfolgen. Inhalt, Konditionen und Laufzeit des Projektes müssen vertraglich vereinbart werden. Der Sprecherrat der ANU Bayern e.V. berichtet auf der jährlichen Mitgliederversammlung über die Formen der Zusammenarbeit.

- ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de
- ▷ http://global_compact.know-library.net

Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen: Zwei Jahre im Dienst der UN-Dekade

□ Die Landesregierung in Erfurt beauftragte vor zwei Jahren den Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen (akuTh) mit der Koordinierung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Unterstützt durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sollten strategische Ansätze zur Umsetzung von BNE in Thüringen sowie Transfermöglichkeiten in die Regionen gefunden werden. Die bisherigen Ergebnisse sind auf einer neuen Internetplattform dargestellt. Auf einer Abschlussveranstaltung zum Projekt wurden vier herausragende Beispiele präsentiert:

Ein selbst organisierter Studienkongress, eine Fragebogenaktion zur Erfassung von BNE-Projekten, ein Kontaktseminar für europäische Jugendprojekte und ein Projekt zur Verbindung von Kunst und BNE. Eine kurzer Rückblick auf die zwei Jahre dauernde Projektarbeit findet sich im aktuellen Rundbrief Nr. 31 des Vereins.

- ▷ www.umweltbildung-akuth.de
- ▷ www.dekade-thueringen.de

Naturschutzzentrum Krugpark in neuem Haus

□ Das Naturschutzzentrum Krugpark in Brandenburg/Havel verfügt jetzt über einen attraktiven Neubau. Im November übergab Ministerpräsident Matthias Platzeck den Schlüssel an die anerkannte Artenschutzstation des Landes Brandenburg. Für rund 600.000 Euro entstanden auf 370 Quadratmetern Grundfläche eine Holzwerkstatt, in der Jugendliche auf den Beruf vorbereitet werden, ein Umweltlabor, Büroräume sowie ein Versammlungsraum. Schüler können in einem großen Naturkunderaum mit Computern arbeiten. Daneben gibt es eine Waldschule und eine Tierpflegestation zur Aufnahme verletzter Wildtiere. Geplant ist, das alte Gebäude des Naturschutzzentrums abzureißen und dafür einen modernen Besucher- und Ausstellungsbereich zu errichten – gestaltet als Umweltpyramide.

- ▷ www.krugpark-brandenburg.de

Umweltakademie Schleswig-Holstein erstellt Stiftungsübersicht

□ Eine umfangreiche Zusammenstellung über Stiftungen, die Projekte der Umweltbildung und des Natur- und Umweltschutzes in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern fördern, bietet die Umweltakademie als kostenlosen Internet-Download an. Auch bundesweit fördernde Stiftungen werden jeweils mit Stiftungszweck und Adresse vorgestellt.

- ▷ www.umweltakademie-sh.de

SCHWERPUNKT: ERNÄHRUNG

Klimafrühstück im Naturfreundehaus

□ Kinder und Erwachsene, die ein Naturfreundehaus besuchen, können dort am Projekt „Das Klimafrühstück – wie unser Essen das Klima beeinflusst“ teilnehmen, das von der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) entwickelt wurde. Dabei werden die Lebensmittel nach Kriterien wie Regionalität, Abfallmengen, Saisonalität und Anbauweise bewertet. Das Projekt wurde von der Verbraucher-Initiative ausgezeichnet. In den bundesweit rund 450 Naturfreundehäusern verbringen pro Jahr fast zwei Millionen Gäste ihre Freizeit.

- ▷ www.kate-berlin.de, www.oeko-fair.de

Kinder lernen mehr über „Genetische Vielfalt und Ernährung“

□ Warum die Vielfalt unserer Nahrungsmittel erhalten werden muss, zeigt ein farbig gestaltetes Arbeitsheft über „Biologische Vielfalt in der Landwirtschaft“. Das Bildungsmaterial für Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren wurde aus Anlass der 2008 in Bonn stattfindenden UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt entwickelt. Es bietet Wissenswertes, Rätsel und Anregungen für Mitmachaktionen.

- ▷ www.bukoagrar.de

Ausstellung: Regionale Lebensmittel sind auch gut fürs Klima

□ Erdbeeren zu Weihnachten? Besser nicht, denn Lebensmittel aus fernen Ländern belasten das Klima besonders. Eine derart unbedachte Ernährungsweise „schluckt“ rund 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland und ist auch für ein Fünftel der freigesetzten Treibhausgase verantwortlich. Damit liegt die Ernährung auf Platz zwei nach dem Wohnen. Eine neue Leih-Ausstellung „Lebensmittel: Regional = Gute Wahl auch fürs Klima!“ aus dem bayerischen Umweltministerium informiert über den Zusam-

menhang von Essen und Klimaschutz. Eine Begleitbroschüre kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ www.stmugv.bayern.de/aktuell/veranstaltungen/leihhaus/lebensmittel.htm

Deutsche Schulbauernhöfe im Überblick

□ Einen neuen Internetauftritt hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB), ein Zusammenschluss pädagogisch arbeitender Projekte und Institutionen, die den landwirtschaftlichen Alltag und die Entstehung und Verarbeitung von Lebensmitteln für Kinder, Jugendliche und Multiplikatoren erlebbar machen wollen. Die Webseite enthält unter anderem einen Leitfaden für Landwirte und Lehrer zum Download, aktuelle Termine und Tipps sowie eine Deutschlandkarte der rund 50 Mitglieder mit Kontaktadressen. Die nächste Bundestagung des Vereins findet vom 1. bis 3. Februar 2008 in Altenkirchen im Westerwald statt.

- ▷ www.baglob.de

umwelt&bildung zur „Generation Chips“

□ Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift umwelt&bildung des Forums Umweltbildung aus Wien stellt das Buch „Generation Chips – Was unsere Kinder in die Fettsucht treibt“ vor. Jedes vierte bis fünfte Kind in Österreich ist übergewichtig, fünf bis acht Prozent davon sind krankhaft fettsüchtig. Edmund Fröhlich und Susanne Finsterer fordern in ihrem Buch ein neues Schulfach Gesundheitskunde und unter bestimmten Umständen die Anwendung des Straftatbestandes der Kindesmisshandlung bei Übergewicht. Im Mittelpunkt des Heftes aber steht die Frage nach der Messbarkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung: Gibt es BNE-Kompetenzen bei Einzelnen? Wie sehen BNE-Indikatoren und -kriterien aus? Welche Institutionen sind hier besonders aktiv? Was kommt bei einem BNE-Bildungsangebot letztlich heraus?

- ▷ [umwelt&bildung 3/07](http://umwelt&bildung.3/07), www.umweltbildung.at
- ▷ www.generation-chips.de

Mit dem ökoLeo zum Schulbauernhof

□ Das hessische Umweltministerium hat ein Internetportal für Kinder von zehn bis 14 Jahren gestartet. Das Portal will die Neugier der Kinder an Umwelt, Tierschutz, Naturschutz und Verbraucherschutz wecken. Ein Löwenkopf – der „ökoLeo“ – weist auf einzelne Themen hin. So können die Kinder beispielsweise erfahren, wie man Salat oder Kürbissuppe zubereitet. Außerdem erhalten sie Tipps für eine Klassenfahrt zum Schulbauernhof.

- ▷ www.oekoleo.de

Broschüre: Wasser – Lebensmittel für die Welt

□ Das Ökologische Schullandheim Spohns Haus im saarländischen Gersheim erarbeitet als Umweltbildungseinrichtung Konzepte und praktische Angebote im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Neu erschienen ist ein 56-seitiges Arbeitsheft „Wasser – Lebensmittel für die Welt“ für Lehrer und Umweltpädagogen. Die Praxisbroschüre für die Sekundarstufe I enthält neben einer pädagogischen Einführung 21 Wasser-Module mit Literatur und Materialien. Sie kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ www.saarland.de/23891.htm

Neue Studie über Lebensstile 2020

□ Wer bislang die Menschen anhand einer Normalbiografie (Jugend, Berufstätigkeit, Familienleben, Ruhestand) einteilte, muss möglicherweise umdenken. Eine neue Studie zeigt, dass mit dem Übergang in die Wissensgesellschaft eine biografische Befreiung stattfand: 60-Jährige stürmen mit ihren Snowboards die Pisten, Mittzwanziger legen sich einen Schrebergarten zu. Und Schüler gründen in ihrer Freizeit Millionen-Unternehmen. Der Megatrend Individualisierung führt weg von der klassischen Biografie und hin zur „Multigrafie“. Die elf neuen Lebensstil- und Konsumavantgardetypen der Zukunft tragen Namen wie Young Globalists, Latte-Macchiato-Familie oder

Super-Daddys. Mit ihnen entstehen völlig neue Wünsche, werden völlig andere Konsumententscheidungen getroffen. Eine kostenlose Kurzfassung der Studie findet sich im Internet.

- ▷ www.zukunftsinstitut.de/verlag/studien_detail.php?nr=58

WEITERBILDUNG

Neue Ausbildung für BNE an Ganztagschulen

□ Eine 18-monatige berufsbegleitende Ausbildung für außerschulische pädagogische Fachkräfte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen beginnt im Januar. Sie wird am Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Gerhard de Haan koordiniert und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Ziel ist die Qualifizierung von 80 bis 100 MultiplikatorInnen aus allen Bundesländern und die qualitative Weiterentwicklung von Ganztagschulen.

- ▷ www.bne-ganztagschule.de

TU Freiberg startet Kompetenzoffensive Nachhaltigkeit

□ Die Technische Universität Bergakademie Freiberg hat eine „Kompetenzoffensive Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Möglich wurde das durch Unterstützung aus der Industrie: Künftig fließen pro Jahr rund sieben Millionen Euro zusätzlich in Forschung und Graduiertenausbildung.

- ▷ www.tu-freiberg.de/allgemein/presse/unireport/R43a_Juni07.pdf (210 kB)

Lehrgang Umweltberatung und -kommunikation

□ Das Bildungszentrum des WWF Schweiz bietet den Lehrgang „Umweltberatung und -kommunikation“ an, der Grundlage für den eidgenössischen Fachausweis in Umweltberatung ist. Bislang wurden über 300

Fachkräfte ausgebildet, die heute als Energie- und Umweltberater, Umweltfachkräfte in Firmen und sozialen Einrichtungen oder in pädagogischen Berufen tätig sind. Der 13. Durchgang startet im März 2008. Anmeldeschluss ist am 5. Januar.

▷ www.wwf.ch/bildungszentrum

VERSCHIEDENES

Erfolgreiche Städte punkten mit Umweltbildung

□ Beim diesjährigen Wettbewerb um die „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ konnten viele Bewerber mit ihrer Umweltbildungsarbeit erfolgreich Punkte sammeln. Weitere Bewertungskriterien waren beispielsweise Arten- und Biotopschutz, Grünflächen und Öffentlichkeitsarbeit. Dabei setzte sich Heidelberg als Gesamtsieger gegen 114 Städte und Gemeinden durch. Die Gemeinde Nettersheim in der Nordeifel belegte den ersten Platz in der Teilnehmerklasse unter 10.000 Einwohnern. Der Preis wird jährlich von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) ausgelobt.

▷ www.naturschutzkommune.de

Neue Stiftung fördert Waldpädagogik

□ Die Arbeit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) soll künftig durch eine neu gegründete „Stiftung Unternehmen Wald“ unterstützt werden. Fünf Millionen Euro sollen durch Spenden von Unternehmen zusammenkommen, damit unter anderem die bundesweite Arbeit der Waldpädagogik gefördert werden kann.

▷ www.wald.de

Naturpädagogik auf umweltbildung.ch

□ Der Naturpädagogik ist die neueste Ausgabe des Schweizer Bulletins umweltbildung.ch gewidmet. In Interviews und Berichten wird die Beziehung zwischen Naturpädagogik und Umweltbildung sowie deren Beitrag an die Bildung für Nachhaltige

Entwicklung ausgelotet. Anhand von Praxisbeispielen wird aufgezeigt, wo und wie Naturpädagogik vermittelt wird – vom Kindergarten bis zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

▷ www.umweltbildung.ch

LITERATUR

Aktionshandbuch-CD „Nachhaltiger Konsum und Entwicklungszusammenhang“

□ Paradox: Ein Aktionshandbuch nur auf CD – schwer „greifbarer“ Datenträger, Action-arme Benutzeroberfläche, schlichtes Webdesign. Doch nach dieser ersten Irritation überzeugt der Inhalt. Rund um das Thema Konsum wird gezeigt, wie Nachhaltigkeit in und außerhalb der Schule spürbar werden kann. Für die Themenfelder Kleidung, Zucker, Kaffee, Klimafrühstück und Ökologischer Fußabdruck werden erprobte Aktionseinheiten zum nachhaltigen Konsum beschrieben. Zur Umsetzung werden Arbeits- und Hintergrundmaterialien angeboten. Ein Teil zu Kreativmethoden schließt das Handbuch ab. Die Beispiele leben – die Aktivitäten überzeugen. Man fühlt den Enthusiasmus, mit dem all dieses Material zusammengetragen wurde. So könnte es gehen. Wer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in seinen Unterricht ab der 5. Klasse, in seine Kinder-, Jugend- oder Naturschutzarbeit einbeziehen will, dem sei dieses „Handbuch“ zum Ausprobieren, Abwandeln und Weiterentwickeln sehr empfohlen.

[Ulrich Göttelmann]

- ▷ Zielpublikum: SchülerInnen ab 4. Schuljahr, Jugendliche, Erwachsene
- ▷ Gesamturteil: sehr empfohlen
- ▷ KATE e.V. (Hrsg.): Aktionshandbuch-CD Nachhaltiger Konsum und Entwicklungszusammenhang. KATE e.V., Berlin 2007, 5,- €. Bestellung, Einleitung, Auszüge: www.kate-berlin.de/einleitung

Die Literatortipps entstehen in Kooperation mit der Stiftung Umweltbildung Schweiz, Rehbergstr. 6, CH-4800 Zofingen, Tel. +41 (0)61 / 7468120, Fax 7515870, www.umweltbildung.ch/mezu



UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

Dezember 2007, bundesweit

Weihnachten erleben mit der Natur

Naturbezogenes Fest mit Kindern: Baumschmuck filzen, Zoobesuch bei Nacht, Weihnachtswanderung und vieles mehr

▷ www.umweltbildung.de/veranstaltungen

07.12.2007, Hannover (D)

Wirtschaftlichkeit energetischer Modernisierung: Bestandssicherung oder Wertsteigerung?

▷ www.e-u-z.de

07.12.2007, Bonn (D)

Biologische Vielfalt erhalten! Zielgruppengerecht kommunizieren. Kreativitätswerkstatt

▷ www.21-kom.de

10.–16.12.2007, Oberhof/Thüringen (D)

Multimedia und Digitalfotografie für Menschen ab 50 Jahre. Seminar

▷ www.umweltseminare.net/seminare.htm#oberhof

11.12.2007, Güstrow (D)

Evaluation des Umweltbildungsführers Mecklenburg-Vorpommern. Workshop

▷ www.umweltbildung-mv.de

13.–14.12.2007, Freising (D)

BNE-Generator – Bildungsdesign für morgen

▷ www.tuwas.net

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de